

PUBLIZISTIK

Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken
in der Publizistik (1900 - 1914)

In a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung des Doktorgrades
der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms - Universität zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von
Lucian K u d e r a
aus Beuthen/Oberschlesien

1957



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554828_0014

Dekan: Prof. Dr. E. Mertner, M.A.

1. Referent: Prof. Dr. W. Hagemann

2. Referent: Prof. Dr. Dr. J. Höfner

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Februar 1957



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

A. Die geschichtlichen Voraussetzungen für das öffentliche Meinen der Katholiken im Gewerkschaftsstreit

I. Zur religiösen Situation

II. Wege zur Lösung der sozialen Frage

a) Die Katholiken

aa) Die Sozialreformer

ab) Die Sozialpolitiker

ac) Die Enzyklika "Rerum novarum"

b) Die Protestanten

III. Die Koalitionen

a) Die katholischen Arbeitervereine

b) Die Fachabteilungen

c) Die evangelischen Arbeitervereine

d) Die Gewerkschaften

IV. Der geschichtliche Verlauf des Gewerkschaftsstreites

B. Die publizistischen Voraussetzungen für den Gewerkschaftsstreit

I. Die publizistische Situation

II. Der publizistische Verlauf des Gewerkschaftsstreites

C. Inhalte und Methoden der Publizistik im Gewerkschaftsstreit

I. Die Frage nach der Eigenständigkeit der Kultursachgebiete

II. Die Frage nach der Autorität der Kirche

III. Das Verhältnis zum Protestantismus

IV. Die Rivalität der Organisationsformen

V. Die Frage nach dem sittlichen Wert der Arbeit

VI. Die Frage nach der sittlichen Erlaubtheit
des Streiks

VII. Das Verhältnis zu Staat und Partei

VIII. Zwischen Klassengesellschaft und einer stän-
dischen Ordnung

IX. Der Integralismus

D. Zusammenfassung

Formalobjekt dieser publizistischen Arbeit ist das öffentliche Meinen. Dieses öffentliche Meinen ist in der Publizistikwissenschaft als die "öffentliche Aussage aktueller Bewußtseinsinhalte"¹⁾ definiert und kann darüber Auskunft geben, was zu einer bestimmten Zeit an Problemen und Leitbildern gegenwärtig war. Denn das, was in Presse, Rundfunk und Film ausgesagt wurde, kann nur aus der Wechselwirkung zwischen dem Träger der Aussage, dem Aussagenden, und dem Empfänger publizistischer Aussagen verstanden werden, weil diese publizistischen Medien ihre Empfänger erreichen, d.h. gelesen, gehört oder gesehen werden sollen.²⁾

Wenn auch ein bestimmter Bewußtseinsinhalt einer großen Zahl von Menschen zu eigen sein kann, so wäre es doch falsch, hier von einer kollektiven öffentlichen Meinung zu sprechen, als wenn irgendwelche Kräfte in vielen Menschen zur gleichen Zeit ein gleiches bewirken würden. Öffentliches Meinen bedeutet vielmehr, daß Bewußtseinsinhalte von einer Anzahl von Menschen fast immer mittels einer öffentlichen Aussage erkannt, aufgenommen und vertreten werden und daß diese Menschen "sich dieser Übereinstimmung bewußt sind".³⁾

Es wäre jedoch müßig, dieses durch Aussagen geformte öffentliche Meinen nur als ein Phänomen zu betrachten, ohne zu wissen, daß jede öffentliche Aussage vom Menschen ausgeht, "sich meist menschlichen Vorgängen" widmet und "Menschen zu Empfängern" hat. Deshalb ist das Materialobjekt dieser Arbeit wie auch der Publizistikwissenschaft der Mensch und "die Erkenntnis der leiblich-seelischen Eigenart des Menschen ist daher Ausgangs- und Endpunkt jeder Öffentlichkeitsforschung und bietet den Schlüssel zu den meisten publizistischen Erscheinungen."⁴⁾

1) Hagemann, Walter, Grundlagen der Publizistik, Münster 1949, S. 20

2) vgl. Hagemann, Walter, Die Zeitung als Organismus, Heidelberg 1949, S. 240 ff.

3) Hagemann, Walter, Vom Mythos der Masse, Düsseldorf 1951, S. 68/69

4) Hagemann, Walter, Vom Mythos ... S. 10.

A. Die geschichtlichen Voraussetzungen für das öffentliche Meinen der Katholiken im Gewerkschaftsstreit.

Da in der Geschichte das öffentliche Meinen und das öffentliche Handeln voneinander abhängen - denn die geschichtliche Tat schafft öffentliches Meinen, wie auch das öffentliche Meinen die geschichtliche Tat hervorzubringen vermag - soll hier zunächst ein geschichtlicher Überblick zur Situation des Gewerkschaftsstreites gegeben werden. Dabei wird es darauf ankommen, das sichtbar werden zu lassen, was für das öffentliche Meinen der Katholiken im Gewerkschaftsstreit von Wichtigkeit war.

I. Zur religiösen Situation.

Als Pius IX. 1870 das Dogma von der Unfehlbarkeit des päpstlichen Lehramtes verkündete, war dies, wenn man es aus der damaligen Situation der Kirche zu verstehen versucht, ein Riegel gegen den Relativismus der Zeit. Am Tage nach der Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit brach der deutsch-französische Krieg aus, der zur Folge hatte, daß Frankreich seine Truppen, die zum Schutz des Kirchenstaates in Rom stationiert waren, abziehen mußte, um sein eigenes Land zu verteidigen. Der Kirchenstaat fiel damit in die Hände der jungen italienischen Republik und der Papst wurde der "Gefangene des Vatikans". Aber gerade darin lag letzthin wiederum die Stärke der Kirche; denn "der Verlust an politischer Macht wurde tatsächlich zum stärksten Bürgen für die Auswirkung oder Einprägung der religiösen Gewalt (Unfehlbarkeit) des Papstes".¹⁾

Aber die Geschichte der katholischen Kirche ist nicht nur eine Geschichte der Herrschaft des Papsttums. Wohl ist das Papsttum das Fundament der Kirche, diese kann aber nur als Einheit der Gläubigen, als organisches Ganzes verstanden werden. Zwei Ereignisse prägten den deutschen Katholizismus des 19. Jahrhunderts: Der Kölner Kirchenstreit 1837/40 und

1) Lortz, Jos., Geschichte d. Kirche, Münster 1950, § 109, 9, S. 374

der Kulturkampf in den 70er Jahren. Beide Male waren es im Grunde liberalistische Leitbilder von Staat und Gesellschaft, die mit der Lehre der katholischen Kirche in Widerstreit gerieten. Sowohl im Kölner Kirchenstreit wie auch im Kulturkampf hatte ein Staat sich mit seiner ganzen Macht zu einem entscheidenden Schlag gegen den deutschen Katholizismus gerüstet. Aber beide Male mußte nach einiger Zeit der Apparat, der zum Kampf gebraucht worden war, wieder weggeräumt werden. Die Kirche war Sieger geblieben und hatte ihre Festigkeit vor aller Augen bewiesen.

Für die deutschen Katholiken bedeuteten die beiden Kirchenkämpfe eine Stärkung des katholischen Selbstbewußtseins. Das Kölner Ereignis war die Geburtsstunde des politischen Katholizismus. Publizistischen Ausdruck fand diese Bewegung in der Gründung der "Historisch-politischen Blätter" 1838.

Wie der für die katholische Kirche erfolgreiche Ausgang des Kölner Kirchenstreites hatte auch der Kulturkampf die Härte der Kirche deutlich werden lassen. Die Auflagezahlen der katholischen Presse gingen sprunghaft in die Höhe und eine grosse Anzahl neuer Zeitungen und Zeitschriften verdankten dem Kampf gegen die Kirche ihr Entstehen. Ebenso war es mit den katholischen Vereinen, die während oder nach dem Kulturkampf gegründet wurden. "Da ferner die Übergriffe der Regierung (Verletzung der Gerechtigkeit und Freiheitsberaubungen) sich direkt und indirekt auch gegen das Papsttum richteten, sorgte die preußische Regierung (und die ihrem Beispiel folgenden Staatsmänner) seit den 30er Jahren selber in wirksamster Weise dafür, daß das Papsttum als Hort der Freiheit erschien."¹⁾

Andererseits hatte der Kampf gegen die Kirche die deutschen Katholiken in eine Abwehrstellung gezwungen, in der sie oft in hoffnungsloser Vereinsamung abgeschnitten waren von den kulturellen Gütern des Volkes. Die Vorstellung von sogenannten "wertfreien" Wissenschaften verhinderte, daß Katholiken Lehrstühle an Universitäten erhielten. Ebenso war es den deutschen Katholiken zum größten Teil fast völlig

1) Lortz, Josef, a.a.O., S. 111 D, S. 388

unmöglich, höhere Beamtenstellen zu besetzen. Die katholischen Beamten waren oft auf die Diskrepanz hin, daß selbst in katholischen Verwaltungsbereichen die Verwaltungsbeamten fast nur Protestanten waren.

Einige Überbleibsel des Kulturkampfes sind bis in das 20. Jahrhundert mitgeschleppt worden. So wurde beispielsweise das Jesuitengesetz erst 1917 abgeschafft, und der Vorrang der Zivilehe vor der kirchlichen Ehe blieb bis in unsere Zeit erhalten. Wenn auch das Bismarcksche Reich der damaligen Zeit durchaus nicht die Züge eines modernen totalitären Staates trug, so hatte doch die Benachteiligung der Katholiken zur Folge, daß diese sich auf einen katholischen Raum konzentrierten, wobei es z.T. zu Formen kam, die man später vielfach als Ghetto bezeichnet hat.

Es wären hier beispielsweise die katholischen Studentenverbände zu nennen. Sie sollten den jungen katholischen Studenten am Hochschulort eine ihrem Glauben gemäße Heimat bieten. Ebenso waren andere katholische Standesvereine, wie katholische Arbeitervereine, katholische Kaufmannsvereine usw. für die Katholiken der damaligen Zeit eine notwendige Hilfe. Jedoch war die Gefahr damit verbunden, der gegebenen geistesgeschichtlichen Situation übertriebenermaßen zu mißtrauen. Ausdruck dieses Mißtrauens war die Einengung auf den katholischen Raum. Man neigte dazu, nur eine katholische Welt oder ein katholisches Deutschland zu sehen und die Verantwortung für einen größeren Bereich geriet leicht in Vergessenheit.

Mit Leo XIII., der 1878 Pius IX. auf dem Stuhl Petri folgte, begann die Versöhnung der Welt mit der Kirche. Der neue Papst tat dies, indem er entsprechend der Lehren des Thomas von Aquin festlegte, welches die Freiheiten des Natürlichen, wie der Kultur, des Staates und der Wirtschaft seien. Ihm ging es darum, das Verhältnis zwischen Glauben und Wissen, Vernunft und Offenbarung neu zu verkünden.¹⁾ In seinem ersten Rundschreiben vom 21.4.1878, "Inscrutabili Dei consilio" befaßte er sich mit der Verständigung von Kirche und Kultur. In einem anderen, "Aeterni patris", (1879) legte er das Verhältnis von Kirche und Wissenschaften dar. Der Ideologie des

1) s. Lortz, Jos. a.a.O., § 112 III, S. 394

Liberalismus stellte Leo XIII. in seinem Rundschreiben "Libertas" (1888) die durch Vernunft und Glauben erkennbare natürliche Freiheit des Menschen gegenüber. Seine wichtigste Enzyklika war "Rerum novarum" vom 15. Mai 1891. Hier behandelte er das Problem der Arbeiterfrage, indem er sowohl die Kirche als auch die Regierung, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer aufforderte, die sozialen Übel zu beseitigen.¹⁾ Seine Achtung vor der Eigenständigkeit der Politik wird in der Haltung zur deutschen Zentrumspartei deutlich, die er als musterhaft bezeichnete, weil sie einen konfessionell gebundenen Charakter ablehnte und in den politischen Fragen von der kirchlichen Autorität unabhängig sein wollte.

Das Pontifikat Leos XIII. war das erste, das ohne politische Macht, nur gestützt auf die Kräfte der Religion und der natürlichen Vernunft, den moralischen Einfluß der katholischen Kirche auf die Welt deutlich werden ließ.

Nachfolger Leos XIII. wurde 1903 der im Jahre 1954 heilig gesprochene Papst Pius X. (1903-1914). Es wird heute oft auf die Gegensätze dieser beiden Päpste hingewiesen. Leo XIII. gilt als der politische, auf weltweite Ziele ausgerichtete Papst, während Pius X. als der mehr dem innerkirchlichen Leben zugewandte Seelsorger bezeichnet wird.³⁾ Diese Gegensätze der beiden Päpste haben sich aber für die Kirche als eine gute Ergänzung erwiesen, denn während Leo XIII. den Boden in der Welt vorbereitete, sorgte Pius X. für die Festigung des Glaubens im innerkirchlichen Bereich. Ob auf dem Gebiete der Kirchenmusik, des Theologiestudiums, des Kirchenrechts, überall war der Reformeifer des von grosser seelsorglicher Verantwortung durchdrungenen Papstes zu beobachten.

Bestimmend für das Pontifikat Pius' X. wie auch für den geistesgeschichtlichen Hintergrund des Gewerkschaftsstreites war das Auftreten des Modernismus, den der Papst in unerbittlicher Härte bekämpfte, weil gerade der Modernismus an dem Grund der Kirche am heftigsten rüttelte, ja sie sogar von innen auszuhöhlen drohte. Ursprungsland des Modernismus war Frankreich, wo Alfred Loisy, Professor am Institut Catholique

1) vgl. Seppelt, F.X., Löffler, Klemens, Papstgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1940, S. 344 ff.

2) s. Seppelt, a.a.O.S. 345

3) vgl. Schmidlin, Josef, Papstgeschichte der neuesten Zeit, 3. Bd., München 1935, S. 126; Seppelt, a.a.O., S. 359

in Paris, eine literarische Kritik der Bibel forderte und die Geschichte der Kirche unter organischen Entwicklungsprinzipien sah, während der Modernismus in Deutschland, wohl nicht zuletzt, weil der Protestantismus, soweit er unter dem Einfluß Schleiermachers stand, den deutschen Katholiken ein anschauliches Bild der letzten Konsequenzen des Modernismus gab, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen (Hugo Koch, Josef Schnitzer) keinen Einfluß gewinnen konnte. Schon im ersten Jahr seines Pontifikats ließ Pius X. vier Schriften von Loisy auf den Index setzen. Es folgten des öfteren Äusserungen des Papstes gegen die "Rebellen" und die "liberale" Theologie. In Münster/Westf. hatte eine sogenannte "Anti-Index-Bewegung" den Papst unter Berufung auf dessen Wahlspruch, "Omnia restaurata in Christo" zum Widerruf der Indizierungen modernistischer Bücher aufgefordert.¹⁾ Dies hatte gemeinsam mit dem für die Kirche gefährlicher werdenden Einfluß der Modernisten bei Pius X. nur einen negativen Erfolg. In dem Dekret "Lamentabili" vom 3. Juli 1907, das von einer seit 1904 tagenden Kardinalskommission ausgearbeitet war, wurden in 65 Sätzen die Irrtümer der Modernisten aufgezählt. Der Charakter dieses Dekrets als Kathedraldefinition ist umstritten, weil es nur von einer Kongregation ausging. Päpstlicher Lehrgewalt entspringt jedoch die Enzyklika "Pascendi" vom 8. Sept. 1907 zumindest in ihren positiv dogmatischen Entscheidungen.²⁾

Der Modernismus sei, wie es Pius X. ausdrückte, eine "Zusammenfassung aller Häresien",³⁾ die im Syllabus von Pius IX. 1864 bereits verurteilt worden waren. Der Ursprung der Religion werde nicht mehr in einer von aussen an den Menschen herangetragenen Offenbarung Gottes gesehen, sondern "der vitalen Immanenz aus den Tiefen des Unterbewußtseins" zugeschrieben.⁴⁾ Das Organ, durch welches Gott immer wieder neu offenbar werden sollte, sei für die Modernisten das Gefühl, wie es Schleiermacher schon als protestantischer Theologe zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelehrt hatte. Demnach

1) vgl. Buchen, 1901, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der katholischen Kirchenpolitik, Bd. VII, Rom 1930, S. 107/108.

2) s. Schmidlin, a.a.O., S. 144/145

3) Pius X., Rundschreiben über die Lehren der Modernisten (dt.-lat.), Freiburg 1908, S. 83

4) Pius X., a.a.O., S. 17

wäre der Glaube nicht mit der Vernunft erkennbar, sondern sollte aus dem Drange des menschlichen Herzens zum Erlebnis Gottes entspringen. So sei also für die Modernisten die Offenbarung nicht mit dem Tod des letzten Apostels abgeschlossen, sondern werde jedesmal neu im Gefühl erlebt. Gott sei deshalb "zugleich Gegenstand und Ursache des Glaubens".¹⁾

Pius X. fuhr danach in der Beschreibung der modernistischen Lehre wie folgt fort: "So geschieht es, daß sie (die Modernisten, d. Verf.) Bewußtsein und Offenbarung im gleichen Sinne gebrauchen. Daher ihr Gesetz, das religiöse Bewußtsein sei die allgemeine Norm, die mit der Offenbarung ganz auf einer Stufe stehe; ihr müsse sich alles beugen, selbst die höchste kirchliche Gewalt, ob sie nun Lehren oder kultische und Disziplinarsatzungen aufstelle."²⁾

Die Dogmen könnten somit von den Modernisten nur aus der Zeit ihrer Verkündigung verstanden werden, weil sie von einer menschlichen Gemeinschaft ausgehen, die gleiche religiöse Gefühle erlebt haben sollte. Wie auch die Kirche aus dem Drang zum Mitteilen des Erlebten und dem daraus erwachsenden Kollektivbewußtsein entstehen sollte.³⁾

Notwendigerweise sei, wenn man wie die Modernisten den Glauben aus der Immanenz des Unterbewußten verstehe, der Gott der Wissenschaft ein anderer als der Gott des Glaubens. Denn der durch die natürliche Vernunft erkannte Gott müßte der in der Immanenz erfüllten Gottesvorstellung widersprechen. Die Folge wäre eine Trennung von Glauben und Wissen, indem der Glaube sich ausschließlich mit dem befaßt, "was die Wissenschaft als für sie zum Unerkennbaren gehörend betrachtet". Die Wissenschaft ihrerseits müßte sich "auf dem Gebiet der Phänomene"⁵⁾ bewegen, deren Herkunft nur relativitisch gedeutet werden könnte, weil Gott als Urgrund des Seins mit der Vernunft nicht mehr erkennbar wäre.

Die Modernisten erklärten so den Eigenwert der Philosophie und der Wissenschaft überhaupt. Für den Glauben machten sie jedoch, wie der Papst in seiner Analyse der modernistischen Lehren ausführte, drei Einschränkungen: 1. Die religiösen

1) Pius X., a.a.O., S. 13

2) Pius X., a.a.O., S. 15

3) Pius X., a.a.O., S. 15

4) Pius X., a.a.O., S. 29

5) Pius X., a.a.O., S. 29

Formeln lägen im Bereich der Phänomene und somit im Wissenschaftsbereich. 2.) Die Idee eines Gottes könne als Phänomen wissenschaftlich untersucht werden, wenn auch die Realität Gottes Gegenstand des Glaubens sein sollte. "Somit hat die Philosophie, d.h. die Wissenschaft, das Recht, über die Gottesidee zu erkennen, sie in ihrer Entwicklung zu regeln und sie zu korrigieren, wenn sich etwas Fremdes eingeschlichen hätte. Daher die Forderung von modernistischer Seite, die religiöse Entwicklung mit der moralischen und intellektuellen zu verbinden, oder, nach einem ihrer Wortführer, sie ihnen unterzuordnen",¹⁾ schrieb der Papst. 3.) Der Gläubige würde den Zwiespalt zwischen Glauben und Wissen auszugleichen suchen, um die allgemeine wissenschaftliche Weltanschauung nicht zu stören. Pius X. fügte hinzu: "Damit ist dann erwiesen, daß die Wissenschaft vom Glauben völlig unabhängig ist, während der Glaube, trotz Proklamation der Trennung beider, sich doch der Wissenschaft beugen muß." 2)

Parallel der Auffassung über das Verhältnis von Glauben und Philosophie werde bei den Modernisten das Verhältnis der Kirche gegenüber weltlichen Gemeinschaften gesehen. "Wie wir dort Glauben und Wissen auf Grund ihres Gegenstandes trennen mußten, so sind auch Staat und Kirche getrennt durch den eigentümlichen Zweck, den sie verfolgen, den weltlichen und den geistlichen", erklärte der Papst.³⁾ Dort sei es der Glaube, der von der Philosophie zu trennen sei, aber schließlich der Philosophie untergeordnet werde; hier die Kirche, die nach der Lehre der Modernisten unabhängig vom Staat sein sollte, so daß aber die sogenannten gemischten Fragen, die sowohl die Ordnung des Staates wie auch die der Kirche berührten, unter die Belange des Staates gestellt werden sollten.⁴⁾ Pius X. geht sogar noch weiter und wirft den Modernisten vor, daß sie selbst Dinge, die nur die Kirche angehen - wie Spendung und Empfang der Sakramente - nach ihrer Lehre der Autorität des Staates unterstellen wollten.⁵⁾

Wenn nach der modernistischen Lehre der Glaube in die

1) Pius X., a.a.O., S. 33

2) Pius X., a.a.O., S. 33

3) Pius X., a.a.O., S. 47

4) Pius X., a.a.O., S. 47/49

5) Pius X., a.a.O., S. 49

Immanenz verlegt werden sollte, so hatte das ausser der Trennung von Glauben und Wissen zur Folge, daß Entwicklungsgesetze die maßgebenden Faktoren für Kirche und Dogmen würden. Für die Modernisten gelte als allgemeiner Grundsatz: "In einer Religion, die lebt, ist alles veränderlich, daum muß es sich ändern."¹⁾ Denn das in der Zeit vorhandene Lebensgefühl, das in der Immanenz sich entwickelt hatte, müßte sich ja auch in der Religion zur Geltung bringen. Und da diese, wie die Modernisten erklärten, einem menschlichen Bedürfnis entspringe, so wäre eine Anpassung der Glaubenssätze an die Zeit unumgänglich.

Die Verordnungen, die der Papst zur Bekämpfung des Modernismus erließ, waren hat und erregten nicht nur in ungläubigen, sondern auch in gläubigen Kreisen Verwunderung. Pius X. wußte jedoch, daß die Modernisten einige "Kunstgriffe" ²⁾ anwandten, um ihre Lehren innerhalb der Kirche verbreiten zu können. Derartige "Kunstgriffe" der Modernisten waren nach Ansicht des Papstes vor allem, "ihre Lehren nicht systematisch und einheitlich, sondern stets nur vereinzelt und aus dem Zusammenhang gerissen vorzutragen, um den Schein des Suchens und Tastens zu erwecken, während sie doch fest und entschieden" waren.³⁾ Ein anderes Prinzip der Tarnung lag in dem Modernismus selbst. Die Kirche mußte seit der französischen Revolution, um die unveränderliche Lehre der göttlichen Offenbarung unter die Menschen zu tragen, die zum größten Teil im Vergleich zum Mittelalter unter vollkommen veränderten Verhältnissen lebten, auch eine andere Gestalt annehmen, die zur Erfüllung dieser Aufgabe geeigneter war. So brauchten die Modernisten nur auf einige ungeeignete Formen der Kirche hinzuweisen, deren Berechtigung für die Zeit in Frage stellen, um dann daraus ihr Prinzip der Anpassung auch auf den Gebieten der Dogmatik zu entwickeln.

Die ersten Anweisungen zur Bekämpfung des Modernismus wurden bereits in "Pascendi" veröffentlicht. Hier empfahl der Papst vor allem das Studium der scholastischen Philosophie,

1) Pius X., a.a.O., S. 53

2) Pius X., a.a.O., S. 96/97

3) Pius X., a.a.O., S. 7

im Protestantismus eine Kampfansage gegen die Lehren Schleiermachers sah, die in die evangelische Theologie des 19. Jahrhunderts eingedrungen waren.

Besonders war der "Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen" zum Werkzeug der Opposition gegen die katholische Kirche geworden. Er war 1887 in Frankfurt/Main gegründet worden und hatte mit einem Mindestmaß an dogmatischer Festigung die reformierte und lutherische Kirche vereinigt. Dabei wurde der Nationalismus zum Prinzip der Ganzheit und eine Toleranz zum Grundsatz, die jedoch zum Liberalismus führte. Schon seine Gründung ist aus der Gegnerschaft zur katholischen Kirche zu verstehen, wobei der Anlaß der für Bismarck und den Liberalismus ergebnislos verlaufende Kulturkampf war. Zwar hieß es in der Satzung, daß man "im Kampf gegen die wachsende Macht Roms die evangelischen Interessen auf allen Gebieten wahren, ... dagegen allen Bestrebungen wahrer Katholizität und christlicher Freiheit im Schoße der katholischen Kirche die Hand reichen" wolle;¹⁾ aber der Aufruf vom 15. Januar 1887, der zum Eintritt in den Evangelischen Bund auffordern sollte, besagte: "Vorweg gilt es energische Gegenwehr. In alle Windungen hinein ist die unterminierende Arbeit des jesuitischen Geistes und seiner Werkzeuge zu verfolgen ... Der Abwehr aber hat der Angriff zur Seite zu gehen. Jedermann soll das wahre Wesen des immer mehr dem Jesuitismus verfallenden Romanismus und seine letzten Ziele kennenlernen."²⁾

Die Mitgliederzahl des Evangelischen Bundes stieg erst langsam von 10 000 1887 auf 100 000 1898, dann etwas schneller auf 370 000 1908 und 1/2 Million im Jahre 1914.³⁾ Seit 1887 gab der Evangelische Bund zur Unterfichtung der Tageszeitungen, die "Deutsch-evangelische Korrespondenz" heraus und seit 1890 eine eigene Tageszeitung, den "Evangelischen Volksboten".

Der Kampf gegen die katholische Kirche wurde mit dem seit 1813 oft gebrauchten Schlagwort "Ultramontanismus" be-

Sp. 1774

2) zit. n. Grebe, a.a.O., Sp. 1776

3) s. Grebe, a.a.O., Sp. 1774

gründet, wonach die katholische Kirche gemäß den national-
stischen Vorstellungen der Mitglieder des Evangelischen Bun-
des ein Fremdkörper im Deutschen Reich sei. Durch das Be-
stehen des Evangelischen Bundes war in Deutschland zwischen
den beiden großen Konfessionen eine Atmosphäre geschaffen
worden, die eine Verständigung sehr erschwerte, wenn nicht
sogar unmöglich machte.

Verstärkt wurde die Opposition des Evangelischen Bundes,
als am 29. Mai 1910 eine päpstliche Enzyklika in italieni-
scher Sprache, "Cio che la parola divina", zum Gedächtnis des
300sten Jahrestages der Heiligsprechung des Kardinals Carlo
Borromeo erschien. Einige Stellen dieses Schreibens, in denen
die Spaltung der Kirche durch die Reformation mißbilligt wur-
de, gaben besonders dem Evangelischen Bund einen Anlaß, seine
Entrüstung darüber in heftigsten Formen auszudrücken. Auch
unter den Katholiken wurde die Form dieser Enzyklika mißbilligt,
so daß eine große Anzahl katholischer Zeitungen und Zeit-
schriften das Sendschreiben nicht abdruckten. Pius X. war
nach dem Einspruch der preußischen Regierung damit einver-
standen, die Enzyklika nicht zu veröffentlichen.¹⁾

Andererseits hat die evangelische Kirche bei der Besei-
tigung der sozialen Mißstände tatkräftig geholfen. Durch die
Erweckungsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts sind die
Fundamente für die soziale Arbeit der evangelischen Kirche
gelegt worden. Ein Kind dieser Erweckungsbewegung war Johann
Hinrich Wichern (1808-1881), der mit der Gründung des "Pau-
sen Hauses" in Hamburg und der Inneren Mission das soziale Ver-
antwortungsbewußtsein den Protestanten vor Augen führte. Diese
evangelisch-soziale Bewegung hat auch andere bedeutende Namen,
wie Huber, Stöcker und Neumann hervorgebracht.

1) s. Bachem, Karl, a.a.O., Bd. VII, S. 930, Schmidlin, a.a.O.,
S. 100

II. Wege zur Lösung der sozialen Frage.

Der soziale Bereich, der zwischen dem Einzelnen und dem Staate liegt, war durch die französische Revolution in Bewegung geraten. Während des Mittelalters hatte im sozialen Bereich die herrschaftsständische Ordnung¹⁾ gegolten, die im Zeitalter der Aufklärung und deren Projektionen auf die staatliche Ebene, den Absolutismus, Verkehrungen und Entartungen erlitten hatte, um in der großen Revolution endgültig zu zerbrechen. Die herrschaftsständische Ordnung war z.Zt. ihrer Gültigkeit oft mit einem menschlichen Körper verglichen worden, dessen Kopf der Kaiser oder Papst, dessen Arme die Ritter und dessen Füße das "gemeine" Volk darstellen sollten. Kein Glied konnte ohne das andere leben und alles sollte eine organische Gemeinschaft sein. Der Grund für den Verlust dieser sozialen Ordnung lag einmal in der Struktur des modernen Staates und zum anderen in dem Auftreten eines völlig neuen Standes, der ausserhalb dieser herrschaftsständischen Ordnung seinen Platz gesucht hätte. Dem Proletariat: Konstellationen dieses Proletariats war die religiöse, geistige, berufliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Desintegration, deren Auswirkung auf die Proletarier Frauen- und Elendigkeit, Demoralisierung, lange Arbeitszeit, überhaupt völlige soziale Unsicherheit waren. Parallel dazu machte sich eine erschreckende Kulturlosigkeit oder besser kulturelle Teilnahmslosigkeit der Arbeiter bemerkbar, deren Folgen in einem zerrütteten Familienleben und dem Alkoholmißbrauch deutlich wurden.

Es war dem Arbeiter nicht mehr möglich, sich geistig zu bilden, denn sein Leben wurde von Wirtschaft und Gesellschaft nur noch unter dem Nutzwert seiner Arbeit gesehen. Nicht die Muße und damit verbunden ein sittlich-kultureller Wert war das Ziel seiner Arbeit, sondern allein die wirtschaftliche Nützlichkeit, die in der freien Verkehrswirtschaft des Liberalismus durch die Wettbewerbsfreiheit für den Arbeiter den Verkauf seiner Arbeitskraft bedeutete, weil er anderes Eigentum nicht einsetzen konnte,

1) Bei der Herrschaftsständischen Ordnung liegt der politische Bereich in den sozialen Bereich.

Die Beseitigung der menschenunwürdigen Behandlung der Arbeiter wurde von Katholiken schon in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts gefordert.¹⁾ Leider hatte nur zögernd und langsam die Hilfe von christlicher Seite eingesetzt. Dies hatte mehrere Gründe: 1. Sowohl die katholische als auch die protestantische Kirche waren geschwächt und mit der Erhaltung des Glaubens überhaupt beschäftigt, so daß die Lösung der sozialen Frage eine sekundäre Stellung einnahm. Noch im Kulturkampf mußten die zu dieser Zeit sehr jungen Arbeitervereine erst einmal den Glauben erhalten. 2. Die soziale Frage war überraschend aufgetaucht, sie hatte in ihrer Neuartigkeit und in ihrem Umfang keine Parallelen in der Geschichte des Christentums. 3. Der Staat fühlte sich damals nicht verpflichtet, das soziale Elend zu beseitigen, sondern begriff seine Aufgabe nur wie die eines Nachtwächters. Das erste soziale Gesetz wurde angesichts des schlechten Gesundheitszustandes der Arbeiterjugend erlassen, die zum Militärdienst ausgehoben werden sollte. 4. Die christlichen Bemühungen zur Behebung der sozialen Not mußten an der untersten Stufe der Wertpyramide, bei der wirtschaftlichen Desintegration der Proletarier, ansetzen. Hier begegnete man bald einem Konkurrenten, dem Marxismus, der aus einer Analyse der gegebenen wirtschaftlichen Situation eine im Materialismus verhaftetes Sein predigte und somit sein Privileg für diese unterste Stufe anmeldete. 5. Man war sich nicht nur zwischen Katholiken und Protestanten, sondern auch innerhalb der Konfessionen nicht einig über den Weg, den man zur Lösung der sozialen Frage beschreiten sollte. Hierüber soll im folgenden berichtet werden.

a) Die Katholiken

Es lag nahe für das Denken der Katholiken, die herrschaftsständische Ordnung des Mittelalters als Vorbild auch für die neugestaltete Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zu betrachten. Den Auftrieb zu dieser Bewegung, die im folgenden "sozialreformerisch" bezeichnet werden soll, gab die Romantik. Eine

1) s. Höffner, Josef, Die deutschen Katholiken und die soziale Frage im 19. Jahrhundert, Paderborn 1954, S. 12 - 22

andere Richtung, die weniger konservativ, mehr liberalistisch sich auf die Gegebenheiten der Zeit einzustellen suchte und deshalb als "sozialpolitisch" bezeichnet werden soll, hatte fast zur gleichen Zeit ihre Grundsätze verkündet.

aa) Die Sozialreformer

Als Sozialreformer taten sich vor allem die Romantiker Adam Müller und Franz von Baader hervor. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es Baron v. Vogelsang (1818-1890), Karl Fürst zu Löwenstein L. Wertheim Rosenberg (1834-1921) und der Dominikanerpater Albert Maria Weiss, Professor der Theologie in Freiburg/Schweiz (1844-1925), die für die sozialreformerischen Ideen eintraten. Ausserdem kann noch zu der Seite der Sozialreformer der junge Franz Hitze gerechnet werden, der als Kaplan diese Ideen vertrat, später jedoch als Abgeordneter im Reichstag (seit 1884) zum Führer der Sozialpolitiker wurde. Auch der Bischof von Mainz, Emanuel Ketteler, stand mit seinen Vorschlägen für die Produktivgenossenschaften auf sozialreformerischen Boden. Er hat sich ebenfalls später mehr der Sozialpolitik zugewandt. In den "Heider-Thesen" (Juni 1883) wurden einige Grundsätze dieser Schule festgelegt, die auf dem Katholikentag in Amberg 1884 veröffentlicht wurden. Im wesentlichen verkündeten die Sozialreformer vier Thesen:

1. Es wurde erklärt, daß der Lohnvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in sich unrechtmässig sei; denn man könne nicht verlangen, daß eine kleine Schicht des Volkes nur von der Arbeit der anderen lebe, die in Ermangelung eines Besitzes ihre Arbeitskraft als Ware einsetzen müsse. Vogelsang schrieb 1886: "Die Arbeit ist dem ganzen Menschengeschlecht von Gott auferlegt. Wenn sich nun eine Klasse der Arbeit entzieht und ihren Teil einer anderen Klasse auferlegt, dafür aber die gesamten Arbeitsfrüchte ... eines nach Angebot und Nachfrage bemessenen Arbeitslohnes an sich zieht, so ist das ein offener Akt der Widersetzlichkeit gegen das göttliche Gebot."¹⁾

¹⁾ zit. n. Baader, a. a. O., sowie Karl v. Vogelsang, *Genossenschaft und Wirtschaftslehre*, Freiburg i. Ue. 1939, S. 31/32; in: "Vaterland" 29. Mai 1886.

2. Als Lösung der sozialen Frage wurde eine herrschaftsständische Ordnung als Gesamtgesellschafts- und Wirtschaftsordnung vorgeschlagen. Noch 1904, zu einer Zeit also, als die Sozialpolitik schon einige klare Erfolge zu verzeichnen hatte, erklärte Albert Maria Weiss: "Schrackenlose Konkurrenz ist eben gleichbedeutend mit Auflösung der Ständeverfassung. Solange nicht wieder selbständige Korporationen als Knochengerüst der Gesellschaft eingeführt werden, gibt es keinen Damm gegen die Ausbeutung und Übervorteilung der Kleinen ... Die Notwendigkeit von Korporationen und Ständen muß jedem klar werden, wenn er einen Blick auf die soziale Lage wirft... Eine festere Organisation ist unerläßlich. Erfolgt sie nicht auf natürliche Weise, nach geschichtlichen Vorbildern und auf gesetzlichem Wege, so tritt sie unnatürlich, willkürlich und gewaltsam ein. Entweder eine organische Gliederung in rechtlich selbständigen Sonderverbänden oder ein allgemeiner, gliedloser, sozialistischer Gleichheitsbund... Wie die Kraft des Körpers von der Festigkeit des Knochengerüsts bedingt ist, so die Stärke des sozialen Organismus von einem festen korporativen Gefüge."¹⁾ Vogelsang hielt die mittelalterliche herrschaftsständische Sozialordnung für ein "sozialpolitisch inkarniertes Christentum".²⁾ Er schlug vor, diese mittelalterliche Gesellschaftspyramide mit dem Stand der Bauern, Handwerker, Kaufleute, dem Wehrstand, dem Adel und dem Klerus und einem neuen Stand "der an der Großindustrie Beteiligten" wieder einzuführen.³⁾ Diese ständische Ordnung sollte auch das Vorbild für "das Parlament der Zukunft" sein;⁴⁾ denn, so meinte Vogelsang, das Politische seine eine Funktion des Gesellschaftskörpers, und man könne "dem Volke zur Vornahme seiner politischen Funktion nicht eine von seiner allgemeinen gesellschaftlichen Organisation abweichende politische Organisation geben wollen. In seiner Organisation als Gesellschaftskörper wird es vielmehr auch politisch tätig."⁵⁾ Auch der junge Hitze hat ähnliche Gedanken

1) Weiss, Albert Maria, *Andeutungen des Christentums in der Sozialpolitik*, Paderborn 1904, S. 11.

2) zit. n. Knoll, A.M., *Karl v. Vogelsang und der Ständegedanke*, in: *Die soziale Frage und der Katholizismus*, Paderborn 1931, S. 74.

3) Knoll a.a.O., S. 77.

4) Rizzi, H. "Vogelsang" in: *Staatslexikon*, Treiburg 1932, S. 111.

5) Knoll a.a.O., S. 75.

geäußert, während Bischof Ketteler zu derartigen Fragen nur andeutungsweise Stellung genommen hat.

3. Da von Seiten der Sozialreformer der Lohnvertrag in der liberalkapitalistischen Wirtschaft für ungerecht erklärt wurde, und da, um eine ständische Ordaung aufzubauen, Arbeit und Kapital miteinander versöhnt werden mußten, schlug man vor, Produktivgenossenschaften zu gründen, die zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration der Arbeiterschaft verhelfen sollten. Die Idee der Produktivgenossenschaften kam aus England, wo die Pioneers of Rochdale diese neuartigen Korporationen aufgebaut hatten. Durch diese Produktivgenossenschaften sollte der Arbeiter zur gleichen Zeit zum Unternehmer werden und an dem Gewinn der Genossenschaft beteiligt sein. Buchez, ein Schüler von St. Simon, hatte diese Idee in Frankreich propagiert und um die Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem in Paris über 100 Produktivgenossenschaften eingerichtet.¹⁾ Da die Beschaffung des Kapitals zur Gründung derartiger Korporationen sehr große Schwierigkeiten machte, forderte Louis Blanc, ein Franzose, und der deutsche Arbeiterführer, Lassalle, daß der Staat sich dafür einsetze und die Mittel zur Verfügung stelle, was schließlich auf eine Zwangsproduktivgenossenschaft hinausging.

Auch von Katholiken in Deutschland und Österreich war die Idee der Produktivgenossenschaften als ein Beitrag zur ersehnten Sozialreform aufgegriffen worden. Besonders Ketteler hatte sich dafür eingesetzt und sich darüber mit Lassalle und dem evangelischen Sozialreformer Viktor Aimé Huber verständigt. Freilich wurde die zwangsweise Einführung der Produktivgenossenschaften von Ketteler abgelehnt. Im Jahre 1862 waren von Katholiken in Böhmen und in Recklinghausen einige Produktivgenossenschaften gegründet worden. Einer der Gründer, der Schweizer Franziskanerpater, Theodosius Florentini, berichtete davon auf der 15. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands. Er schilderte, wie er als fabrikbesitzender Bettelmönch barmherzige Schwestern eingesetzt habe, die eine

1) Franz Albert, Die Rochdaler Produktivgenossenschaft bis zum Tode Kettelers, M.-Gladbach 1914, S. 231

2) Franz Albert, Die Rochdaler Produktivgenossenschaft bis zum Tode Kettelers, M.-Gladbach 1914, S. 235

Produktivgenossenschaften der 19. Jahrhunderts (Köln), Gesellschaften, die sich bildeten vor und nach der Arbeit verrichteten und deren Zweck aufgenahm, "der nicht entweder schon christlich ist oder christlich zu werden verspricht"; denn die Fabriken sollten zu Klöstern werden.¹⁾ Ein Grundsatz, den der junge Franz Hitze noch 1877 aufgriff, wenn er schrieb: "Nur Ordensgeist und Klostergeist macht etwas aus der Produktionsgenossenschaft möglich, jener Geist, der die großen Benediktinerklöster schuf."²⁾ Aber mit den Produktionsgenossenschaften hatten sie keinen Erfolg. Fremde Kapitalien waren plötzlich gekündigt worden und die Produktionsgenossenschaften konnten nur noch durch die erteilte politische und religiöse Unterstützung erhalten werden, die der nun eine kleine Gruppe im Volk zusammenfasste. Bischof Ketteler hat in seinem Gedächtnis, 1877, eingeschrieben, daß dieser Weg nur geringe Erfolge bringen würde.³⁾ So war der Versuch, Produktionsgenossenschaften zu gründen, von Sozialreformern selbst bald aufgegeben worden, wenn auch der Gedanke, daß nur eine umfassende Reform der sozialen Lage beseitigen könne, noch lange lebendig blieb.

4. Die Sozialreformer waren der Ansicht, daß die Reform der Gesellschaft nur von der Religion ausgehen könne. So schrieb A. H. Weiß 1896: "Ohne religiöse Weihe hat die Selbstliebe nie die Fähigkeit, als Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung zu dienen. Darum sind alle Versuche, die soziale Frage einzig durch Gesetz und durch Maßregeln von außen, nicht von oben herab zu lösen, hinfällig. Das ist eben das Grundübel der meisten neuen Reformversuche, und dieses insbesondere haben wir selbst uns so entgegengebeugt, indem wir unseren Sozialgesetzgebungen auszusprechen, weil sie auch die oberflächlichen Arbeit mit äußerlichen Mitteln oder durch die Radikalkur, mit Bronnen und Gebirgen nur die äußerlichen Krankheitserscheinungen angreifen, ohne nach innen zu dringen und an die Wurzel zu gehen. Aber wo einmal das Blut krank ist, da helfen keine Salben auf die Haut. Da muß das Blut kuriert werden. Und so kann auch die soziale Frage nur von innen herang gelöst werden."⁴⁾

1) Häffner, Die deutschen Katholiken und die soziale Frage im 19. Jahrhundert, Paderborn 1954, S. 33

2) Häffner a.a.O., S. 33

3) Franz a.a.O., S. 244, 247, 249

4) Weiß, a.a.O., Freiburg 1896, 3. Aufl. S. 601

ab) Die Sozialpolitiker

Mit "Frieden und Gerechtigkeit" und mit "christlichen Grundsätzen" gingen die Sozialpolitiker darum, das soziale Elend zu beseitigen, wobei sie die Sozialistische Bewegung zum größten Teil anerkannten. Dabei sahen sie sich jedoch immer so, daß die gegebene Situation nur durch eine Modifikation ohne Umwälzung, weil sie schlichte soziale Fragen durch Predigten in seiner augenblicklichen Not helfen kann. Man verzichtete im Moment darauf, die soziale Frage "von innen heraus" zu lösen, tat es aber aus eben diesem inneren Antrieb und in der Hoffnung, später einmal fruchtbarere Wege finden für das Werk Gottes zu können.

Nicht unbewußt ständliche Voraussetzungen des bürgerlichen Gesellschafts, sondern sozialpolitische und soziale, der sozialen Arbeit Anerkennung der Gesellschaft war die Lehre der Sozialpolitiker. Wie wir in den 50er und 60er Jahren in England und Frankreich von Charles Péris und Frédéric Le Tour formalisiert worden und wurde in Deutschland besonders durch die sogenannte Sozialistische Arbeiter Schule weitergegeben. Aber schon 1832 hatte der bayerische Politiker Franz Josef Ritter von Baumbach, ein großer sozialpolitischer Ideologe, gesagt, indem er behauptete: "Das Volk muß sich fördern frei atmen können und etwas zu dauern haben, ehe es erenzt, nicht nur den Hüften des Tals gehoben, sondern auch seinen überreichten Hirn entlastet und entzündete Verengungsplänen beseitigt."¹⁾

1. In einzelnen erkannten die Sozialpolitiker die große Verkehrswirtschaft des Liberalismus als eine unumgängliche Gegebenheit an. Sie sahen wohl auch die aus ihr entstandenen Mißstände, sollten aber nur ihre Härten mildern. Bischof Ketteler drückte dies folgendermaßen aus: "Da also das große System nicht umzuwerfen ist, so kommt es darauf an, es zu mildern, für alle Menschen bestimmten Regeln anzuhängen, die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die politischen, wenn möglich, an dem, was an dem System gut ist, sozusagen Teil zu nehmen zu lassen."²⁾

1) Müller, Franz, Die Grundlagen des Kapitalismus in der kath. Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts, in: Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Liberalismus, Augsburg 1932, S. 33.

2) a. a. O. Müller a. a. O., S. 170.

2. Die Sozialpolitiker erklärten im Gegensatz zu den Sozialreformern, daß das Lohnsystem in sich nicht ungerecht sei, denn man könne nicht verlangen, daß alle Betriebe in Produktivgenossenschaften umgebaut werden und daß diese Forderung spezifisch christlich sei. "So gut wie jemand seine Arbeit um vereinbarten Lohn an einen anderen abtreten kann zur Bebauung des Feldes, so gut kann er es auch zur Regelung einer Maschine oder Heizung eines Hochofens oder Mischung chemischer Stoffe tun," schrieb Lehmkuhl im Jahre 1883. "Auf den nach Billigkeit vereinbarten Lohn aus dem Eigentum des Arbeitgebers hat er strengen Rechtsanspruch; aber die Erzeugnisse seiner Arbeit gehen voll und ganz in das Eigentum des Herrn über." ¹⁾

3. Die Sozialpolitiker erkannten, daß die herrschaftsständische Ordnung des Mittelalters nicht in derselben Form restauriert werden könne und suchten nach einer Ersatzlösung, um den gesellschaftlichen Raum zwischen Staat und Einzelnem auszufüllen. So waren sie sich wohl in der Fragwürdigkeit der herrschaftsständischen Ordnung einig, vertraten jedoch verschiedene Ansichten über die soziale Ordnung der Zukunft. Josef Edmund Jörg, seit 1852 Schriftleiter der "Historischpolitischen Blätter", schrieb 1857: "Die eigentlichen sogenannten Konservativen und Reaktionäre wollen z.T. wieder Korporationen ganz nach altem Zuschnitt ... Wir halten so etwas für ganz undenkbar, ja auch für durchaus nicht wünschenswert, weil es der allgemeinen Entwicklung aller menschlichen Dinge widerspricht, daß die Industrie in dem technischen Zustande, in den sie vor vielen Jahrhunderten war ... hätte bleiben sollen." ²⁾ Diese Meinung hinderte ihn jedoch nicht daran, für Produktivgenossenschaften einzutreten, die er für zeitgemäß hielt. Auch Hitze hatte sich in den 90er Jahren nicht mehr für die Organisation der Gesellschaft nach herrschaftsständischen Vorbildern eingesetzt. ³⁾

4. Von Seiten mancher Sozialpolitiker wurde die Intervention des Staates völlig mißbilligt. Jörg schrieb in den

1) Lehmkuhl, Aug., Arbeitsvertrag und Streik, Freiburg 1891, S. 20/21

2) Müller a.a.O., S. 142 aus HPBl 1857 I, S. 56 ff.

3) vgl. Müller, Fr., Franz Hitze und sein Werk, Hamburg 1928

"Völkischpolitischen Blättern" 1881 aus Anlaß der Unfall-
 versicherungsvorlage: "Der Staat ist das Recht, welches
 über alle anderen Rechte steht, damit der Staat und
 das Volk die allgemeinen Interessen schützen können. Der Staat
 hat, besitzt keine selbständige und unabhängige
 Existenz mehr; er ist der Hörige desjenigen, von dem er leben
 muß." ¹⁾ Diese Forderung liegt dem Grundgedanken von
 Marxcks Sozialpolitik, die für die Katholiken der damaligen
 Zeit lange eines Staatssozialismus trug, und zum anderen während
 der Zeit des Kulturkampfes, wo die Katholiken ohnehin dem
 Staat gegenüber mißtrauisch waren. Ebenso argwöhnisch gegen-
 über dem Staat waren die katholischen Arbeiter. Die so be-
 rühmte Regierung, Johann Baptist Dreyer, Professor an der Uni-
 versität Löwen und Verfasser des sozialpolitischen Traktates
 "Leçons de la législation sociale", betrachtet er als
 "allgemeines materielles, ökonomisches, politisches, sozio-
 logisches, ethisches, juristisches, religiöses, wissenschaftliches
 Verbrechen", die sich auf das Volk stützen, "wäh-
 rend doch die Mehrheit des Volkes sich nicht bewegt, nur zum
 eine Einrichtung, welche von dem Staat aus durch einen Gesetz
 wird, aber anderen als Verleugern und Betrüger erscheint".
 Die gesetzliche Armenpflege trägt in sich die Ursache für den
 Verfall der christlichen Sozialität, wodurch sie zerstört
 geworden ist. ²⁾ "Statt die sittliche Einheit des Volkes
 zu bewirken, verdirbt, entwürdigt und erniedrigt ihn nur die
 gesetzliche Armenpflege." ³⁾ Im Gegensatz zu Frankreich, wo be-
 sonders durch die Schule von Angers eine staatliche Sozial-
 politik von vornherein abgelehnt wurde, arbeiteten die deut-
 schen Katholiken in Reichstag und in den Landtagen vielfach an
 einer Sozialgesetzgebung mit.

Zusammenfassend muß zu dem Streit, ob Sozialreform oder
 Sozialpolitik betrieben werden sollte, gesagt werden, daß es
 sich hier um einen Meinungsstreit handelt.

1) zit. n. Müller, Die Sozialpolitik, S. 11700 (1881), S. 457.

2) Perin, Ch. Das Fundament des christlichen Gesellschaftsneu-
 baues. Paris/Genève o.J., S. 28.

3) Perin, a. a. O., S. 31.

vgl. im diesem Kapitel: Höffner, Joseph, Die deutschen
 Katholiken und die soziale Frage im 19. Jahrhundert,
 Paderborn 1954, S. 31 ff.

ac) Die Enzyklika "Rerum Novarum"

Almer Methodenstreit wurde durch Leo XIII. in den Punkten, wo es um die grundsätzliche Haltung der katholischen Kirche zur sozialen Frage ging, in der Enzyklika Rerum novarum vom 15. Mai 1891 entschieden.

1. Der Papst verurteilte die liberalkapitalistische Wirtschaftsweise mit den Worten: "Produktion und Handel sind fast aus dem Gesicht von Christus gewunden, und es brauchen wenige Überlebende seinen oder Marias von Heiligkeit ein wenig christliches Licht zu bringen."¹⁾ Dies entspricht sowohl der Haltung der Sozialpolitik der Kirche als auch der Sozialreform, indem der Papst jedoch in seiner zeitlichen Konzeption eine klare Linie über diese wirtschaftliche Reform auszeichnet, außerdem nur Wege vorschlägt, in der liberalkapitalistischen Wirtschaftsweise den Wandel zu bewirken, stattdessen er sich eindeutig der Haltung der Sozialpolitik.

2. Vor allem verurteilte Leo XIII. den Lohnvertrag nicht als sich unrechtmäßig, befaßte sich vielmehr damit, die Pflichten der Arbeitgeber wie auch die der Arbeitnehmer nach den Vorschriften der Gerechtigkeit klarzustellen.²⁾

3. Leo XIII. nahm vor allem den wirtschaftlichen Wandel, nicht Stellung. Nur einmal dachte er an, daß die mittelalterlichen Tugenden der Handwerker, die ja auch ein Teil der herrschaftlichen Ordnung waren, nicht wieder orientiert werden könnten: "In einer Zeit wie der unseren mit ihren gesicherten Lebensgewohnheiten können schließlich nicht nur alten Tugenden in ihrer ehemaligen Tugend wieder zu leben gelehrt werden."³⁾ Aber dies betraf noch nicht die alte Welt, sondern die Welt der alten herrschaftlichen Ordnung, was es auch für die gerade aufkommenden praktischen Probleme des sozialen Wandels gab. Voll Erwähnung will allerdings nur der Inhalt der gesamten Enzyklika, nämlich, daß Leo XIII. schon schon eine neue soziale Ordnung, die sich auf der Leistung aufbaut und 40 Jahre später durch Pius XI. beschrieben wurde, angedeutet.⁴⁾

1) Leo XIII., Rerum novarum, Düsseldorf o.J. Nr. 2

2) Leo XIII., a.a.O. Nr. 16

3) Leo XIII., a.a.O. Nr. 36

4) vgl. Hellmuth, O.v., Die soziale Enzyklika, Köln 1950³, S. 171

Der Papst befürwortete gegen die Sozialpolitiker wie Charles Périn und die Schule von Angers die Hilfe des Staates bei der sozialen Frage. "Wenn aber überhaupt alle Rechte der Staatsangehörigen sorgfältig beachtet werden müssen", sagt Leo XIII. in der Enzyklika, "und die öffentliche Gewalt darüber zu wachen hat, daß jedem das Seine bleibe, und daß alle Verletzung der Gerechtigkeit abgewehrt werde oder Strafe finde, so muß doch der Staat beim Rechtsschutze zu Gunsten der Privaten eine ganz besondere Fürsorge für die niedere, soziale Klasse walten lassen... Die Lohnarbeiter, die die Grundlagen der Gesellschaft bilden, müssen vom Staat in besonderer Rücksicht genommen werden."¹⁾ Jedoch wandte sich der Papst gegen diese Forderung, wie ihn die Sozialpolitiker bereits ablehnen wollten, wenn er schreibt: "Die Arbeiter und die Arbeiterparteien allerdings nicht im Staat zu liegen, wie gesagt wurde, und die Gerechtigkeit der Arbeiter, sowohl die nicht des öffentlichen Wohls, sondern der Gerechtigkeit wegen wider ist, muß innewohnend gewahrt bleiben."²⁾

Charles Périn, der seine Sozialpolitik bekämpfte, war mit dieser These aus dem Zusammenhang der Enzyklika ausgespart. Nur die Katholischen Sozialisten in Deutschland konnten sich auf behaupten, daß sie in der Frage der Staatsintervention schon von vorher das Gesetz sahen, was Leo XIII. dann in seiner Enzyklika für die ganze Welt empfahl.

Die Enzyklika Rerum novarum steht am Anfang einer Entwicklung, die sich in der sozialen Frage um diese Zeit vollzogene und bestimmend für die nächsten Jahrzehnte wurde.

B) Die Protestanten

Anderes ist die Entwicklung in der evangelischen Kirche verlaufen. Hier ging es um mehr als um eine Methodenfrage, hier ging es um die Frage, ob überhaupt die Kirche für den sozialen Bereich verantwortlich sei. In der Beantwortung dieser Frage traten die verschiedensten Auffassungen über den Begriff der Kirche und der Verantwortlichkeit der Kirche auf.

¹⁾ Leo XIII., a.a.O. S. 20

²⁾ Leo XIII., a.a.O. S. 23

aber hervor. So wird man in der christlich-sozialen Bewegung der evangelischen Christen keine einsam stehende Insel vorfinden, der sozialen Frage stand sie gegenüber, und es ist auch hier zu einigen guten Erfolgen, die aber weniger von der Macht einer in sich einigen Kirche, sondern mehr von Einzelpersonen erzielt worden waren. Wie im Bereich der katholischen Kirche die ersten Schritte dieses sozialen Aufstiegs mehr karitativer Natur waren, so auch im protestantischen Bereich. Johann Hinrich Wichern hatte mit der Gründung des "Runden Hauses" und der "Lobbesche Mission" die erste Mission der Öffentlichkeit in der Form karitativer Arbeit vollbracht. Auch ein Fundament gelegt, von dem aus die evangelisch-christlich-sozialen Bestrebungen im nächsten Schritt ausgingen. Bis zum Jahre 1914 waren die sich immer wiederholenden Versuche, über ein rein karitatives Handeln hinaus zu einer sozialen Wirkungskraft zu gelangen.

Den ersten Schritt von der Karitative zum sozialen Bereich tat Viktor Adolf Huber (1857-1931). Sein Ziel war die Verwandlung eigentümlicher Arbeiter in christliche Arbeiter.¹⁾ Auch er war wie die meisten Arbeiter in protestantischen Bereich nach dem Vorbild des Sozialisten Huber, der die Überwindung von Produktionsverhältnissen zum Ziel hatte. Huber kann ihn sogar als ersten deutschen Arbeiter auf diesem Gebiet bezeichnen, denn Bischof Fetteisen, Inhabler, Wichern und Schulze-Greifensee haben auf ihn viel geleistet. Seine Bestrebungen, bei Kampertum und viel Hilfe zu finden, wurde jedoch vereitelt. Erst 1900 kam er für die Beiseite der Arbeiter. Für die Verwirklichung und die Gründung von Gewerkschaften ein. Leider blieben ihm auch hier äußere Erfolge versagt. Huber hatte jedoch den entscheidenden Anstoß für eine soziale Politik der evangelischen Christen gegeben. Sein Einfluß wurde ganz besonders in einer Denkschrift des Zentralausschusses der Evangelischen Arbeiter 1885 deutlich, deren Verfasser Huber selbst war.²⁾

Der Weg, von dem Huber die soziale Bewegung im protestantischen Bereich der Arbeiter führte, wurde von Huber selbst in der Denkschrift des Zentralausschusses der Evangelischen Arbeiter 1885 deutlich, deren Verfasser Huber selbst war.

1) zitiert nach: Frick, Die Kirche und die soziale Frage, Gütersloh 1920,

2) Thies, a.a.O., S. 36 ff.

des "sozialen Königtums". Zur positiven Überwindung der Sozialdemokratie verkündigte er sein Programm bei der Gründungsversammlung seiner christlich-sozialen Arbeiterpartei am 3. Jan. 1878 (Eiskeller-Versammlung). Er forderte darin obligatorische fachgenossenschaftliche Organisationen als Ersatz dessen, "was in den Zünften gut und brauchbar war". ¹⁾

Weiter wollte er staatliche obligatorische Schiedsgerichte, staatliche Witwen- und Waisenunterstützungen, Invaliden- und Altersversorgung eingerichtet sehen. Dabei stieß er auf Ablehnung, sowohl bei Bismarck, der ihn einen "Hofsozialisten" nannte, wie auch bei seiner evangelischen Kirchenbehörde. Der Oberkirchenrat erklärte hierzu kurze Zeit nach Gründung der Partei, daß die "Diener der Kirche sich nicht in den Grenzen ihres Berufes hielten, wenn sie an die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung auf Grund des Evangeliums Forderungen stellten, wie der sozialen Not zu steuern sei." ²⁾ Später hat ihn auch der Kaiser nach einigem Hin und Her fallen lassen. Er telegraphierte 1896 an Hinzpeter: "Wer Christ ist, der ist auch sozial, christlichsozial ist Unsinn... Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiel lassen, die- weil sie das gar nichts angeht." ³⁾

Zur Zeit des Sozialistengesetzes erlebte Stoecker, daß die Arbeiter sich von ihm abwandten. Seine Arbeiterpartei wurde zur Mittelstandspartei und als solche 1880 in "Christlich-soziale Partei" umbetauft. Wenn er Stoecker auch nicht gelungen ist, die Masse der Arbeiterschaft wieder zur evangelischen Kirche zurückzuführen, so hat er doch mit der Gründung der "Freien kirchlich-sozialen Konferenz" (später "Kirchlich-sozialer Bund") im Jahre 1897 ein Instrument geschaffen, das dem sozialen Bewußtsein der evangelischen Christen Form verliehen hat. Organ dieser Konferenz waren die "Kirchlich-sozialen Blätter", die monatlich von Ed. Rehmert herausgegeben wurden. ⁴⁾

1) zit.n. Burchhard, Ferd., Ideengeschichte des christlichen Gewerkschaften mit besonderer Berücksichtigung des "Gewerkschaftsstreites", Diss. Würzburg 1922, S. 8.

2) Seeber, H., in: "Archiv Stoecker" im Stoeckerlexikon, Freiburg 1932, Bd. V, Sp. 150

3) zit.n. Thier, a.a.O., S. 70

4) s. Mühler, E. "Christlich-soziale Bewegung", in: Staatslexikon, Bd. I, Freiburg 1931, Sp. 1269

Zuvor hatte Stoecker sich auch an der Gründung des "Evangelisch-sozialen Kongresses" (1890) beteiligt (Organ: "Evangelisch-Sozial" Hrg. Pfarrer Herz), aus dem er aber nach einigen Streitigkeiten 1896 ausschied. Dieser Kongress geriet später in liberale Hände und hatte trotz einer großen Zahl von Resolutionen wenig Einfluß.

Eine Gruppe "jüngerer Christlich-Sozialer" hatte sich ebenfalls 1896 unter Führung von Friedrich Naumann abgespalten und einen "National-sozialen Verein" ins Leben gerufen, dessen Organ die "Hilfe" wurde. Naumanns Ziel war es, von "unten her" die Arbeiterschaft zu erreichen, um so die soziale Frage zu lösen. In der Sozialdemokratie sah er deshalb eine Freiheitsbewegung des Proletariats¹⁾ und hoffte sie an den großmachtpolitischen Aufgaben der Nation zu beteiligen. "Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen? Wer immer Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern, er muß für nationale Macht sorgen," erklärte Naumann und kam zu der Konsequenz: "Wir brauchen einen Sozialismus, der regierungsfähig ist.... Ein solcher Sozialismus muß deutschnational sein."²⁾ Naumann hatte in innerer Konsequenz sein Amt als evangelischer Pfarrer niedergelegt, um sich ganz seiner "national-sozialen" Bewegung zu widmen. Aber auch er scheiterte. Dem deutschen Protestantismus hat er ein Beispiel gegeben, "daß das Verlassen der christlichen Bannmeile die Sozialsphäre den dämonischen Gewalten" preisgibt.³⁾

1) s. Thier, a.a.O., S. 71

2) vgl. n. Thier, a.a.O., S. 80

3) Thier, a.a.O., S. 89

III. Die Koalitionen

Die Aufforderung: "Schließt euch zusammen", die sowohl von Bischof Ketteler wie auch von Lassalle und von Männern, die in der Ideologie eines Karl Marx dachten, an die Arbeiter erging, wurde verhältnismäßig schnell aufgegriffen. Wirtschaftlich sah man in der Koalition der Arbeiter eine Ergänzung des liberalkapitalistischen Systems. Rechtlich waren zuletzt im Jahre 1869 in Preußen durch den § 152 der Gewerbeordnung die letzten Hindernisse für den Zusammenschluß der Arbeiter beseitigt worden. Psychologisch, worum es im wesentlichen ging, war durch die Aufforderung: "Schließt euch zusammen", an das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter appelliert worden, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich von Jahr zu Jahr stärker abzeichnete. Freilich war es noch ein weiter Weg, bis das Wort in die Tat umgesetzt wurde, denn infolge des Elendsdaseins war der Mut und die Unternehmungslust der Arbeiter einer dumpfen Duldsamkeit gewichen.

In Deutschland suchte man von sozialistischer Seite durch "Arbeiterbildungsvereine", die in den 60er Jahren von Liebknecht und Bebel gegründet worden waren und 1863 zu einem "Verband deutscher Arbeitervereine" zusammengefaßt wurden, die dumpfe Lethargie der Arbeiter zu überwinden. Ebenfalls 1863 hatte Lassalle seinen "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" gegründet, um, wie er meinte, im Rahmen des "Ehernen Lohngesetzes", wonach "der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt zu Existenz und Fortpflanzung reduziert bleibe"¹⁾, für die Arbeiter günstigere Bedingungen zu erwirken. Aber zum Thema dieser Arbeit stehen diese Vereine nur im indirekten Zusammenhang und deshalb soll im folgenden nur das gezeigt werden, was für den Gewerkschaftsstreit später von Bedeutung war.

a) Die katholischen Arbeitervereine

Die ersten von Katholiken gegründeten Arbeitervereine, die

1) Heyde, Ludwig, Abriß der Sozialpolitik, Heidelberg 1953

über den lokalen ¹⁾ und berufsständischen ²⁾ Bereich hinaus- kamen und in den 60er Jahren als, "Christlich-soziale Arbeitervereine" gegründet worden waren, sollten interkonfessionell sein. Das Organ der "Christlich-sozialen Vereine" die "Christlich-sozialen Blätter" (gegr. 1868, hrsg. Kaplan Schings, Aachen) schrieb 1872 (Nr. 1): "Insoweit die der katholischen Kirche entfremdeten Brüder, noch einen positiven Glauben besitzen, stehen sie zu uns und wir zu ihnen."³⁾

So wurde auch die Bezeichnung "katholisch" für diese Vereine vermieden. Die evangelischen Arbeiter jedoch haben nur schwer den Weg in die "Christlich-sozialen Arbeitervereine" gefunden. Nur in Wuppertal und Bochum betrug ihr Mitgliederanteil die Hälfte.

Das soziale Programm dieser Arbeitervereine bestand im wesentlichen aus vier Punkten: 1. Lohnerhöhung, 2. Arbeitszeitverkürzung, 3. Verbot von Kinder- und Frauenarbeit, 4. Schutz der Sittlichkeit.⁴⁾ An der Spitze jedes Vereins stand meistens ein junger Geistlicher, der für eine bestimmte Zeit gewählt worden war. Eine Ermittlung der Mitgliederzahlen dieser Vereine ist ausserordentlich schwierig. Zeck gibt für die 60er Jahre 30 000 für das Ruhrgebiet an,⁵⁾ und Ludwig Heyde zählt in den 70er Jahren - also während des Kulturkampfes - insgesamt 52 Vereine mit 10 000 Mitgliedern.⁶⁾

Anfangs hoffte man, mit Hilfe der Arbeitervereine eine eigene Partei zur Vertretung der Arbeiterinteressen in den Parlamenten gründen zu können. Die "Christlich-sozialen Blätter" trugen deshalb, indem sie der Entwicklung vorgriffen, den Untertitel: "Organ der Christlich-sozialen Partei".

¹⁾ In Aachen wurden schon 1840 und in Hamm 1841 katholisch-soziale Arbeitervereine gegründet worden. s. Kaster, J., Chr. soz. Ideen und die Gewerkschaftsfrage, M.-Gladbach 1922, S. 41

²⁾ In den 50er und 60er Jahren waren im Ruhrgebiet katholische Knappenvereine gegründet worden. s. Imbusch, H., Arbeiterverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau, Essen 1908, S. 199

³⁾ zit. n. Imbusch, a.a.O., S. 196

⁴⁾ s. Zeck, H., Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Köln 1932, S. 13

⁵⁾ Zeck a.a.O., S. 14

⁶⁾ Heyde, "Arbeitervereine", Handwörterbuch d. Stw., I. Bd. Jena 1923, S. 702

Seit 1871 jedoch unterstützten die Christlich-sozialen Vereine die katholischen Arbeitervereine, die ersten Arbeitervertreter, Stötzel, der anfangs sogar gegen die Parteileitung mit Hilfe der Vereine 1877 in Essen gewählt worden war, in ihre Reichstagsfraktion aufnahm.¹⁾

Als katholische Vereine wurden die Christlich-sozialen Arbeitervereine während des Kulturkampfes von der Regierung unterdrückt. Da ihre Ziele sozialpolitischer Art waren, hatte man weiterhin eine Handhabe, sie mit Hilfe des Sozialistengesetzes zu verbieten. Im Verlaufe des Kulturkampfes wurden so aus den sozialen Arbeitervereinen religiös-politische Pfarrvereine, die ihre Tätigkeit, welche nunmehr zuerst der Erhaltung des Glaubens galt, nur getarnt fortsetzen konnten. Eine Folge dieser Entwicklung war auch die Abspaltung der evangelischen Arbeiter, die jetzt in den Christlich-sozialen Arbeitervereinen eine "ultramontane" Beeinflussung befürchteten. Zu Beginn der 80er Jahre waren die Christlich-sozialen Vereine fast vollständig verschwunden. Ihr Organ, die Christlich-sozialen Blätter erfüllten später unter der Leitung von Vikar Arnold Heugarts aus Dillingen (1877-1897) als Leiter. Im Jahre 1898 verbanden sich die Christlich-sozialen Blätter mit der M.-Gladbacher Zeitschrift "Arbeiterwohl" zu einer neuen Zeitschrift (ab 1904 "Soziale Kultur").

Die Gründung der neuen katholischen Arbeitervereine in den 80er Jahren, während der Kulturkampf allmählich abgebrochen wurde, geschah unter zwei anderen Vorzeichen:

1. Die Gründung ging von einem 1879 geschaffenen Verband "Arbeiterwohl" aus, der katholische Unternehmer und Politiker zusammenfaßte, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Not der Arbeiter zu lindern. Ziel dieses Verbandes war a) die Patronage: "Alles für den Arbeiter, aber mit und durch den Fabrikherrn" (Satzung), b) wollten sich die Unternehmer für eine soziale Gesetzgebung zum Nutzen der Arbeiterschaft einsetzen und c) sollten mit Hilfe der Unternehmer Arbeitervereine gegründet werden.²⁾ Der Vorsitzende des Verbandes "Arbeiterwohl" war Franz Brandts, Besitzer einer Tex-

1) Ritter, E., Die katholisch-soziale Bewegung u.d.VV, Köln 1954, S. 68

2) s. Zeck, a.a.O., S. 16

tilfabrik in M.-Gladbach. Als zweiter Vorsitzender wurde der Sozialreferent der Zentrumsfraktion des Reichstages, Frhr. v. Hertling, gewählt. Für den Posten des Generalsekretärs war Franz Hitze 1880 von seinem Bischof freigestellt worden. Ab 1881 gab der Verband in M.-Gladbach eine Monatszeitschrift ebenfalls mit dem Namen "Arbeiterwohl" heraus, die von Hitze redigiert wurde. Diese Zeitschrift wurde 1904 unter dem Namen "Soziale Kultur" fortgesetzt.¹⁾

2. Die in den 80er Jahren neu gegründeten Vereine unterschieden sich von den Christlich-sozialen Arbeitervereinen in ihrer bewußt katholischen Haltung, wozu man sich durch den Kulturkampf gezwungen sah. Bei der Generalversammlung der deutschen Katholiken 1884 in Amberg wurde in einer Resolution "zur Bekämpfung der glaubensfeindlichen und sittenverderblichen Strömungen der Zeit"²⁾ die Gründung von katholischen Arbeitervereinen empfohlen. Hierfür war vor allem die Enzyklika Leo' XIII. "Humanum genus" vom 20. April 1884 entscheidend, in welcher der Papst gegen die Freimaurerei Stellung nahm. Die Analyse der Freimaurerei durch den Papst legte einige Parallelen frei, die 30 Jahre später im Modernismus auftauchen. Als Heilmittel gegen die Freimaurerei empfahl der Papst u.a. die Gründung von katholischen Arbeitervereinen, deren Vorbild für Leo XIII. in den 80er Jahren noch die mittelalterlichen Zünfte waren.³⁾ Franz Hitze hatte gleichzeitig in Amberg die "Grundzüge der Organisation von katholischen Arbeitervereinen" vorgeschlagen. Darin wurde festgestellt, daß ein Geistlicher jeden Arbeiterverein leiten solle, dem ein "aus Ehrenmitgliedern gebildeter 'Schutzvorstand' und ein engerer Vorstand" zur Seite stehen sollten. Über den Zweck der Vereine hieß es in diesen "Grundzügen": "1. Schutz und Förderung der Religiösität und Sittlichkeit im festen Anschluß an die Kirche. 2. Förderung der Standestugenden: Fleiß, Treue, Nüchternheit, Sparsamkeit, Familiensinn, Hebung des Standesbewußtseins. 3. Pflege echter Kameradschaftlichkeit und veredelnder Unterhaltung. ... ~~Reinigung des Lebens~~ gewerblichen Bildung. Die Politik ist ausgeschlossen".⁴⁾

1) vgl. Ritter, a.a.O., S. 129

2) zit. n. Zeck, a.a.O., S. 75

3) s. Leo XIII. Humanum genus, Freiburg 1903, S. 41

4) zit. n. Zeck, a.a.O., S. 144

Von nun an wurde auf allen folgenden Katholikentagen auf die Notwendigkeit der katholischen Arbeitervereine hingewiesen. Die Zahl der Vereine nahm schnell zu und ihre Tätigkeit breitete sich über ganz Deutschland aus. 1889 wurde auf dem Bochumer Katholikentag festgestellt, daß mittlerweile 168 Arbeitervereine, 37 Vereine der Jungarbeiter und 20 Arbeiterinnenvereine bestanden, deren Mitgliederzahl insgesamt etwa 50 000 betragen hat.¹⁾

Einen großen Aufschwung erhielten die katholischen Arbeitervereine durch die Gründung des "Volksvereins für das katholische Deutschland" im Jahre 1890, deren Vorsitzende Franz Brandts und Karl Trimborn waren. Hitze wurde Geschäftsführer des Vorstandes und zum Geschäftsführer wurde Kaplan Dr. Drammer ernannt.²⁾ Bei der Gründung des VV hatte neben Brandts und Hitze auch der Zentrumsführer Windthorst entscheidenden Anteil. Der Mitgliederbeitrag betrug 1 Mark pro Jahr. Als Gegenleistung für den Vereinsbeitrag wurde jährlich 8 mal an die Mitglieder eine Vereinszeitschrift "Der Volksverein" geliefert. Seit 1891 gab der VV zur Information der Zeitungen eine "Sozialpolitische Korrespondenz" heraus, die von Dr. Galland aus Münster redigiert wurde. Von 1898 an hatte zwar diese Korrespondenz für kurze Zeit ihr Erscheinen eingestellt; aber 1900 wurden wieder 250 christliche Zeitungen von ihr beliefert.³⁾ Zur Erteilung von Auskünften und zum Studium der sozialen Wissenschaften unterhielt der Volksverein eine ausgezeichnete Bibliothek. Die Mitgliederzahl des Volksvereins stieg bis zum ersten Weltkrieg ständig an (ausser 1899/1900). Schon 1891 betrug sie 108 889; 1895 177 892; 1900 181 744; 1905 455 000; 1910 652 000 und 1914 805 000.⁴⁾ Durch organisierte und geschulte Redner, durch "praktische soziale Kurse" (seit 1892) und vor allem durch eine große Anzahl von Schriften wurde in allen Ständen der katholischen Bevölkerung die christliche Soziallehre verbreitet. Selbstverständlich kam dies indirekt den katholischen Arbeitervereinen zugute; denn es wurde ihnen auf diese Weise im Bewußtsein des Volkes ein Platz innerhalb einer sozialen Ordnung eingeräumt.

1) s. Ritter, a.a.O., S. 281; Zeck, a.a.O., S. 17

2) Ritter, a.a.O., S. 144

3) Ritter, a.a.O., S. 178, 184, 191

4) Ritter, a.a.O., S. 181 u. 231

Zu Beginn der 90er Jahre wurde vom Papst durch die Enzyklika Rerum novarum, von den preussischen Bischöfen durch ein Sendschreiben vom 23. August 1890, und von Kaiser Wilhelm II. durch die Sozialerlasse vom 4. und 5. Februar 1890 die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Öffentlichkeit auf die Arbeiterfrage gelenkt. Papst und Bischöfe setzten sich für die Gründung von katholischen Arbeitervereinen ein. Der Kaiser erkannte dadurch, daß er den Bischof von Köln, Klementz, in den Staatsrat, Franz Hitze dorthin als Sachverständigen berief und Fürstbischof Kardinal Kopp als päpstlichen Delegaten bei der Internationalen Arbeiterschuttkonferenz hinzuzog, die Bemühungen der katholischen Kirche an.

Auf die katholischen Arbeitervereine hat dies alles sehr fördernd gewirkt. 1900 bestanden in Deutschland insgesamt 800 Vereine mit 170 000 Mitgliedern und 1914 waren daraus 3000 Vereine mit 400 000 Mitgliedern geworden.¹⁾ Mit dem Wachsen der Arbeitervereine wurde eine organisatorische Zusammenfassung notwendig, um die Einheit der Bewegung zu wahren. Diese organisatorische Zusammenfassung lag zunächst bei den Präsidien der einzelnen Vereine. Für das Erzbistum Köln wurde 1887 ein Diözesankomitee gegründet, das unter dem Vorsitz von Domkapitular Velten stand und dem neun Geistliche, darunter auch Hitze, angehörten. Dieses Diözesankomitee beschloß ab 1887 eine "Kölner-Correspondenz für die geistlichen Präsidien" herauszugeben, die bis 1900 von dem Schriftführer Kaplan P. Oberdörffer redigiert wurde und sich an alle Präsidien der Arbeitervereine wandte. Ab 1901 ging das Verlagsrecht der Kölner Korrespondenz, die sich von da an "Präsidien Korrespondenz" nannte und von Dr. August Pieper, dem Generaldirektor des Volksvereins (seit 1892), redigiert wurde, in das Eigentum des VV über.

Ab 1895 wurden aus den jährlichen Präsidien-Versammlungen in der Erzdiözese Köln Delegiertentage mit Vertretern aus der Arbeiterschaft, woraus 1899 auf eine erzbischöfliche Anordnung hin ein Diözesanverband der Arbeitervereine des Erzbistums Köln gegründet wurde. In anderen Bistümern ist es

1) s. Zeck a.a.O., S. 26

früher oder später zu ähnlichen Verbänden gekommen. 1904 schlossen sich die Diözesanverbände von Köln, Münster, Paderborn, Fulda, Limburg, Hildesheim, Osnabrück und Mainz zu einem "Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands" zusammen. Dieser Verband wurde vor allem durch den Gewerkschaftsstreit notwendig. Zum Präses des westdeutschen Verbandes wurde Dr. August Pieper gewählt, der schon seit 1898 Kölner Diözesanpräses war. Generalsekretär wurde ein junger Kölner Geistlicher Dr. Otto Müller, der 1918 Pieper auf dem Posten des Verbandspräses ablöste.¹⁾ 1904 gehörten zum westdeutschen Verband 344 Arbeitervereine mit 74 530 Mitgliedern

1907 720 Arbeitervereine mit 130 000 Mitgliedern

1909 857 " " 161 863 "

1910 961 " " 171 302 "

1911 1039 " " 188 539 "

1912 1139 " " 203 045 "

1913 1219 " " 220 250 " 2)

Außerdem müssen zum westdeutschen Verband noch die Knappenvereine gerechnet werden, die Anfang 1914 189 964 Mitglieder hatten.³⁾ Organ des Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands war die 1893 gegründete "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" (WAZ), die wöchentlich erschien, und in der Zeit zwischen 1900 und 1910 in den einzelnen Diözesen für die Mitglieder der Vereine obligatorisch wurde. Bis zum April 1906 wurde die WAZ vom Kölner Diözesankomitee herausgegeben. Danach übernahm der mit Dr. Otto Müller als geschäftsführendem Direktor neu gegründete Verlag "Westdeutsche Arbeiterzeitung GmbH" das Verlagsrecht. Dr. August Pieper, der die WAZ anfangs redigierte, hatte bald einen Kölner Arbeiter, Johann Giesberts, gefunden, der die Redaktion bis 1906 innehatte. Danach war bis Mai 1913 Josef Joos für die Redaktion verantwortlich, dessen Nachfolger Wilhelm Elfes wurde.

1) Ritter a.a.O., S. 223

2) s. Zeck, a.a.O., S. 38

3) s. Bergkn. 17. Jan. 1914 Nr. 3

Der große Gegner des westdeutschen Verbandes wurde im Gewerkschaftsstreit der "Verband katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands, Sitz Berlin", der bereits einige Jahre früher, 1897 gegründet worden war. Dieser Gründung ging Januar 1896 die Gründung der katholischen Arbeitervereine Berlins und der Berliner Delegatur voraus.¹⁾ Präses des Verbandes war der Probst von St. Hedwig in Berlin, Prälat Dr. Jahnelt, der bald starb und durch Probst Neuber ersetzt wurde. Dieser schied 1902 aus. 1910 wurde der fürstbischöfliche Delegat, Prälat Kleineidam, zum Ehrenpräses gewählt.²⁾ Die Leitung des Verbandes "Sitz Berlin" lag zum größten Teil in den Händen des Generalsekretärs Fournelle, einem Geistlichen aus Luxemburg. Als Sekretär stand ihm Dr. Fleischer zur Seite.

Die Entwicklung der Berliner katholischen Arbeitervereine, die seit 1889 dort bestanden haben, ist von Anfang an etwas anders als die westdeutsche Bewegung verlaufen. Der Zusammenhalt der katholischen Berliner Diasporagemeinde war naturgemäß stärker als in anderen deutschen Städten, wo die Katholiken entweder eine Mehrheit bildeten oder im Gegensatz zu Berlin die katholische Minorität ausserorientiert gelang war. So ist es zu verstehen, daß die Berliner Katholiken sich bis zu den katholischen Wasserportvereinen "so möglichst allen Lebensäußerungen scharf gegen eine erdrückende Umgebung absetzen" wollten.³⁾ Die Berliner katholischen Arbeitervereine hatten deshalb schon von je her sich nicht nur religiöse, sondern auch wirtschaftliche Aufgaben gestellt und Arbeits- und Lohnfragen zu ihrem Geschäft gerechnet. Sie hofften damit mehr den ganzen Mannchen zu erfassen. Die Gewerkschaftsabteilungen im Anschluß an katholische Arbeitervereine zu bilden, war deshalb in den Augen der Berliner Verbandsmitglieder besser, als unabhängigen christlichen Gewerkschaften die Aufgaben der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter anzuvertrauen.

1) s. Kaster, a.a.O., S. 52

2) s. sten. Bericht üb. d. 13. Delegiertentag d. Verb. d. kath. Arbeitervereine, Sitz Berlin, Berlin 1910, S. 21

3) Zeck, a.a.O., S. 42

Der Verband katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschland, der sich infolge des Gewerkschaftsstreites ab 1903 nur noch "Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin" nannte, umfaßte die Diözesen Breslau, Kulm, Ermland, Teile von Paderborn und ab 1902 Trier. Seit der Gründung wurden alljährlich Delegiertentage des gesamten Verbandes abgehalten. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg auch hier rasch an:

	Vereine	Mitglieder
1899	64	11 345
1900	106	17 265
1901	150	21 309
1902	196	28 215
1903	336	62 133
1905	621	84 866
1906	740	116 579
1908	1059	123 000
1909	1159	127 000
1910	1199	129 000
1911	1199	129 000
1912	1229	130 000
1913	1200	130 000 ¹⁾

Der Verband, Sitz Berlin, gab ab 1897 wöchentlich für seine Mitglieder die Zeitschrift "Der Arbeiter" heraus, d.h. der Generalsekretär Liz. Dr. H. Fournelle, wurde ab 1901 als Verleger angegeben. Die Redakteure des "Arbeiters" waren: Peter Boeker (bis April 1903), Fr. Wrzoll (bis Juni 1904) und Paul Richter (bis in den Weltkrieg hinein). "Der Arbeiter" wurde auch in einer polnischen Ausgabe unter dem Titel "Robotnik" ab 1902 an die polnisch sprechenden Mitglieder abgegeben. Ab April 1904 wurde für die Mitglieder der Fachabteilungen eine Beilage zum "Arbeiter" das "Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)" von der Zentralkommission herausgegeben. Dieses "Korrespondenzblatt" erschien jede zweite Woche und wurde wie "Der Arbeiter" von Paul Richter redigiert. Infolge des Gewerkschaftsstreits wollte man auch ein eigenes Führungsorgan schaffen, da die M.-Gladbacher "Präsides-Korrespondenz" nicht die Ansichten der Führer des Berliner Verbandes vertrat. So erschien ab 1905 unter der Redaktion von Dr. Paul Fleischer monatlich

1) s. Sten. Bericht a.a.O., Berlin 1910, Umschlagseite u. S. 71
Zeck a.a.O., S. 43

die Zeitschrift "Der Arbeiterpräses". Auch hierfür war der Generalsekretär Liz. Dr. H. Fournelle der Herausgeber.

Aber im Bereich des Berliner Verbandes, ganz besonders in Oberschlesien, war man mit der "Berliner Leitung" unzufrieden. 1904 wurde deshalb von dem Bezirksverband in Neisse eine Trennung vollzogen und nicht mehr der Berliner "Arbeiter", sondern die WAZ an die Mitglieder ausgegeben. Ab 1907 wurde nach westdeutschem Vorbild eine eigene Zeitschrift dieser Vereine, die "Ostdeutsche Arbeiterzeitung" gegründet, die 1913 eine Auflage von 150 000 hatte. 80 Vereine mit etwa 140 000 Mitgliedern, besonders aus Schlesien, Danzig und dem Ermland gründeten 1910 einen eigenen "Verband katholischer Arbeitervereine Ostdeutschlands" und stellten sich so in Widerspruch zur "Berliner Richtung".¹⁾

Auf der Seite des westdeutschen Verbandes stand während des Gewerkschaftsstreites der "Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine", der bereits 1893 gegründet worden war. Präses des Verbandes war der Münchener Pfarrer Huber. Mit 40 Vereinen und 10 103 Mitgliedern hatte der süddeutsche Verband, der die Bistümer Bayerns sowie Rottenburg und seit 1896 Freiburg umfaßte²⁾ angefangen. Er vergrößerte sich dann wie folgt:

	Vereine	Mitglieder
1895	92	22 285
1897	223	40 456
1900	372	58 339
1905	853	105 272
1910	921	110 277
1915	1086	115 837

Das Organ des süddeutschen Verbandes nannte sich ebenfalls "Der Arbeiter" und kam seit 1890 in München heraus. Die Redakteure dieser wöchentlich erscheinenden Zeitschrift waren in zeitlicher Reihenfolge: M. Schmit, C. Walterbach, und Mich. Gasteiger. Die Auflage des "Arbeiter" - München stieg von 24 000 im Jahre 1903 auf 85 000 im Jahre 1913.⁴⁾

1) Zeck, a.a.O., S. 43

2) Ritter, a.a.O., S. 282

3) Zeck, a.a.O., S. 41

4) s. Keiter, H., Handbuch der kath. Presse, Essen 1900 u. 1913

Alle Verbände der katholischen Arbeitervereine mit Ausnahme des Berliner Verbandes wurden 1911 zu einem "Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands" zusammengeschlossen. Diesem Kartellverband schlossen sich erst 1921 die "Berliner" an.

b) Die Fachabteilungen

Gegenüber den christlich-sozialen Vereinen der 60er und 70er Jahre hatten die katholischen Arbeitervereine, die in den 80er Jahren gegründet worden waren, den Mangel, daß sie keine Möglichkeit boten, sozialpolitische und wirtschaftliche Interessen der Arbeiter zu vertreten. Was vorher für die christlich-sozialen Vereine eine Selbstverständlichkeit war, sich beispielsweise für eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung einzusetzen, dafür gab es in den neuen katholischen Arbeitervereinen organisatorisch keine entsprechende Handhabe. Da die neuen katholischen Arbeitervereine wesentlich mehr Wert auf die religiös-moralische Bildung legten, lag es eigentlich in der Natur der Sache begründet, sich an Organisationen zu wenden oder neue Organisationen zu schaffen, die berufsständisch sozialpolitische und wirtschaftliche Ziele verfolgten. Ein Weg waren die Fachabteilungen, die zur Gründung empfohlen wurden und sich eng an die katholischen Arbeitervereine anschließen sollten. Die erste Anregung zur Gründung von katholischen Fachabteilungen ging von der "Kölner Correspondenz" aus, die 1890 ¹⁾ den "Entwurf zu einem Statut für katholische Fachvereine" veröffentlichte. Danach sollte der Fachverein die "materiellen Interessen seiner Mitglieder" schützen und fördern (§1). Die Mitglieder sollten eine "geistige Ausbildung" und "Vervollkommen der Fachkenntnisse" erhalten (§ 2a). Ferner sollte: "das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf den Boden des christlichen Rechtes und der christlichen Liebe" gestellt "und eine genossenschaftliche Gestaltung

1) Kölner Correspondenz, 1890, 5.Jg., S. 160, abgedr. b. Zeck a.a.O., S. 76-78

des Gewerbes" angestrebt werden (§ 2b). Als weitere Ziele wurden die Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder und Beistand in Rechtsfragen angegeben (§ 2a). Bezeichnend an diesem Entwurf ist, daß hier von Fachvereinen die Rede ist, in denen Oberdörffer katholische Berufsorganisationen sah, die sich nach den Worten des französischen Grafen de Mun: "Wir wollen durch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung jene Berufe organisieren, die es noch nicht sind," 1a) als katholische Gewerkschaften in eine mehr herrschaftsständische Ordnung einreihen sollten.

In der weiteren Entwicklung wurden in Süddeutschland bald vollendete Tatsachen geschaffen. In München regte Mons. Huber auf einem Verbandstag 1892 die Gründung von Fachabteilungen im Anschluß an katholische Arbeitervereine an und ~~erzielte noch im gleichen Jahr die Gründung von Fachabteilungen~~ der Holz-, Metall- und Bauhandwerker.¹⁾ Der Vorstand dieser Fachabteilung bestand aus Fachgenossen, während der geistliche Vereinspräses in demselben nur beratende Stimme hatte, wie es schon 1890 in der "Kölner Correspondenz" vorgeschlagen worden war. Andererseits sollten die Fachabteilungen ein weiteres Werkzeug zur Bekämpfung des Liberalismus und Sozialismus sein und waren deshalb zwar eigenständig in der Organisation, um näher an das berufliche Leben der Arbeiter heranzukommen, unterstanden letztlich jedoch dem geistlichen Präses.²⁾

Von Franz Hitze wurden die Fachabteilungen als ein vorläufiger Ersatz für Gewerkschaften und als ein Übergang und eine Schule für die selbständige Tätigkeit der christlichen Arbeiter in Gewerkschaften angesehen. Im Jahre der Gründung christlicher Gewerkschaften, 1894, legte Hitze der Kölner-Präsidial-Konferenz die von ihm ausgearbeiteten "Leitsätze betr. Bildung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen" vor, die einstimmig genehmigt wurden.³⁾ Im wesentlichen blieb nach diesen Leitsätzen die Tätigkeit der Fachabteilungen auf Bildungsarbeit beschränkt. Hitze erklärte:

1a) zit.n. Kochmeyer, Aufgaben u. Stellung unserer Arbeiter- u. Gewerkschaften, in: "Arbeiterwohl", 14. Febr. 1894, Köln, S. 257
 1) Braun, Carl, Die katholische Arbeiterbewegung in Deutschland, Würzburg 1906, S. 45
 2) Kochmeyer, a.a.O., S. 263
 3) abgedr. v. Zeck, a.a.O., S. 70-71, Müller, Otto, Die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, Karlsruhe 1905, S. 125

"(II) Die bestehenden Berufsvereine Gewerk- und Fachvereine stehen fast ausnahmslos unter sozialdemokratischem und liberalem Einfluß, sind so eine bedrohliche Gefahr für die christlichen Arbeiter. (III) Diese Gefahr kann nur dadurch beseitigt werden, daß entweder christliche Gewerkvereine gegründet werden, oder aber, daß die christlichen Arbeiter so geschult werden, daß sie den sozialdemokratischen bzw. liberalen Einfluß zu paralysieren vermögen. (IV) Der beste und sicherste Weg zur Erreichung einer gesunden, erfolgreichen gewerkschaftlichen Organisation unserer Arbeiter - sei es selbständig, sei es im Rahmen der bestehenden Organisationen - ist die Bildung von Fachabteilungen in den katholischen (evangelischen) Arbeitervereinen." Als Ziele dieser Fachabteilungen nannte Hitze: "1. Förderung der Fachbildung, ... 2. Gründliche Unterweisung bezüglich der bestehenden sozialen Gesetze und Veranstaltungen; praktische Anleitung zur zweckmäßigen Mitwirkung bei Ausführung bzw. Verwaltung derselben, 3. Besprechung und Erhebungen bezüglich der bestehenden Arbeitsverhältnisse, Klarlegung der Mißstände und der Wege zur Abhilfe." Dabei wird aufgezählt, an welche Instanzen man sich zu wenden habe, um Übelstände zu beseitigen. In einem letzten Punkt hieß es dann, daß "an die öffentliche Meinung appelliert werden" solle "durch ruhige, wohlüberlegte, maßvolle Darstellung der Mißstände und praktische, wohlbegründete Vorschläge zur Abhilfe in Zeitungen und Vorträgen. Gewiß kann und soll auch das letzte Mittel zur Erreichung berechtigter Wünsche und Forderungen - der Streik - den Arbeitern nicht beschränkt werden, aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation wird die selbständige Aufnahme und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen." Alle Mittel sollten jedoch ausgeschöpft werden, um eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten zu erreichen. "Jedenfalls müssen von dieser Erwägung aus", schrieb Hitze weiter, "auch die Arbeitgeber und Behörden die selbständige Fachorganisation der katholischen bzw. christlichen Arbeiter - als einziges Mittel, sie den sozialdemokratischen Organisationen und deren Einflüssen fernzuhalten und denselben auch im Augenblick des Streiks eine mächtigende Macht an die Seite zu stellen - freudig begrüßen." Zweck der Fachabteilung sei ausserdem, Zuschuß-

Krankenkassen, Sterbekassen usw. zu errichten und für die Vermittlung guter Arbeitsstellen zu sorgen. Hitze wollte den Einfluß des geistlichen Präses des Vereins auch in den Fachabteilungen verwirklicht sehen. Deshalb empfahl er die Wahl des Fachabteilungsvorstandes vom Präses bestätigen zu lassen. Auch sollte der Vereinspräses "Mitglied des Vorstandes mit beratender Stimme" sein.

Die Frage, ob die Fachabteilungen eine Vorschule für die Gewerkschaften sein sollten, deren Unabhängigkeit jedoch unangetastet bleiben sollte, oder ob man katholische Gewerkschaften damit gründen wollte, ist in den 90er Jahren nicht eindeutig beantwortet worden. Hitze und damit die von M.-Gladbach beeinflussten Arbeitervereine schienen mit den Fachabteilungen eher eine Schulung der Arbeiter zu bezwecken, was die Leitsätze beweisen, in denen die politischen Probleme des Streiks nicht angesprochen wurden. In anderen Teilen Deutschlands, besonders in Berlin und in Süddeutschland, neigte man eher zu der Ansicht, mit Hilfe der Fachabteilungen konfessionelle Gewerkschaften aufzubauen.

Ein nächster Schritt war die Zusammenfassung aller Fachabteilungen einer Stadt zu "Arbeiterschutzvereinen". 1895 wurde in München der erste Arbeiterschutzverein gegründet. Es folgten weitere derartige Gründungen besonders in Süddeutschland, in Regensburg, in Nürnberg, in Stuttgart, Würzburg, Freiburg i.Br., Bamberg, Kaiserslautern, aber auch in Köln. Man wollte damit die Kräfte zusammenfassen, die naturgemäß in den einzelnen, oft in sehr bescheidenem Umfang sich entwickelnden Fachabteilungen nicht zur Wirkung kommen konnten.¹⁾ Als später die christlichen Gewerkschaften bestanden, bildeten die Arbeiterschutzvereine teils einen Übergang zu ihnen, indem sie ihre Mitglieder auf die Gewerkschaftsarbeit hinwiesen, oder sie gingen in dieser wesentlich mächtigeren Bewegung auf.

Der Gedanke, katholische Gewerkschaften zu schaffen, war bald verworfen worden. Ein Arbeiterschutzverein nach dem

1) vgl. Kaster, a.a.O., S. 30 ff.; Braun, Carl a.a.O., S. 47 ff.

anderen erklärte bald, daß er ebenso für evangelische Glaubensbrüder soziale Vorteile erlangen wolle, und so für alle Christen, nicht nur für Katholiken offenstehe. Dies geschah ganz besonders, weil am 11.10.1894 der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine (Köln) Hitzes Leitsätzen zustimmte und die Gründung von Fachabteilungen auch in evangelischen Arbeitervereinen befürwortete.

In Berlin kam es etwas später zur Gründung von Fachabteilungen und eines Arbeiterschutzesvereins. Zwar hatte man schon ab 1894 in einem vierteljährlich tagenden, aus Delegierten der einzelnen Berliner Vereine gebildeten Arbeiterausschuß die Gründung von Fachabteilungen befürwortet, doch war der Anlaß zur Gründung erst ein Streik bei der Firma Borsig im Jahre 1897, durch den eine Anzahl Mitglieder der katholischen Arbeitervereine in Mitleidenschaft gezogen worden war. Da der Berliner Verband der katholischen Arbeitervereine 1897 gegründet worden war, hatte man 1898 auf Anregung des Verbandes, also nicht wie in Süd- und Westdeutschland von unten her, Fachabteilungen geschaffen, die gewerkschaftliche Aufgaben übernehmen sollten. Der Streik bei Borsig hatte bewiesen, daß mit Wohlfahrtseinrichtungen allein die Lage der Arbeiter nicht gebessert werden konnte. Die Gründungen in West- und Süddeutschland gaben für die "Berliner" ein Vorbild ab. Nur die Reihenfolge war eine andere. Im Gegensatz zu West- und Süddeutschland gründete man in Berlin 1898 zunächst einen "Verein Arbeiterschutz", um erst dann, allerdings verhältnismäßig schnell, die zugehörigen Fachabteilungen zu schaffen.¹⁾ Einige Streiks wurden mit Hilfe des "Vereins Arbeiterschutz" durchgeführt. Lange hat dieser Verein jedoch nicht bestanden. Wie in anderen Gegenden Deutschlands ging er auch hier in den christlichen Gewerkschaften auf. Den Anfang machten im Herbst 1899 die Maurer unter Führung von Wiedeberg, die sich absonderten und später mit den Bauarbeitern, Zimmerleuten und Dachdeckern den "Verband christlicher Bauarbeiter (Sitz Berlin)" gründeten.

1) s. Kaster, a.a.O., S. 53/54

2) s. Kaster, a.a.O., S. 54

Über die Frage der Konfessionalität oder Interkonfessionalität des Berliner Vereins Arbeiterschutz ist später viel gestritten worden. Der 1894 gegründete Arbeiterausschuß, dessen Schriftführer v. Savigny, der Theoretiker des Berliner Verbandes war, nahm am 2. Okt. 1898 eine Resolution an, wonach 1. der Verein-Arbeiterschutz "selbstverständlich auf katholischer Grundlage sich bewegen und 2. mit aller Kraft gefördert werden" solle.¹⁾ Da aber der Verein Arbeiterschutz eine eigene Organisation mit getrennter Verwaltung war, und nicht nur das eigene Organ "Arbeiterschutz", sondern auch "Der Arbeiter" - Berlin, das Organ des Berliner Verbandes, damals auf interkonfessionellem Boden standen, wird man schwerlich behaupten können, daß die oben genannte Resolution maßgebend für die konfessionelle Haltung war.²⁾

Ende der 90er Jahre bestanden in Deutschland kaum noch Fachabteilungen auf rein konfessioneller Grundlage. Jedoch gaben manche Äusserungen von Seiten der christlichen Gewerkschaftler, die eine Neutralität ohne Moral und Religion befürworteten, Nahrung zu einem Streit. Diese Äusserungen wurden gern v. Savigny aufgegriffen, der in seinem Buch "Arbeitervereine und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Enzyklika Rerum novarum" sich für katholische Gewerkschaften, d.h. für konfessionelle Fachabteilungen von neuem einsetzte. Einen Auftrieb haben diese Bestrebungen durch ein Pastoral-schreiben der Fuldaer Bischofskonferenz vom 22. August 1900 gefunden, in dem die Bischöfe sich an die Geistlichen wandten, daß diese sich für die katholischen Arbeitervereine einsetzen sollten, um zu beweisen, "daß es keiner religiösen neutralen Neuschöpfung bedarf, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern, sondern daß die katholischen Arbeitervereine befähigt und stark genug sind, neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten."³⁾ Aber von Savigny konnte sich in Berlin nur schwer durchsetzen.

1) s. Kaster, a.a.O., S. 55

2) s. Kaster, a.a.O., S. 55/56

3) Pastorale vom 22. Aug. 1900, Fulda, S. 23

Nachdem noch am 28. Mai 1901 auf den Delegiertentag des Berliner Verbandes eine Resolution angenommen worden war, daß die "Präsides ihre Mitglieder zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften" veranlassen sollen, "wenn dieselben die positiv-christlichen Grundsätze als Norm festhalten und die entsprechenden Garantien bieten,"¹⁾ wurde ein Jahr später, am 10. Mai 1902, durch eine 1901 eingesetzte Kommission für Gewerkschaftsfragen mit 13 von 18 Stimmen für den Berliner Verband die Gründung von neuen Fachabteilungen empfohlen.²⁾ Auf dem Delegiertentag in Berlin wurde am 18. und 19. Mai 1902 diese Entschlieöung als verbindlich für den Verband erklärt.³⁾ Wiederum ein Jahr später am 1. Juni 1903 wurden auf dem Delegiertentag die Satzungen für Fachabteilungen einstimmig angenommen. Sie hatten immer noch einige Ähnlichkeit mit den Leitsätzen von Franz Hitze aus dem Jahre 1894, besonders in den Teilen, wo es um die Aufgaben der Fachabteilungen ging. Andererseits war man in Berlin anscheinend sehr darum bemüht, die Fachabteilungen in der Abhängigkeit der Arbeitervereine zu lassen. So besagte beispielsweise § 14, daß eine "Centralcommission", bestehend aus dem Vorsitzenden der Gewerkschaften (Zusammenfassung von Fachabteilungen, der Verf.) und dem Vorstand des Verbandes der katholischen Arbeitervereine" geschaffen werden solle. "Diese hat die Beschlüsse der Generalversammlung und alle Maßnahmen der Gewerkschaft im Hinblick auf die Zwecke und Interessen des Verbandes der katholischen Arbeitervereine zu prüfen, Solange die Centralkommission im Hinblick auf die Zwecke und Interessen des Verbandes der katholischen Arbeitervereine zu einem Beschluß der Gewerkschaften eine ablehnende Stellung einnimmt, kann dieser nicht in Kraft treten." Und § 37 stellt noch einmal die Abhängigkeit der einzelnen Fachabteilungen von den dazu gehörigen Vereinen heraus: "Der Vorsitzende der Fachabteilung der Metallarbeiter bildet in Gemeinschaft mit dem Vorstände des Vereins und den Vorsitzenden der übrigen Fachabtei-

1) zit. n. Carbornarius, (d.i. J. Treitz), Kann und darf ich für eine Arbeiterbewegung auf kath. Grundlage eintreten? Trier 1904, S. 69

2) s. WAZ, 19. Apr. 1902 Nr. 16

3) s. K.V., 21. Mai 1902 Nr. 452

1905. Diese Bestimmung gezogen werden können. Einmal wurde die Zahl der evangelischen Fachabteilungen für das Jahr 1905 mit 174 angegeben.⁴¹⁾

In den evangelischen Arbeitervereinen ist es trotz des Beschlusses von 1882 nicht zur Gründung von Fachabteilungen gekommen.⁴²⁾

Die evangelischen Arbeitervereine

In der Zeit des allmählichen Abbaues des Kulturkampfes tritt der Aufbau der evangelischen Arbeitervereine.⁴³⁾ 1882 schuf der Pfarrer Ludwig Fischer in Gelsenkirchen den ersten evangelischen Arbeiterverein. Durch den Kulturkampf war das Ansehen der als "ultramontan" verschrieenen Katholiken vom Staat herabgesetzt worden. Die christlich-sozialen Arbeitervereine, die beide Ziele verfolgen wollten, mußten sich daher katholischen Einflüssen widersetzen und sich, ähnlich den sozialistischen, immer mehr zu politischen Vereinen entwickeln. Nachdem auf evangelische Christen der Eindruck, daß die Inhaber der Arbeit auf der Bühne der allmählichen Fortschrittlichkeit verdrängt würden, wurde, trat die evangelische Arbeitervereine wurde geboren und erhielt die folgenden Richtlinien. Die Hauptaufgaben des Vereins waren: "Beförderung des evangelischen Bekenntnisses, christliche Erziehung und Erhaltung, Förderung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, Unterstützung in Krankheits- und Todesfällen, Treue zu Kaiser und Vaterland".⁴⁴⁾ In großen und ganzen waren es die gleichen Ziele, die auch von den katholischen Arbeitervereinen vertreten worden und naturgemäß eine Festigung im konfessionellen Glauben, wie auch im Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeuten. Seit 9 Jahren bestanden die evangelischen Arbeitervereine vorwiegend in Rheinland und Westfalen bereits aus 20.000 Mitgliedern.

41) v. "Der Arbeiter", 3. Juli 1905, Nr. 27

42) v. Spangemann, Rhein.-westf. Verband christlicher Arbeitervereine, in: Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, Berlin 1916, S. 185

43) entstanden von dem 1882 in Berlin gegründeten v. d. Arbeitervereine.

44) v. Spangemann, a. a. O. S. 185

45) v. Scheller, "Evangelische Arbeitervereine", 1890 veröffentlicht, Stuttgart 1954, S. 7

1890 wurde ein "Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands" in Erfurt gegründet, dessen Vorsitzender Ernst Lenth aus Schalke und dessen Schriftführer Pfarrer Thier aus M.-Glabbeke wurden. Nach der Wahl des ersten Provinzialvorsitzenden 1891, Pfarrer Ernst aus Brandenburg, Publikationsorgan des Verbandes war der 1891 gegründete "Evangelischer Arbeiterfreund", dessen Redakteur Quandel war. Außer der Zentralisation im Gesamtverband waren die evangelischen Arbeitervereine in Provinzial- und Landesverbände zusammengefaßt. Im Vergleich zu der katholischen Arbeiterbewegung war die Mitgliederzahl der ev. Arbeitervereine wesentlich geringer. 1897 bestanden 25 Vereine mit 22.014 Mitgliedern, 1907 403 Vereine mit 79.500 Mitgliedern, 1910 613 Vereine mit 107.842 Mitgliedern und 1915 1210 Vereine mit 144.100 Mitgliedern.¹⁾

2) Die Gewerkschaften

Entscheidend für die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung war die soziale Verfaßtheit. Aus einzelnen lokalen Organisationen war 1869 in England die "Gesellschaft der vereinigten Maschinenbauer" mit dem Sitz in Manchester geschaffen worden. Demgegenüber ist, daß es nicht Tefen- oder Bergarbeiter, sondern die wesentlich besser verdienenden Maschinenbauerarbeiter waren, die sich als erste gewerkschaftlich konstituierten. Es war bereits schon festgelegt, daß jedes Mitglied eines bestimmten lokalverbundenen Mindestlohn verdienen müsse, um aufgenommen zu werden.²⁾ In einem Bericht, den eine königliche Kommission über die Tätigkeit der Gewerkschaften in England abgefaßt hatten wurde behauptet, daß die englischen Gewerkschaften sich ehrlich darum bemühten, den sittlich-geistigen Zustand der Arbeiter zu bessern. Auch von den Arbeitgebern wurde dies anerkannt. In diesem Bericht heißt es: "Je wir leben von einem Arbeitgeber, dessen ganzes Etablissement durch den schlechten Lebenswandel der Nicht gewerkschaftler dem Ruin nahegebracht worden,

1) v. Geschichte der dem Gesamtverbände ev. Arb.-Vereine Deutschlands angeschlossenen Provinzial- und Landesverbände. Quandel 1915, S. 280
2) Prentiss, 1910, Die Arbeitergilden der Gegenwart, 1.Bd., Leipzig 1910, S. 213; 2.Bd., Leipzig 1872, S. 61

„wobei der Gewerkverein um bessere Arbeiter bittet.“¹⁾ Bezeichnend war auch, daß die Gewerkschaftskongresse in England mit Gottesdiensten begannen. Von einer religiös-geistlichen Basis aus waren die englischen Gewerkschaften, die „Trade Unions“ eine neutrale Interessensvertretung der Arbeiter.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte derartige Vorurteile nicht aufzuweisen, sondern stand von vornherein mitten im Streit ideologischer Anschauungen. Anlaß zur Entstehung und fast überall Richtbild für die deutsche Gewerkschaftsbewegung war jedoch trotz allem das Vorbild der Great Unions. Dr. Max Hirsch hatte im Sommer 1868 von einer Reise nach England zurückgekehrt, die er in der „Allgemeinen Arbeiter-Zeitung“, dem Organ der damaligen Berliner Arbeiterbewegung, die deutschen Gewerkschafter beschreiben.²⁾ Diese Berichte waren der Inhalt für die Gründung der deutschen Gewerkschaften, die in Deutschland zu England in drei weltanschaulich getrennten Gruppen entstanden sind.

1. Im 15. September 1869 wurde von dem Reichslagegenossen von Hannover, der Vizepräsidenten durch den von Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein“ während einer Konferenz in Berlin die Beforderung von „Arbeitervereinen“ nach Berufsgruppen beschlossen, die sich zu einem „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongress“ zusammenschließen sollten. Das war der erste Schritt zur Bildung des sozialpolitischen Zweigs in Deutschland, der sich den Gründern der Trade Unions ging, nicht aus einer Idee, sondern (17. Aug. 1869) gefolgt von der Revolution hervor. Die die Arbeiter vertretenen sozialistischen Gruppen der Arbeiterbewegung, die sich als „Arbeitervereine“ bezeichneten, sind kein Mittel, die Grundlage der heutigen Produktion zu ändern, und also auch kein Mittel, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und die darauf begründeten Klassenverhältnisse aus der Welt zu schaffen; allein sie sind ein Mittel, das Klassenverhältnis der Arbeiterbewegung zu ändern, die Arbeiter und den Kapitalisten Klassen zu schaffen, die sich zu einem der Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung zu ändern.“³⁾

1) zit. in Fromm, a.a.O., S. 11.

2) zit. in Fromm, a.a.O., S. 165.

3) zit. in Weber, Adolf, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Tübingen 1954, S. 44.

tungen im Mai 1875 zu Gotha kam es auch zur Vereinheitlichung in den dazu gehörigen Gewerkschaften, die sich in ihren Berufen zusammenschlossen. Zwar hatte man formell die Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei getrennt und sie deshalb "Freie Gewerkschaften" genannt; doch war diese Trennung von jeher wenig glaubwürdig.

Während der Zeit der Unterdrückung durch das Sozialistengesetz wurden aus den "Freien Gewerkschaften" sog. "Unterstützungsvereine", um nach Aufhebung des Gesetzes im Jahre 1890 umso machtvoller wiederzuerstehen. Im gleichen Jahr hatten die Freien Gewerkschaften eine "Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" als föderative Spitze unter dem Vorsitz von Legien geschaffen. Diese Generalkommission gab ein "Correspondenzblatt" heraus.

Neben der Notwendigkeit für die SPD, kommunale Politik zu betreiben, die besonders in den 90er Jahren in Bayern dringend wurde, war die Gewerkschaftsbewegung ein Anlaß zur Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie um die Frage der Verwirklichung des marxistischen Endzieles. Um nicht in eine hoffnungslose Isolierung zu geraten, blieb der Sozialdemokratie letztlich nichts anderes übrig, als sich mit großem Widerwillen in die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten einzuordnen. Die Freien Gewerkschaften behaupteten bei diesem Vorgang sehr zum Mißvergnügen des sozialdemokratischen Parteivorstandes einen erheblichen Vorsprung. Sie betonten deshalb immer von neuem ihre politische und religiöse Neutralität, die ebenso problematisch wie bei den H.D.-Gewerkschaften war. Aber auf einer Ebene mußte man sich doch wieder treffen; denn die Sachbereiche der parteipolitischen wie der gewerkschaftlichen Führung ließen immer wieder Berührungspunkte erkennbar werden. Alle Beteuerungen der Gewerkschaftsführer, daß die Freien Gewerkschaften neutral seien, entsprechen so letztlich nicht den Tatsachen, denn es gab einfach keine anderen Kategorien für einen Sozialdemokraten, als die der marxistischen Ideologie. Ein Blick in die Zeitschriften der Freien Gewerkschaften liefert dafür den Beweis.¹⁾

1) s. Paulsen, Andreas, Die Presse der Freien Gewerkschaften Diss. Leipzig 1923, S. 140/141; Ritter, Gerhard, Die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften von 1875 bis 1914, Berlin 1956.

Wollte man aus dem verhältnismäßig späten Gründungs-termin der christlichen Gewerkschaften herleiten, daß sie nur aus Oppositionsgründen zu den anderen bestehenden Gewerkschaften geschaffen seien, so muß man einmal dabei mit beachten, daß besonders die religiöse Neutralität, wie sie in den beiden anderen Gewerkschaften gehandhabt wurde, für den gläubigen Christen nicht annehmbar war und zum anderen würde man entscheidende geschichtliche Tatsachen übersehen; denn an den Aufgaben, die von den Gewerkschaften erfüllt werden sollten, arbeiteten bereits in den 60er Jahren die Christlich-sozialen Vereine, deren erster 1860 in der Nähe von Düren gegründet worden war.¹⁾

Am 26. August 1894 wurde unter Führung des Bergarbeiters August Brust der "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund" gegründet, der einige Jahre später in Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands" umbenannt wurde. Dieser Gewerkverein war von vornherein sowohl für Katholiken wie auch für evangelische Christen zugänglich und stand auf dem "Boden des Christentums", wie man es später oft ausdrückte. In § 2 der Satzung hieß es: "Der Zweck des Gewerkvereins ist die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und gesellschaftlicher Grundlage und Abgrenzung und Erhaltung einer friedlichen Überleitungs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern".²⁾ Und § 3 der Satzung besagte: "Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich. Im übrigen schließt er die Erörterung konfessioneller und politischer Streitigkeitsangelegenheiten aus." Erster Vorsitzender des Gewerkvereins wurde der Katholik Brust, den 1904 Köster ablöste. Um die konfessionelle Parität zu wahren, wurde Wahl, ein Protestant, zum zweiten Vorsitzenden gewählt. "Zur Überwachung der gesamten Wirtschaft und zur Erledigung von Anklagen, welche gegen Vorstandsmitglieder erhoben werden" (§ 24), wurde ein Ehrenrat gebildet, dem 1894 die katholischen Geistlichen Dr. Hitze und Brauns, die evangelischen Geistlichen Weber und Werth, ein Fabrikant Wiese und der Kaufmann Legewitt beitraten.³⁾

Von dieser Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter läßt sich geradlinig die Geschichte der christlichen

1) s. Ritter, a.a.O., S. 76

2) Satzung abgedr. bei Imbusch, a.a.O., S. 716 ff.

3) Vohler, Alphonse, Die Gewerkschaften, Gotha 1929, S. 22

Gewerkschaften vertrieben, dass die Arbeiter an diesen christlichen Gewerkschaftsbewegungen liegen weiter zurück und gingen von verschiedenen Initiativen aus: Es waren die oben erwähnten Christlich-sozialen Verbände.¹⁾ Der erste Organisationsversuch auf interkonfessioneller Ebene war 1878 von dem Bergarbeiter Rosenkranz gemacht worden, der Mitglied eines Christlich-sozialen Vereins war. Auch Sozialisten waren dabei beteiligt, was zur Folge hatte, daß die Christlich-Sozialen unter ihrem Präses Kaplan Laaf diesen Verband etwas bedrögen mit der Begründung, daß man durch dergartige Gewerkschaften nur der Sozialdemokratie eine Möglichkeit gewähre, ins Ruhrgebiet einzudringen. Kaplan Laaf gründete alligst einen interkonfessionellen Gegenverband, der jedoch bald wieder einging. Die von Laaf initiierten Gewerkschaften wurden noch im Jahr der Gründung durch das Sozialistengesetz aufgelöst.²⁾ Von Redakteuren sozialistischer Zeitungen: Fußangel (Westfälische Volkszeitung), Lemming (Tremont) und Wintermann (Gelsenkirchener Zeitung) und mit Hilfe des Reichstagsabgeordneten Stöcker wurde 1884 in Dortmund ein "Rechtsschutzverein" gegründet, der sich vor allem gegen die großen Mißstände auf knappschaftlichem Gebiet wandte. Durch die im Fultarkampf antichristliche Hetze gegen die Katholiken vor eine Zusammenarbeit mit evangelischen Christen in diesem Verein sehr erschwert, zumal Fußangel, ein Zentrumredakteur, Vorsitzender wurde. Auch die Sozialdemokraten feindeten den Rechtsschutzverein zu größter Teil mit den gleichen Argumenten an.³⁾ Nachfolger des Rechtsschutzvereins wurde der 1890 gegründete "Evangelisch-Westfälische Bergarbeiterverein 'Glück-auf' zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund". Dieser evangelische interkonfessionelle Verein wurde 1891 durch einen von vornherein ausschließlichen Streik des evangelischen Bergmannes sogenannten "Alten Verbandes" ("Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Rheinland und Westfalen", gegründet 1890) so geschwächt, daß er kurze Zeit später einging.⁴⁾ Es war auch damals noch nicht möglich,

1) v. Haugwitz, A., Das katholische soziale Vereinswesen in Deutschland, Würzburg 1879

2) s. Imbusch, a.a.O., S.252 f., Nobel, a.a.O., S.32 ff.

3) Imbusch, a.a.O., S.265-277

4) s. Imbusch, a.a.O., S.323-337

erkrankte als Christen, die sich in der Anzahl an dem als
 "christlichen" bezeichneten Bergarbeiterverband beteiligten.
 Die erste Lehre bis zur Gründung der christlichen
 Gewerkschaften durch Brust im Jahre 1894 verschafften dem
 sozialistischen christlichen Verband einen später nie wieder aufge-
 halten drohenden. Unter den oberschlesischen Bergarbeitern
 wurde am 25. Aug. 1889 der "Oberschlesische Arbeiter-Verein
 gegenseitiger Hilfe" mit dem Sitz in Beuthen gegründet. Ab
 1891 wurde er "Oberschlesischer-christlicher Arbeiter-Verein
 gegenseitiger Hilfe" genannt.¹⁾ Im Sommer 1889 wurde in
 Juni 1889 ähnlich dem Bochumer ein "Rechtsschutzverein für
 die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Bonn"
 geschaffen. Dieser christliche Verein wurde von Vorstandes-
 krankheit unterwandert, die 1892 einen erfolgreichen Streik an-
 zettelten, der dem Verein das Leben kostete.²⁾ Auch in Lo-
 thringen wurde ein "Rechtsschutzverein für die bergmännische
 Bevölkerung der Grafschaft des Fürstbischöflichen Forbach zu Klein-Rosseln"
 1887 gegründet, der 1890 1892 unterging.³⁾ 1890 wurde der
 christlich soziale Textilarbeiterverband für Aachen-Burscheid
 und Umgebung geschaffen.⁴⁾ 1898 wurde ein "Niederrheinischer
 Verband christlicher Textilarbeiter" ins Leben gerufen.⁵⁾
 Im gleichen Jahr wurde der "Christliche Textilarbeiterver-
 band für Aachen-Burscheid und Umgebung" gegründet, 1901 vereinigte
 sich mit diesem beiden Verbänden, zu denen noch einige andere
 kamen, zum "Christlichen Textilarbeiterverband" mit
 dem Sitz in Düsseldorf. Franz Wieber baute aus einer rechnungs-
 führenden der Dortmunder Textilarbeitervereins 1899 den
 "Christlichen Textilarbeiterverband" auf, nachdem er bereits
 vorher mit der internationalen christlichen Arbeitervereins der For-
 schung, der er Mitte der 80er Jahre seinen Sitz hatte, ins
 sozialistische Lager übergetreten war. Auch müssen in dieser
 Aufzählung die oben erwähnten "Arbeiterschutzvereine" ge-
 nannt werden, die besonders in Berlin, München und den ande-
 ren Städten Deutschlands 1890 gegründet wurden.

1) s. Imbusch, a.a.O., S. 402-408

2) s. Imbusch, a.a.O., S. 371-399

3) s. Imbusch, a.a.O., S. 399-401

4) Imbusch, Otto, Die christlichen Gewerkschaftsbewegungen
 Deutschlands, Karlsruhe 1905, S. 58

5) s. Müller, O., a.a.O., S. 68

Gewerkschaften waren. In Württemberg schufen Math. Hirzberger und der Redakteur Eugen Roth christliche Gewerkschaften. Im Jahre der Gründung des christlichen Bergarbeiterverbandes, 1894, rief der Sattlermeister Peter Molz in Trier einen "Christlichen Verband der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter" ins Leben. Dieser Verband hatte einige Male Streitigkeiten mit den anderen christlichen Gewerkschaften ausgefochten und schloß sich erst verhältnismäßig spät, 1909, diesen an.¹⁾ Die Vielzahl dieser Gewerkschaftsgründungen beweist die Notwendigkeit der Interessensvertretung christlicher Arbeiter unter den damaligen kulturellen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Auf dem zweiten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt a.M. wurde die Gründung eines "Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften" beschlossen und Adam Stegerwald zum Vorsitzenden gewählt. Dieser Gesamtverband nahm am 1. Jan. 1901 seine Arbeit auf und gab ab 15. April 1901 an alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften 14-tägig die offiziellen "Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" heraus, die ab 1905 "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" genannt wurden. Die Redaktion dieser Zeitschrift, die 1911 eine Auflage von 10000 hatte, unterstand vor dem ersten Weltkrieg Johann Giesberts. Das erste publizistische Organ der christlichen Gewerkschaften war "Der Bergknappe", der im November 1895 gegründet worden war und wöchentlich erschien. Die Redaktion dieser Zeitschrift hatte anfangs August Brust (Altenessen) inne. Er wurde im November 1903 von H. Rürup (Essen) abgelöst. "Der Bergknappe" hatte Ende 1904 eine Auflage von 53 000, Anfang 1907 94 000.¹⁾ Ab Juni 1903 erschien in Kattowitz eine polnische Ausgabe des "Bergknappen" unter dem Namen "Gornik Polski".

Alle anderen christlichen Gewerkschaften bekamen im Laufe der Zeit ihre eigenen publizistischen Organe, die strukturell ähnlich gestaltet waren. 1899 bestanden drei Zeitschriften christlicher Gewerkschaften, 1902 12 und 1913 28, worunter außer Gewerkschaftszeitungen in deutscher und polnischer auch solche in französischer, italienischer

1) s. Der Bergknappe, 12. Jan. 1907, Nr. 2

und holländischer Sprache waren. Die Gesamtstruktur der christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde für Anfang 1902 mit 450 000 angegeben.¹⁾ Paulsen gibt für 1902 bereits 14 christliche Gewerkschaftsbildungen an mit einer Gesamtauflage von 200 000 und für 1914 24 Organe mit einer Auflage von 400 000.²⁾ Der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften kam am 21./22. Mai 1899 in Mainz zustande. Hier hatte man in der sogenannten "Leitenden" der Tagung der christlichen Gewerkschaften einvernehmlich und einstimmig angenommen. Darin wurde über den "Charakter der christlichen Gewerkschaften" gesagt: "Die Gewerkschaften sollen christlich-ethisch sein, d. h. Mitglieder beider christlicher Konfessionen umfassen, aber auf dem Boden der Evangelien stehen. Die Gewerkschaften sollen weiter unparteiisch sein, d. h. sich keiner bestimmten politischen Partei anschließen. Die Förderung sozialpolitischer Fragen ist fernzulegen, aber die Herbeiführung gesetzlicher Reformen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung zu fördern." Als Aufgaben wurden in diesen "Leitenden" "die Hebung der leiblichen und geistigen Lage der Berufsstände" genannt, und es wurde empfohlen, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Ferner sollten die Gewerkschaften die feindseligen Handlungen ersetzen und die Durchführung der zum Schutz von Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben der Arbeiter erlassenen gesetzlichen und gewerkschaftlichen Bestimmungen überwachen und "den Mitgliedern Rechtsschutz" gewähren. Die weitere Aufgabe wurde die "Erörterung von Arbeiterwohlfahrtsmaßnahmen, Arbeiterverschlüssen, Gewerkschaften usw. angestrebt. Unten den "Mitteln zur Durchführung der Aufgaben" waren neben "Vorträgen über soziale und gewerbliche Fragen" und "Vorträgen und bildenden Vorträgen" die "Schaffung eines Vereinsorgans, welches den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird" aufgeführt. In diesem publizistischen Organ soll das ganze Leben und Wirken sowie die Beziehungen der Gewerkschaft gleichsam veröffentlicht werden. Die Durchführung ist an praktisch erfahrene Berufsleute zu übertragen, wozu hundert sozialpolitisch und ethisch bewanderte Personen

1) v. Gercken, D.V., von Wiesbaden, die Handwerker, Hamburg 1908, S. 195; Bergkoppe, 20. Jan. 1912, Nr. 3

2) v. Paulsen, f. a. a. O., Leipzig 1920, S. 50

Kräfte als Mitarbeiter zu gewinnen sind". Zuletzt wird in den "Leitsätzen" zu der Taktik der Gewerkschaften Stellung genommen. Dazu heißt es: "Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben, die auf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammengehörige Faktoren der Arbeit der letzteren Rechte auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauch derselben zu vertreten haben. - Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern erhaltenen Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, ohne Kapital und Arbeitskraft keine Produktion. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von wirtschaftlichem Geiste durchwebt und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden. Der Ausstand darf aber nur als letztes Mittel und wenn erfolgversprechend angewandt werden."¹⁾ Diese "Leitsätze" wurden ein dauernder Bestandteil der christlichen Gewerkschaften, waren aber auch ein Anlaß zu den im Jahre 1900 ausbrechenden Gewerkschaftskriegen. Nicht nur der süddeutsche und das süddeutsche Verband katholischer Arbeitervereine und der Volksverein, sondern auch der M.-Glöb. katholische Unternehmensverband "Arbeiterwohl" ergriffen in dieser Streit Partei für die christlichen Gewerkschaften, was für den Verband "Arbeiterwohl" zwar keine direkte "Wendung" bedeutete, aber doch ein Zeichen der Aufgeschlossenheit gegenüber der Selbsthilfe der Arbeiter war, wieweil die unions- oder gewerkschaftsständische Haltung dieses Verbandes dabei einige Schwierigkeiten machte.

Über die Verbreitung der christlichen Gewerkschaften gibt folgende Tabelle nach den Untersuchungen von Hirschfeld-Freilich, 1901:

1) Mainzer Leitsätze, zit. n. Geschichte und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften (Hirschfeld-Freilich, 1901, S. 9-12)

Rheinprovinz und Saargebiet	27,5 %
Westfalen	50,3 %
Schlesien	0,7 %
Bayern (mit Rheinpfalz)	7,1 %
Baden	2,2 %
Württemberg	0,6 %
Freistaat Sachsen	0,0 % ¹⁾
übriges Reichsgebiet	11,6 %

Einen Überblick über die Größenverhältnisse der drei Gewerkschaften soll nachfolgende Tabelle geben:

Jahr	Fr.Gew.	Chr.Gew.	H.D.Gew.
1891	277 659	-	65 588
1895	259 175	5 500	67 236
1898	493 742	34 270	82 905
1900	680 427	76 744	91 661
1902	733 206	84 667	101 329
1904	1052 108	118 917	111 389
1906	1689 709	260 040	118 508
1908	1831 731	260 767	105 633
1910	2017 298	316 115	122 571
1912	2553 162	350 930	109 225
1913	2593 718	341 735	106 618 ²⁾

1) s. Brauer, Theod. "Gewerkschaften", in: Staatslexikon, 2. Bd., Freiburg 1927, Sp. 722
 2) Brauer, Th., a.a.O., Sp. 720

IV. Der geschichtliche Verlauf des Gewerkschaftsstreits

Die Spannungen, die sich sowohl im Gewerkschaftsstreit wie auch im Zentrums- und Literaturstreit entluden, konzentrierten sich auf die Frage nach den Grenzen der Eigenständigkeit von Kultursachgebieten. Um die Jahrhundertwende waren diese Spannungen besonders erkennbar hervorgetreten. Sie wurden in der katholischen Kirche nicht nur als Streit deutlich, sondern gehörten zur geschichtlichen Situation: So war es mit den Gegensätzen der beiden Päpste, die sich 1903 auf dem Stuhl Petri ablösten, so war es mit den sozialen Ordnungsbildern, deren dauernde Gültigkeit man auch von katholischer Seite in Frage stellte und so war es auch mit der Begegnung mit Liberalismus und Sozialismus, deren Existenz als Kulturbauung Bereiche eröffneten, die gerade das Verantwortungsbewußtsein christlich denkender Sozialpolitiker weckten. Der Gewerkschaftsstreit stand mitten in diesen Dingen. Allerdings wird von dem Gewerkschaftsstreit in seinem geschichtlichen Verlauf kaum von publizistischer Aussage gesprochen können; denn das, was hier Geschichte ist, kann zum größten Teil nur in der Form "öffentlicher Aussagen" damals "aktueller Bewußtseinsinhalte"¹⁾ gesehen werden.

Mitte Mai 1899 erschien in der von Dominikanern aus Berlin-Pasabit herausgegebene Zeitschrift, "Märkisches Kirchenblatt", eine Artikelreihe "Arbeitsvereine und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Sozialpolitik" (*Deus servum*). Der Verfasser war Freiherr von Savigny, der nach Bekanntwerden der Beschlüsse des ersten Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Mainz die Frage stellte, welche Garantien die christlichen Gewerkschaften bieten würden, damit sie stets ihr Wollen und Handeln an den Grundsätzen des Christentums orientieren.²⁾ Savigny kam zu dem Schluß, daß die christlichen Gewerkschaften in der "Anwendung der Gesetze der Moral" keine Sicherheit bieten, weil

1) s. Hagemann, Walter, Grundzüge der Publizistik, Münster 1947, S. 20

2) s. Savigny, Franz von, Arbeitsvereine und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Sozialpolitik "Deus servum", Berlin 1900, S. 5, abgedr. aus d. "Märkischen Kirchenblatt"

Auf dem zweiten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt a.M. am 3./4. Juni 1900 wurde die Frage, ob die neutralen Gewerkschaften das angestrebte Ziel seien, noch einmal aufgerollt. In einer Anfrage, die der Arbeiterschutzverband Köln durch einen Vertreter an den Kongreß richtete, hieß es: "(2.) Sind solche paritätischen oder neutralen Gewerkschaften das erstrebenswerte Ziel, wonach die christlich-sozialen Gewerkvereine oder die christlichen Berufsvereine ihre Taktik einzurichten haben? (3.) Ist den

2) Savigny, a.a.o., S. 17

christlich-sozialen Gewerkvereinen oder den christlichen Berufsvereinen nur eine momentane Notwendigkeit zuzusprechen, die durch das Verhalten namentlich der "freien Gewerkschaften" bedingt ist, oder gehört den christlichen Gewerkvereinen nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft."¹⁾ Der Kongreß ging jedoch auf die Erörterung dieser Frage nicht ein und verwies den Antrag an den "Ausschuß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands". Außerdem sollte ein Meinungsaustausch in dem zu gründenden "Mitteilungsblatt" durchgeführt werden.

Die strittigen Fragen wurden jedoch wenige Monate nach dem II. Kongreß der christlichen Gewerkschaften von den preußischen Bischöfen aufgegriffen. In einem an den Klerus gerichteten Schreiben, dem sog. "Pastorale" vom 22. August 1900 stellten die Bischöfe fest, daß "die Religion als die Grundlage der Wohlfahrt der einzelnen Menschen" einer eifrigen Pflege in den Vereinen bedarf und man die Lehren des Glaubens auch "bei den Bestrebungen, welche die Förderung der materiellen Standesinteressen, die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Zweck haben", nicht außer acht lassen könne.²⁾ Nachdem die Bischöfe im Pastorale dargelegt hatten, daß es Aufgabe der Kirche sei, sowohl über den rechten Glauben, wie auch über die natürliche Moral zu wachen, und nachdem sie betont hatten, daß es keine menschliche Handlung gibt, die nicht dem Sittengesetz untersteht, fuhren sie fort, indem sie sich offensichtlich gegen die jungen christlichen Gewerkschaften wandten: "Freilich will man nur das positive kirchliche Bekenntnis außer acht lassen, dagegen den Glauben an Gott und die Anerkennung einer natürlich, sittlichen und rechtlichen Ordnung als Norm für die wirtschaftlichen Bestrebungen anerkennen. Allein diese Norm entbehrt der Zuverlässigkeit und Bestimmtheit und vor allem der Autorität. Denn über den Inhalt und über die Verbindlichkeit jener Ordnung herrschen Zweifel und Widersprüche." (Zitat nach dem Pastorale vom 22. August 1900)

1) Geschichte u. Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nebst Protokoll des III. Kongresses zu Krefeld, Verf. n. gen. (d. i. Giesberts, Joh.), M.-Gladbach 1901, S. 17

2) Fuldaer Pastorale und Freiburger Erlaß, Berlin 1912, S. 25

- 65 -

Instanz, welche in dem Streit der Meinungen mit unanfechtbarer Autorität entscheiden könnte."¹⁾ Deshalb wurde im Pastorale die Stärkung der Arbeitervereine durch Gründung von Fachabteilungen empfohlen, wie bereits oben dargelegt wurde (s. A III b).

Zweck dieses Pastorale war es, alle katholischen Geistlichen auf die Gefahren einer sich verabsolutierenden Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen, wozu einige Äußerungen christlicher Gewerkschaftler besonders in der 1899 erschienenen Broschüre Anlaß gaben. Selbstverständlich war nicht nur die christliche, sondern die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen gemeint. Angeregt wurde das Pastorale durch Kardinal Kopp, den Fürstbischof von Breslau, in dessen Diözese zur damaligen Zeit Berlin lag. Er und mit ihm auch einige andere Bischöfe neigten zu einer Stellungnahme gegen die christlichen Gewerkschaften, wofür jedoch eine erhebliche Mehrheit der Bischofskonferenz nicht zu haben war.²⁾

Einen weitaus schärferen Ton schlug aber der Erzbischof von Freiburg, Nörber, an, der in einem Begleitschreiben zum Pastorale am 1. Oktober 1900 an seinen Klerus schrieb, daß die neuesten Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften Anlaß für das Schreiben der Bischöfe gewesen seien. Schon jetzt habe "es sich gezeigt, daß das Wort 'christlich' hier nur ein leerer Schall und Aushängeschild ist, und daß die Bewegung mit unausbleiblicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zugute kommen kann, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben sollen."³⁾

Doch schon am 2. November 1900 stellte der Erzbischof vor dem Freiburger Verein "Arbeiterschutz" und einen Tag später vor den Vorständen der christlichen Gewerkschaften

1) Fuldaer Pastorale a.a.O., S. 26

2) s. Ritter, Emil, Die katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein, Köln 1954, S. 318

3) s. auch Fuldaer Pastorale und Begleitschreiben Nörbers, a.a.O., S. 31

Mannheims fest, daß die christlichen Gewerkschaften auf positiv christlichem Boden ständen, wovon er sich habe überzeugen lassen, und daß ihm eine Verurteilung dieser Gewerkschaften fern läge.¹⁾

Am 8. November 1900 nahm der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Köln nach längeren Verhandlungen eine Entschliebung an, in der zum Pastorale und zum Freiburger Erlaß gesagt wurde: "Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nach wie vor in Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufe in einheitlichen Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel, doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihrer Wirksamkeit den christlichen Grundsätzen nicht widersprechen. Da unter den obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften ausgeschlossen scheinen, halten wir an dem auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Mainz aufgestellten Programm fest, nach welchem unsere christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch auf christlicher Grundlage stehen sollen."²⁾ Diese Resolution wurde auch auf dem III. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Krefeld am 26./29. Mai 1901 noch einmal als verbindlich anerkannt.

Eine kleine Gruppe unter Führung des Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber, wollte in der Resolution vom 8. November 1900 die Worte "den christlichen Grundsätzen nicht widersprechen" durch "die christlichen Grundsätze anerkennen" ersetzen lassen, um, wie Wieber sagte, den positiv christlichen Charakter der christlichen Gewerkschaften sicher zu stellen. Wieber drang mit seiner Forderung aber nicht durch und verweigerte daraufhin der Kölner Resolution seine Unterschrift.

1) s. Braun, Dr. Carl, Bisheriges u. künftiges Verhalten der deutschen Katholiken in der Arbeiterfrage, Würzburg 1906, S. 108

2) Zit. n. Geygl, Robert, Christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen, Breslau 1904, S. 8-9

Während Wieber später auf Seiten der christlicher Gewerkschaften tatkräftig mitarbeitete, ging man in Berlin daran, Fachabteilungen im Anschluß an katholische Arbeitervereine zu gründen und aufzubauen, weil man - wie anfangs Wieber - der Meinung war, daß nur im Anschluß an eine religiös gebundene Arbeiterbewegung eine gedeihliche Gewerkschaftsbewegung möglich sei. (Über den Aufbau der Berliner Fachabteilungen s. A III b)

Auch in den evangelischen Arbeitervereinen kam es zu ähnlichen Auseinandersetzungen. Auf dem 11. Verbandstag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine im Frühjahr 1901 zu Speyer wurde beschlossen, keine Fachabteilungen zu gründen. Darauf schied Franken, ein evangelischer Arbeiterführer aus Bochum, aus und gründete später mit Quandt einen "Evangelischen Arbeiterbund", dem eine Fachabteilungsbewegung angeschlossen war. Da dieser Bund sich hauptsächlich auf den Bereich um Bochum beschränkte, wurde er die "Bochumer Richtung" genannt.¹⁾

Im übrigen war man auf evangelischer Seite bereit, in den christlichen Gewerkschaften mitzuarbeiten. Besonders der Vorsitzende des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, Lic. Weber, setzte sich dafür ein. Aber auch in Stöcker und anfangs auch in Naumann fand die christliche Gewerkschaftsbewegung eifrige Förderer.

Die "Berliner" sahen jedoch in der Hilfe führender Protestanten für die christlichen Gewerkschaften einen Grund mehr, diese abzulehnen. Von Savigny versuchte auch in Westdeutschland die Fachabteilungen einzuführen und widersprach für eine Zeitlang so vielen, seine Pläne unterstützten, waren jedoch nur in der Diözese Trier erfolgreich. Wie Kardinal Kopp in Breslau, so schien auch der Bischof von Trier, Dr. Korum, der Berliner Richtung nahezustehen. Einen eifrigen Förderer fand die Fachabteilungsbewegung in dem Trierer Domkapitular, Jakob Treitz, der noch als Pfarrer im Dezember 1902 zum Diözesansekretär der katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier gewählt wurde. Am 9. März

1) s. Reindl, Jakob, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Altenburg S-A 1922, S. 183

1902 wurde in einer Vereinsversammlung des Trierer katholischen Arbeitervereins beschlossen, sich dem Verband der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands (Sitz Berlin) anzuschließen und statt der "Westdeutschen-Arbeiterzeitung" das Berliner Verbandsorgan "Der Arbeiter" zu halten. Ab 1. April 1902 gehörte der Trierer Arbeitsverein dem Berliner Verband an. Dieser Verein war es auch, der auf dem Delegiertentag des Berliner Verbandes am 18./19. Mai 1902 den Antrag einreichte, "der Delegiertentag des Verbandes wolle die Gliederung nach beruflichen Fachabteilungen laut Weisungen des Pastoralen der preußischen Bischöfe vom August 1900 ... beschließen", der angenommen wurde und den Aufbau der Berliner Fachabteilungsbewegung einleitete.¹⁾

Aber im gleichen Monat lehnte der katholische Arbeiterverein in Neiße, einer der größten des Berliner Verbandes, die Gründung von Fachabteilungen ab und sprach sich für die christliche Gewerkschaftsbewegung aus.²⁾ 1904 übertrug die ablehnende Haltung gegenüber Berlin zur Gründung eines eigenen Bezirksverbandes in Neiße, der 1905 ein eigenes Arbeitersekretariat eröffnete und 1910 kam es gemeinsam mit anderen ostdeutschen Arbeitervereinen zur Gründung des "Verbandes katholischer Arbeitervereine Ostdeutschlands" (s. A III 1), der sich der H.-Gladbacher Richtung anschloß.³⁾

Die Haltung von Kardinal Kopp, in dessen Diözese Neiße lag, wurde aus einem Schreiben vom 11. Januar 1904 an die Bezirksleitung in Neiße deutlich, in dem er empfahl, "den Streit nicht in die Arbeitervereine zu tragen".⁴⁾

Aber auch der gesamte preußische Episkopat nahm in einem Schreiben vom 19. August 1904, das einige Tage spä-

1) s. KV, 21. Mai 1902, Nr. 452; Böhme, Theod., Die christliche-nationale Gewerkschaft, Diss., Tübingen-Stuttgart 1929, S. 64

2) s. DAZ, 17. Mai 1902, Nr. 20

3) s. Zeck, H.F., Vom Werden und Wachsen der katholischen Arbeiterbewegung, Köln 1932, S. 43

4) zit. n. KV, 25. Dez. 1904, Nr. 1068 A

ter auf dem Katholikentag in Regensburg bekannt wurde, eine ähnliche Haltung ein. Darin hieß es u.a.: "Nach wie vor auf dem Boden kirchlicher Grundsätze, insbesondere der Encyklike Rer. nov. verharrend, nimmt der preußische Episkopat den innigsten Anteil an der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, begrüßt mit freudiger Befriedigung die Entwicklung der katholischen Arbeitervereine und wünscht ein friedliches Verhältnis zwischen den beiden bestehenden Richtungen in der fachlichen Berufsorganisation, die sich zu den Grundsätzen des Christentums bekennen."¹⁾ Der Erzbischof von Köln, Kardinal Fischer, sagte in einer Rede vom 13. November 1904 vor einer Bezirksgeneralversammlung der Kölner katholischen Arbeitervereine: "Ich benutze gern die Gelegenheit hier zu erklären, daß der preußische Episkopat den christlichen Gewerkschaften wohlwollend gegenübersteht ..."²⁾

Als am 22. März 1904 eine Abordnung des Berliner Verbandes im Vatikan von Pius X. empfangen wurde, und der Papst erklärte: "Es ist ganz und gar mein Gedanke, daß auch die wirtschaftlichen Aufgaben nur in Verbindung mit der Religion und nach den Vorschriften der Kirche gelöst werden können ...",³⁾ glaubten die "Berliner" darin eine Befürwortung ihres Verbandes erblicken zu können, was sie oft in den ihnen zur Verfügung stehenden publizistischen Organen herausstellten. Die sich anschließende Polemik war, wie fast alles im Gewerkschaftsstreit, publizistischer Natur. Durch eine Erklärung im Osservatore Romano vom 23. Januar 1906 wurde ihr ein vorläufiges Ende bereitet. Darin hieß es: "In der katholischen Presse Deutschlands ist in den letzten Tagen eine lebhafte Polemik darüber geführt worden, welche von den beiden Organisationen den Vorzug verdiene, die christlichen Gewerkschaften oder die Fach-

1) zit. n. KV, 23. Okt. 1904, Nr. 882; "Der Arbeiter", 30. Okt. 1904, Nr. 44

2) zit. n. WAZ, 19. Nov. 1904, Nr. 47, S. 188; "Der Arbeiter", 27. Nov. 1904, Nr. 48

3) "Der Arbeiter", 10. Apr. 1904, Nr. 15; Erdmann, A., a.a.O., S. 120

abteilungen. Da nun einige sich auf die Autorität des Hl. Vaters beriefen, als ob derselbe die Fachabteilungen gelobt und ermutigt hätte, auf Kosten der christlichen Gewerkschaften, sind wir ermächtigt, zu erklären, daß Seine Heiligkeit mit gleichem Wohlwollen den christlichen Gewerkschaften wie den katholischen Fachabteilungen begegne, da ihm sehr wohl bekannt sei, daß die besonderen Verhältnisse der verschiedenen Provinzen Deutschlands dafür bestimmend sein können, den Gewerkschaften vor den Fachabteilungen den Vorzug zu geben."¹⁾

Bezeichnend für die Haltung des Papstes war ferner noch ein Brief, den er am 30. Oktober 1906 an Kardinal Dr. Fischer, den Erzbischof von Köln, richtete, worin er, beziehnehmend auf den vergangenen Katholikentag, schrieb: "Nicht geringer war die Befriedigung, welche wir aus der wiederholt bekundeten Beteuerung entnommen haben, daß die deutschen Katholiken in allen religiösen Dingen der Autorität des apostolischen Stuhles folgen wollen. Wenn auch einige, welche die Wahrheit nicht kennen, sich heftig dagegen gewendet haben, so läßt doch dieser Gehorsam, wie eine fortwährende Erfahrung zeigt, einem jeden vollständige und uneingeschränkte Freiheit in denjenigen Angelegenheiten, welche die Religion nicht betreffen. Dadurch entsteht in den Gemütern der einzelnen diejenige Harmonie, welche, von den einzelnen zur menschlichen Gesellschaft fortschreitet, das Wohl der menschlichen Gesellschaft befestigt, welches ja ein doppeltes Element in sich birgt, ein religiöses und ein bürgerliches."²⁾ Hier wurde bereits das angesprochen, wovon später noch die Rede sein soll, von der Eigenständigkeit der Kultursachgebiete.

Aber in dem gleichen Maße, wie sowohl die christlichen Gewerkschaften als auch die Fachabteilungen ihren Mitgliederbestand vergrößern konnten, nahm auch der Streit an Heftigkeit zu. Denn schon rein organisatorisch mußte man zu der Einsicht kommen, daß christliche Gewerkschaften und

1) zit. n. Böhme, a.a.O., S. 65

2) zit. n. "Der Arbeiter", 2. Dez. 1906, Nr. 48; KV, 17. Nov. 1906, Nr. 984

Fachabteilungen Konkurrenzunternehmen waren, und daß es entweder nur christliche Gewerkschaften oder nur Fachabteilungen geben dürfe.

Vom 3. - 5. August 1908 tagte in Zürich eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer. Hierbei kam es im Anschluß an ein Referat von Giesberts über "Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart" zu einer erregten Diskussion, besonders, als man feststellte, daß die holländischen Bischöfe den katholischen gewerkschaftlichen Organisationen den Vorzug gaben. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Schiffer, führte im Laufe dieser Diskussion aus: "In diesem Saal sind viele Katholiken - ich bin auch einer; aber bei aller Hochachtung und Ehrfurcht vor unseren geistlichen Oberhirten, namentlich unsern Bischöfen, sage ich doch: Hochwürdigste Herren Bischöfe, bis hierher und nicht weiter! (Lebhaftes Bravo). Sie haben das Recht und die Pflicht, in religiösen und kirchlichen Dingen uns die Wege zu weisen, aber wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Machtwort zu sprechen. (Beifall). Und die holländischen Herren Bischöfe haben sich obendrein noch die Ungerechtigkeit - ich spreche das offen aus - zuschulden kommen lassen, daß sie nun den Arbeitern den Beitritt zu interkonfessionellen Vereinigungen verbieten wollen." Danach sagte Stegerwald, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands folgendes: "Die Holländer berufen sich auf die Kundgebung der holländischen Bischöfe, nach der den katholischen Arbeitern verboten sein soll, sich interkonfessionell zu organisieren. Ich bin der Meinung: das können die Bischöfe gar nicht verbieten! Wenn die Unternehmer sich zu wirtschaftlichen Zwecken vereinigen dürfen, ohne daß die kirchlichen Behörden sich hineinmischen, so nehmen wir dasselbe Recht auch für die Arbeiter in Anspruch (Beifall), und solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, solange hat kein Papst und kein Bischof das Recht, den

Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben. (Lebhafter Beifall).¹⁾

Die Vorgänge in Zürich hatten zur Folge, daß der Gewerkschaftsstreit, der in den vorhergehenden Jahren in ruhigeren Bahnen verlaufen war, jetzt von neuem entfacht wurde. Für die "Berliner" waren die Äußerungen der Gewerkschaftsführer ein Beweis mehr für die "revolutionären" Absichten der christlichen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführer jedoch, besonders die Teilnehmer der Züricher Konferenz, rechtfertigten ihr Verhalten in zahlreichen Arbeiterversammlungen.

Da die "Berliner" mit Sicherheit annehmen konnten, daß Kardinal Kopp und Bischof Korum auf ihrer Seite standen, und da sie weiterhin wußten, daß Pius X. ihre Bestrebungen mit Wohlwollen beobachtete, hofften sie auf eine klare Entscheidung des Papstes zu ihren Gunsten. Sie nahmen deshalb gern alle Gelegenheiten wahr, um dem Papst ihre Verbundenheit zum Oberhaupt der katholischen Kirche kundzutun. Eine dieser Gelegenheiten bot sich ihnen, als Ende September 1908, also kurz nach den Ereignissen in Zürich, Pius X. sein 50-jähriges Priesterjubiläum feierte. Die "Berliner" hatten dazu eine Abordnung von Priestern und Arbeitern nach Rom entsandt, um dem Papst die Glückwünsche des Berliner Verbandes zu überbringen und ihm eine Spende für den Peterspfennig, eine seit den 70er Jahren übliche Sammlung zur Bestreitung der päpstlichen Verwaltungskosten, zu übergeben. Wenige Tage später war aber auch der Kardinal und Erzbischof von Köln, Fischer, und der Verleger der KV, Fridolin Bachem, zu einer päpstlichen Audienz gebeten, die dem Papst die M.-Gladbacher Ansichten über die Gewerkschaftsfrage vortrugen.²⁾

-
- 1) zit. n. "Der Arbeiter", 16. Aug. 1908, Nr. 33; WAZ, 12. Sept. 1908, Nr. 37; s. auch: Bericht über die Verhandlungen der ersten internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, Köln 1908, S. 42 (Schiffer), S. 48 (Stegerwald). Hier ist der Text etwas verändert. Beispielsweise heißt es in der Rede von Stegerwald: "... solange die Religion nicht gefährdet ist, kann m.E. kein Papst und kein Bischof den Zusammenschluß zu berufswirtschaftlichen Zwecken den Arbeitern einseitig verbieten, ..."
- 2) s. Erdmann, Aug., Die christlichen Gewerkschaften,

Am 10. April 1909 schickten auch die "M.-Gladbacher" eine Deputation unter Führung des Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, Dr. Otto Müller, nach Rom. Dieser Gruppe gehörten Giesberts, Wieber und Gotthardt an, die sowohl Mitglieder und Führer des westdeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine wie auch der christlichen Gewerkschaften waren. In einer Ansprache vor dem Papst erklärte Dr. Otto Müller, daß es ihr Ziel sei, die Klassengegensätze zu überbrücken. Ferner solle die katholische Arbeiterbewegung, wie sie von M.-Gladbacher Seite verstanden werde, den Schutz des Staates für die Arbeiter wirksam machen und die Arbeiter selbst befähigen, "durch Vereinigung ihres Standes an die Besserung ihrer Lage selbst Hand zu legen". In den christlichen Gewerkschaften seien die katholischen Arbeiter mit jenen evangelischen Arbeitern zusammengeschlossen, "die sich den Glauben an Gott und seinen Sohn Jesus Christus bewahrt haben".¹⁾ Der Papst dankte in einer kurzen Ansprache und soll dann gesagt haben: "Auch hat es meine volle Billigung, daß ihr in den christlichen Gewerkschaften ein so erfolgreiches Apostulat ausübet und gemeinschaftlich mit den Protestanten zur Erhaltung des christlichen Gedankens tätig seid."²⁾ Jedoch erklärte der Osservatore Romano, die offiziöse Zeitung des Vatikans, am 23. April dazu, "daß dies nicht die Ausdrücke sind, in welchen sich der Hl. Vater ausgesprochen hat".³⁾ Auch eine Erklärung der an der päpstlichen Audienz beteiligten M.-Gladbacher Arbeiterführer⁴⁾ belehrte den Osservatore Romano nicht eines Besseren.⁵⁾

insbes. ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche, Stuttgart 1914, S. 135

1) zit. n. WAZ, 24. April 1909, Nr. 17, S. 100

2) zit. n. KV, 15. April 1909, Nr. 344

3) zit. n. KV, 24. April 1909, Nr. 344

4) abgedr. in KV, 27. April 1909, Nr. 353

5) s. Oss. R., 29. April 1909, Nr. 116; 1. Mai 1909, Nr. 118; vgl. "Der Arbeiter", 9. Mai 1909, Nr. 19

durch interkonfessionelle Organisationen.¹⁾

Der deutsche Episkopat legte jedoch bereits am 14. Dezember 1910 in einer Konferenz zu Fulda in fünf Punkten seine Haltung gegenüber der Gewerkschaftsfrage fest. Darin wurde erklärt: 1. müsse man an alle gewerkschaftlichen Organisationen, "die für Katholiken sich eignen sollen", die Forderung stellen, "daß die katholischen Mitglieder in allen der religiösen und ethischen Interessen der Gewerkschaften ... nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungswelle veranlaßt werden, die mit dem Urteil des kirchlichen Hirtenamtes unvereinbar ist". 2. forderten die Bischöfe, "daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Förderung der Interessen der gewerkschaftlichen Getriebenen beschränken". 3. wurde es ausdrücklich ermahnt, "daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die unter Arbeitsverhältnissen stehen, sich nicht Mitglieder der kirchlich organisierten und christlichen katholischen Arbeitsvereine sind". 4. erwarteten die deutschen Bischöfe von den katholischen Mitgliedern der Gewerkschaften, "daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte Gewerkschaftswesen durch die Isolation der Katholiken zu schwächen, ... entgegentreten". 5. blieb "das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Bewegung sich aus ethischen Gründen ableiten lassen ... dem kirchlichen Hirtenamt vorbehalten. Scharf haben die katholischen Arbeitsvereine (Vereine Berlin) sowohl wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verketzern und in Kontroversfragen eine jeden verbindende und verbindende Haltung zu wahren".²⁾ Diese Entschliebung der Bischofskonferenz wurde nur an die Verbandsleitungen gesandt und gelangte erst im April 1912 durch eine Indiskretion einer liberalen Zeitung, der "Rheinisch-westfälischen Zeitung", an die Öffent-

1) z. B. "Germania", 11. Oktober 1910, Nr. 234, 2. Bl.; Brief vom 12. Januar 1910 hier abgedruckt.

2) z. B. "Kirche und Welt", 1912, Nr. 1, S. 10; hier zit. aus "Rheinisch-westfälische Zeitung" 12. April 1912, Nr. 15.

lichkeit. Kardinal Fischer erstattete über die Entscheidung der Bischöfe in Rom Bericht und erhielt am Sylvesterfest 3. Jahres 1910 vom Papst ein Dankesschreiben.¹⁾

Auf der Basis der bischöflichen Verlautbarung war man jetzt zur Bildung einer Kommission, welche die Koordinationsarbeit den Beweis für die Qualität der Verbände zu liefern. So war der Streit zwar noch nicht zur Ruhe gekommen, wurde jedoch mehr zum ehrgeizigen Streben in sozialpolitischer, wirtschaftlicher und religiöser Wirksamkeit.

Daß damit aber noch kein Friede zwischen den beiden Richtungen geschlossen werden konnte, wurde im Jahre 1912 offensichtlich. Am 2. März 1912 hatte Oskar von Schönerberg in einer öffentlichen Versammlung namens des Gesamtvorstandes der christlichen Gewerkschaften in Anlehnung an die Verlautbarung der Bischofskonferenz vom Dezember 1910 erklärt: "Die christlichen Gewerkschaften sind verpflichtet zu dem Zweck, um auch den gläubigen Katholiken und evangelischen Arbeitern eine Organisation zur Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Interessen zu bieten, in der die verschiedenen Mitglieder, beiderlei Anschauung, eine Harmonie im Leben aller öffentlichen Leben, in dem Sinne auch in den Angelegenheiten des wirtschaftlichen Lebens zu erreichen werden, die unvereinbar sind mit dem Glauben und Lehren der katholischen bzw. evangelischen Kirche."²⁾

Aber zu Pfingsten dieses Jahres wurde der Bruch wieder vor aller Augen sichtbar. In diesen Maitagen wurde sowohl eine Tagung der "M.-Gladbacher", der I. Kongreß des "Katholischen katholischen Arbeitervereins West- und Ostdeutschlands" in Frankfurt als auch ein Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine (K.A.V. Berlin) in Berlin veranstaltet. Die "Berliner" hatten ihren geistlichen Beistand, Pfarrer Beyer, nach Rom gesandt, um dem Papst zur gleichen Zeit eine Huldigungsadresse zu überbringen. Und die "M.-Gladbacher" schickten von Frankfurt aus ein Erge-

1) s. Bayard, Raimund, Die Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken, Trier 1911, S. 62

2) s. a. VV, 4. März 1912, Nr. 195

welche von den katholischen Arbeitern und den christlichen Arbeiterpartei gebildet werden, eine Gruppe von christlichen Mitgliedern bilden können, worauf der Papst aufmerksam gemacht wurde. Im übrigen lobte und ermutigte der Papst mit gleichem Wohlwollen beide Organisationen.¹⁾ In einer zweiten Erklärung des Papstes an Heiner im Auftrag des Papstes: "Was auf der einen Seite christliche Arbeiter sind, kann auf der anderen Seite praktisch dennoch gut sein."²⁾

Aber die "Katholiken" hörten nicht auf, immer wieder zu betonen, daß ihre Organisationen die einzigen vom Papst befürworteten seien. Dagegen wandte sich der Kölner Diözesanpriester Dr. Otto Müller, indem er es als "schwerwiegend" und "ein anderes Ende" gefunden werden müsse.³⁾ Am 19. Juli 1912 erklärte das apostolische Kommissariat in München, daß es in der Irren der Zeit der Arbeit die Arbeiterbewegung mit den Bischöfen prüfen wolle, um dann "angemessene Verhaltensregeln" zu geben. Deshalb sollte "keine Feindschaft" entstehen, insbesondere in der Presse, einstellen.⁴⁾

Die päpstliche Erklärung in der Tagesnachricht wurde am 24. September 1912 mit der apostolischen "Singulari quodam", die am 3. November veröffentlicht wurde. Pius X. konnte nicht umhin, zu erklären, daß die konfessionelle Form der Arbeiterorganisation gut zu heißen, da alle Handlungen der Christen "in Einklang mit ihrer Überzeugung mit dem natürlichen und göttlichen Recht, dem Urteil und der Gesetzgebung der Kirche" stattfinden.⁵⁾ Wenn aber die konfessionelle Arbeiterbewegung in den Augen der Kirche der Versuchung verfiel, so mußte doch der Papst zugleich "in Erwägung der besonderen Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland" die außerkonfessionellen Arbeitervereinigungen als "einen Gefahren vorzubeugen, welche

1) Z. IV, 7. Juni 1912, Nr. 501

2) Z. IV, 17. Juni 1912, Nr. 511

3) Z. IV, 14. Juni 1912, Nr. 524

4) Z. IV, 19. Juni 1912, Nr. 542

5) Pius X., Rundschreiben des Hl. Vaters Pius X. über katholische und gemischte Arbeitervereinigungen. Singulari quodam, autorisierte Ausgabe, lat.-dt., Freiburg 1916, S. 5

... mit Vereinigungen dieser Art verbunden sind," sollen "keine geeignete Maßnahmen getroffen werden". Darunter versteht der Papst: 1. sollten "die katholischen Arbeiter, welche Mitglieder dieser Gewerkschaften sind, und welche auch den katholischen Arbeitervereinigungen angehören, welche Arbeitervereine bilden" ¹⁾ In diesen Arbeitervereinen sollen jene Kenntnisse vermittelt werden, die den Einzelnen befähigen, "in den Gewerkschaften richtig und im Einklang mit den Grundsätzen des katholischen Glaubens verkehren" zu können. ²⁾ 2. sollten die Gewerkschaften "nicht von allem enthalten, was theoretisch oder praktisch mit den Lehren und Geboten der Kirche oder der päpstlichen apostolischen Überlegenheit nicht übereinstimmt". 3. haben deshalb die Bischöfe die Pflicht, "über die Haltung dieser Vereinigungen zu wachen und zu berichten, daß kein Schaden durch ihre Mitgliedschaft bei ihnen Schaden leiden". 4. dürften "die katholischen Gewerkschaften nicht selbst ... es niemals zulassen, daß die Gewerkschaften ... in Wahrnehmung der irdischen Interessen ihrer Mitglieder Grundsätze vertreten oder Schritte unternehmen, welche irgendwie im Widerspruch mit der Lehre der Kirche überlieferten Geboten ... stehen sind" ³⁾ Da der Papst die Streitfrage an sich gezogen hatte, wünschte er nunmehr, daß man sich jeder Diskussion enthalten. Zudem durften vor allem nicht die Mitglieder konfessionell gemischter Gewerkschaften angeklagt werden, "als wäre ihr Glaube verdächtig". ⁴⁾ Der Enzyklika wurde ein Ausschreiben der deutschen Bischöfe beigegeben, in dem noch einmal betont wurde, daß man die gegenseitigen Beschuldigungen unterlassen solle, und daß die Weisungen des Hl. Vaters den bürgerlichen Frieden und jene Eintracht zwischen katholischen und nichtkatholischen Arbeitern zum Ziel haben, "ohne die die irdische Wohlfahrt nicht bestehen kann". ⁵⁾

1) Pius X., a.a.O., S. 9

2) Pius X., a.a.O., S. 11

3) Pius X., a.a.O., S. 11

4) Pius X., a.a.O., S. 13

5) vgl. n. Pius X., a.a.O., Anhang, S. 16

Die Enzyklika "Singularem quadam" vom 20. März 1912, welche von den Parteien als Rechtfertigung ihres bisherigen Verhaltens angesehen wurde, ist eine wichtige Urkunde, die dadurch, daß der Papst den konfessionell gebundenen Vereinigungen den Vorzug gab und das Weiterbestehen der christlichen Gewerkschaften anerkannte, eine Stellungnahme des deutschen Episkopats notwendig war. Diese Stellungnahme wurde von dem Bischof von Fulda, Dr. Schuler, Kardinal Kopp, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, und damit auch alle anderen deutschen Bischöfe, die sich an dem 22. September 1912 in Rom abgehaltenen Kongreß der christlichen Gewerkschaften am 22. November 1912 in Steiermark beteiligten. In diesem autoritativen Interpretation kamen die wichtigsten Punkte der Enzyklika "Singularem quadam" zur Sprache: 1. Es wurde festgestellt, daß die kirchliche Obrigkeit nicht leugern könne, mit der praktischen Verleugung von christlichen Werten sich zu befassen, sondern daß die Kirche nur in dem strengsten Sinne die Sittengesetze befolge. 2. Eine Aufteilung der Diözesen zwischen konfessionell und konfessionell gemischten Gewerkschaften sei in der Enzyklika nicht angedeutet worden. 3. Die Arbeitsverhältnisse der Bischöfe beziehe sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich realer Schaden erwachse. 4. Der Papst solle nicht selbst gewerkschaftliche Fragen entscheiden, sondern nur den rechten Instanzenweg gewahrt sehen. Der 5. Punkt bezog sich noch einmal auf die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften in allen deutschen Diözesen.¹⁾ In einer Resolution, die im Anschluß an den Kongreß in Essen angenommen wurde, stellte man noch einmal fest, daß eine "Gebietsbegrenzung" oder "eine fortgesetzte kirchliche Bevormundung" von den Bischöfen nicht gewollt sei.²⁾

1) a. Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (26. November 1912, Köln 1912, S. 16-18)

2) Protokoll, a.a.O., S. 63

Aber der Gewerkschaftsstreit fand damit noch kein Ende. Die "Berliner" blieben hartnäckig, und es kam zu einem weiteren Streit, auf eine weitere Polemik verzichtet, aber die "Berliner" hörten nicht auf, immer wieder zu erklären, daß das 1. in "Singulari quadam" den konfessionellen Arbeiterorganisationen den Vorzug gegeben hatte. Um die Jahreswende 1912/13 kam es noch einmal zu ähnlichen Debatten in der Presse, als die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet einen Streik vorzubereiten beabsichtigten. Ein Kongress, der veranstaltet werden sollte, wurde aber abgesagt. Die "Berliner" hatten darin einen Triumph über die "Hochschulen", die konfessionellen Organisationen einen Vorzug zuerkannten.

Am 7. April 1913 erließ der Kaiserliche Hofrat, der als Mitglied immer auf der Seite der "Berliner" gestanden hatte, ein Schreiben an die im unternehmenden Betrieb, in das es diese Aufforderung, nach den Bestimmungen von "Singulari quadam" die Mitgliedschaft von Arbeitern in den christlichen Gewerkschaften zu dulden. Werben sollten die Katholiken jedoch auf für die katholischen Arbeitervereine.¹⁾

Um Frieden in dem Streit zu schaffen, ergriff auf dem Deutschen Katholikentag zu Bonn am 12. August 1913 der Präsident der Versammlung, Fürst Bischof von Limburg, das Wort, und sagte unter großer Beifall aller Anwesenden, daß man endlich Frieden in dem Konfessionsstreit erwarte. "Das wird dann am diesjährigen Jubiläum der Generalversammlungen Katholikentage, d. Verf.) die Begegnung bringen, und in der Geschichte des deutschen Volkes eine neue Seite geschrieben werden das 'Friede von 1913'".²⁾

Insbesondere in den Jahren 1912/13 durchdrangen die Ideen des Modernismus das öffentliche Denken der Katholiken. Dabei wurde von Seiten der Integralen eine Erneuerung der geistlichen Herrschaft des Papstes verlangt. Die Scheidung von eigenständigen Kultursachverhalten war den Integralen weitgehend fremd. In einer

1) "Germania", 22. Juli 1913, Nr. 335, Beilage

2) "Germania", 19. August 1913, Nr. 382

integrale Zeitschrift, der "Kölner Korrespondenz", wurde bekannt, daß die katholischen Gewerkschaften sich insgeheim verpflichtet hätten, die Enzyklika zu befolgen; daß für die Integralen nicht wenig, daß sie nicht der Fall gewesen wäre. Diese Behauptung wurde von der dem Evangelium und christlichen Geistlichen, "Wartburg",¹⁾ sowie einiger katholischen Gewerkschaften und christlichen Arbeiter, denen die katholischen Gewerkschaften einer unbedingten Unterstützung zuschuldigen, da sie öffentlich, wie man in diesen Kreisen meinte, die Enzyklika in Essen abgelehnt hätten, andererseits aber doch wiederum, wie die Behauptung der Integralen besage, der Stimme des Papstes gehorchen wollten. Der Prozeß, der sich aus dieser Angelegenheit ergab, gegen die Redaktion dieser Blätter geführt wurde und von 19. - 23. Dezember 1913 in Köln stattfand, endete mit der Verurteilung der Beklagten.²⁾

Zu Beginn des Jahres 1914 gab es eine neue Überwindung im Gewerkschaftsstreit. Die integrale Zeitschrift "Katholik und Arbeiter" veröffentlichte am 1. Januar 1914 einen Brief von Kardinal Kopp, in dem dieser erklärte, daß er die am 26. November 1912 in Essen verlesene und von den Bischöfen gebilligte Interpretation der Enzyklika "Singulari quadam" seit dem 1. Dezember 1912 nicht mehr vertreten hätte, wie aus einem zu diesem Zeitpunkt geschriebenen Brief des Kardinals an den Bischof von Trier, der die Gründe der Interpretation, hervorgehe.³⁾ Aber wenige Tage später, am 3. Februar, wurde in der KV eine Erklärung von Kardinal Kopp veröffentlicht, wonach doch wiederum die Richtigkeit der Essener Interpretation anerkannt wurde.⁴⁾

1) Redaktion: Jaeger, Frankfurt a. M., gegr. 1903, Aufl. 1909.

2) s. der Kölner Gewerkschaftsprozess. Die Grundsätze der katholischen Gewerkschaften in gerichtlicher Beleuchtung, Verf. nicht ben., Köln 1914.

3) "Katholik und Arbeiter", 25. Jan. 1914, Nr. 4.

4) s. KV, 3. Februar 1914, Nr. 100; "Der Arbeiter", 8. Febr. 1914, Nr. 2.

Um in der allgemeinen Verwirrung Klärheit zu schaffen, wandten sich die Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz in einem Schreiben vom 13. Februar 1914 an die Ordinarien ihrer Diözesen. Darin wurde noch einmal klar gemacht, daß die Kirche für die sittliche und religiöse Erziehung "des Menschengeschlechts" verantwortlich sei. Auch bei wirtschaftlichen Fragen werden sittliche Pflichten mitberührt, was zur Folge habe, daß der Kirche auch über ein Urteil zustehe. Weiterhin wurden dann noch einmal die Grundsätze von "Singulari quadam" dargelegt. "Daß die Kirche ... in erster Linie ihre Bestimmung und Förderung des rein katholischen Volkes ... hat, ... nicht aber die Aufgabe des christlichen Arbeitervolkes, ... sondern die Förderung der christlichen Arbeiter ... der der Kirche die Bildung und Erziehung der christlichen Arbeiter ... zugehört ... zu den in der Kirche bestehenden christlichen Gewerkschaften unter jenen besonderen Vorsichtsmaßregeln auszusprechen, die ihrer ... Stellung und Pflicht des Hirtenamtes entsprechen".¹⁾

Pius X. sprach noch einmal drei Monate vor seinem Tode, am 27. Mai 1914, während er 14 neuen Kardinälen das Barett überreichte, zum Gewerkschaftsstreit. Er sagte den Kardinälen: "Gibt nie auf zu wiederholen, daß, wenn der Papst die katholischen Arbeiter ... hat, ... welche auch das leibliche Wohl zum Ziel haben, er immer eingeschärft hat, daß in ihnen das sittliche und religiöse Wohl abgesehen werden muß, und daß mit dem berechtigten lobenswerten Streben, das Leben der Arbeiter und Landleute zu verbessern, nichts als Leben der Gewerkschaften ... der durch zweckmäßiger Mittel verbunden sein muß, um die Eintracht und den Frieden der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu erhalten. ... seien die gemischten Vereinigungen "unter gewissen Bedingungen gestattet", während die Vereinigungen ... seien, die sich um das "Banner der Kirche" scharen".²⁾

1) Mit. n. "Katholik" 16. Febr. 1914, Nr. 74
2) a. a. O. 28. Mai 1914, Nr. 481

Aber zu Beginn des Jahres 1914 hatte ein anderer
 Streit, in dem es um ähnliche Fragen wie im Gewerkschafts-
 streit ging, der Zentrumsstreit, seinen Höhepunkt und auch
 sein Ende erreicht. Dieser Zentrumsstreit hatte ähnlich
 wie der Gewerkschaftsstreit mit einem publizistischen Er-
 eignis begonnen. Am 1. März 1906 erschien in den "Histo-
 risch-politischen Blättern" ein Aufsatz des Volkes unter
 dem bescheidenden Titel: "Die Zukunft des Volksvereins
 für das katholische Deutschland". Hierin wurde erklärt, daß die Zentrums-
 partei, die zu jener Zeit gerade als ein Turm verglichen wurde, aus
 ihrer konfessionellen Unerschlossenheit, welche niemals
 ein Prinzip dieser Partei gewesen sei, hervorgehen müsse.
 Die sich daran anschließende Diskussion verquickte sich
 schnell mit dem Kampf der Integralen gegen den Modernis-
 mus, dessen Kämpfer man auch hier zu finden glaubte. In
 einer am 13. April 1909 von Kaplan Schopen einberufenen
 Konferenz von einigen Journalisten, Zentrumsvorständen und
 Redakteuren einigte man sich auf folgende Forderung: 1. Das
 Zentrum ist eine politische Partei, die sich nur Aufgabe
 stellt, die Interessen des gesamten Volkes auf allen
 Gebieten des öffentlichen Lebens in Einklang mit den Grund-
 sätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten. 2. Der
 große Einfluß, den der Volksverein für das katholische
 Deutschland auf das katholische Leben hat, erfordert einen
 engeren Anschluß an den Zentrumpartei.¹⁾ Es der erste Satz
 dieser Resolution zu einigen Mißverständnissen über den
 Charakter des Zentrums selbst geben konnte, haben die Vor-
 stände der Fraktionen des Zentrums in Reaktion auf die pre-
 sische Abordnung ebenfalls eine Erklärung ab. Danach die Zen-
 trumpartei nicht grundsätzlich als "eine politische, nicht
 konfessionelle Partei" verstanden werden, daß es in dieser
 Erklärung: "Die Zentrumspartei hat die Zugehörigkeit zur
 Partei niemals von der Zugehörigkeit zum katholischen Glau-
 ben abhängig gemacht. ... Dabei ist es als selbstverständ-
 lich zu betrachten, daß in demjenigen Falle, welcher das

1) vgl. n. Döber, a. a. O. Streit um den Zentrumscharak-
 ter, Köln 1914, S. 20

politische Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet."¹⁾ Damit war eigentlich der Streit um den Charakter des Zentrums im Inneren der Partei beendet, aber doch versuchten später sogenannte "Quartreiber", wie sie genannt wurden, besonders in Verbindung mit dem Integralismus, die Meinung zu verbreiten, daß das Zentrum im Licht des katholischen Glaubens ein Hindernis sei. Es lag nahe, daß hiermit schnell Partei für den Parteistreit gezogen wurden. So kam es am Anfang des Jahres 1914 zu einer Verurteilung des Quartreibeis als des Parteistreits. Das Zentrum wehrte sich als "Quartreiber" vorwiegend durch die teilweise durch große Kundgebungen, die in Verbindung mit der Kundgebung des Glaubensbekenntnisses der Zentrumspartei vom 8. Februar 1914 in einigen Städten veranstaltet wurden. Darauf erklärten die Bezirkspräsidenten des Berliner Verbandes eilig am 27. Februar 1914, daß sie "keine parteipolitische, sondern eine katholisch-soziale Organisation" seien und daß sie es nicht zuließen, daß der Berliner Verband "in das parteipolitische Streitfeld hineingezogen werde."²⁾ Aber dazu war es jetzt schon zu spät; denn das, was man jetzt ablehnen wollte, hatte man seit 1909 in den publizistischen Organen der "Berliner" praktiziert.

Am 22. April 1914 erklärten 30 Vereinspräsidenten des Berliner Verbandes auf einer Präsidienkonferenz in Breslau, daß den "Mitte der Presse gegen das Zentrum, die vom Berliner Verband direkt oder indirekt unterstützt wird, nicht einverwandelt sei. Sie forderten vor allem, daß der Verbandsrat öffentlich als Gegner der Presse ausgesprochen werden solle, und daß der Berliner "Arbeiter", in Zukunft der Zentrumspresse nicht mehr bekämpfen dürfe."³⁾ Der Bezirksdelegiertentag (am 26. April) und die Bezirkspräsidenten des Berliner Verbandes erklärten darauf noch

¹⁾ vgl. Hübner, a.a.O., S. 83

²⁾ vgl. "Berliner Arbeiter", 18. Febr. 1914, Nr. 78

³⁾ vgl. "Berliner Arbeiter", 23. April 1914, Nr. 183; hier aus "Schlesische Volkszeitung", 23. April 1914, Nr. 181

einmal, daß parteipolitische Fragen nicht in die Arbeiterbewegung hereingezogen werden dürften. Aber aus den 30 Geisteskranken, die die Forderung an die "Berliner" unterschrieben hatten, waren am 14. Mai 760 geworden.¹⁾ Außerdem mußte auf Anordnung des Berliner Schlichtungsausschusses vom 20. Mai 1914 Pfarrer Dr. Niebrowski die Herausgabe seiner integralen Wochenschrift, "Das katholische Deutschland", ein Blatt, das immer auf der Seite der "Berliner" gestanden hatte, einstellen.²⁾

Zwar war nach all diesen Ereignissen der Gewerkschaftsbereich noch nicht beengt. Aber als im August 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, war man auch hier gezwungen, einen Langfrieden zu halten. So hatte man Gelegenheit, einmal nachschauend festzustellen, was für die Integration des Arbeiters auf beiden Seiten getan worden war. Diese Bilanz fiel nicht zugunsten der "Berliner" aus. Windolph, der ehemalige Verbandsssekretär von "Mitte Berlin", stellte 1919 fest, daß 1. die katholischen Gewerkschaften nur wenige Mitglieder aufweisen könnten. Er nannte für das Jahr 1919 insgesamt 20 000 Mitglieder von Fachabteilungen als die höchste Mitgliederzahl seit dem Gründungsjahr 1902. 2. Dementsprechend standen sich die "Berliner" auch finanziell außerordentlich schlecht. 3. Bedauerlich war die Herausgabe von Fachblättern, wie sie andere Gewerkschaften hatten, in denen die Probleme des Berufsstandes besprochen wurden, für die Fachabteilungen ungenügend. 4. Ebenso war es dem Berliner Verband nicht möglich, genügend Gewerkschaftssekretäre anzustellen, deren Mangel besonders empfindlich bemerkbar wurde, wenn Tarifverträge ausgehandelt werden mußten. 5. Letzten die Fachabteilungen als Folge all dieses Mangel niemals "Entscheidungen in Bezug auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse."³⁾ Da man auch von Berliner Seite einsah, daß mit einer derart unwirksamen Gewerkschaft den Arbeitern nicht genügend Hilfe gebracht werden

1) v. "Berliner", 15. Mai 1914, Nr. 219

2) v. "Der Arbeiter", 31. Mai 1914, Nr. 22

3) v. Windolph, Bilanzbericht des katholischen und protestantischen Gewerkschaften in Deutschland, München 1919, S. 6 - 10

Könne, der es schon während des Krieges am 26. Juni und am 20., 27. und 29. Oktober 1917 in Berlin zu Verhandlungen. Dabei vertrat Msgr. Walterbach als Vorsitzender des süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine den Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. Die Verhandlungen wurden im Februar und März 1919 in Berlin fortgesetzt, wo Dr. Fleischer, der Berliner Führer der Bewegung, und der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, sich als Abgeordnete der Reichsvereinsbewegung trafen. Am 1. Mai 1919 wurden in Berlin endgültig die Grundsätze für die Einigung formuliert, wobei es unter Punkt 1 hieß: "Eine Gewerkschaft, die für katholische Arbeiter bestimmt sein soll, muß so beschaffen sein, daß sie als solche ihren Mitgliedern die Möglichkeit bietet, die gewerkschaftliche Tätigkeit auch von Standpunkt der Religion und Moral zu beurteilen, zu beeinflussen und dementsprechend zu handeln." Punkt 2 handelte von Streik, der durch Unruhe, Unbill und Mißbrauch wohl verwerflich sein könne, sonst aber vom Standpunkt der Moral gebilligt werden müsse. Im 3. Punkt setzte man sich dafür ein, gewerkschaftliche Bildungsstätten einzurichten, und unter Punkt 4 wurde festgelegt, daß man zur Lösung gemeinsamer Aufgaben einen Ausschuß von Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitervereine bilden wolle.¹⁾ Die Berliner Verhandlungen wurden im Oktober 1919 den christlichen Gewerkschaften angekündigt und im November 1920 wurde die Resolution von 15. Kongress der christlichen Gewerkschaften gebilligt. Auch der Berliner Verband katholischer Arbeitervereine trat im Mai 1921 mit dem Kartellverband in Würzburg den 1911 von den "K.-Katholiken" gegründeten Kartellverband der West-, Süd- und Ostdeutschen katholischen Arbeitervereine bei.²⁾

1) v. Kirdorff, a.a.O., S. 19/20

2) v. Löffgen, Carl, Die katholische Arbeitervereinsbewegung im Lichte der katholischen Lehre, Köln 1920, Diss., S. 19

B. Die publizistischen Massenkommunikationen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Um den Gesellschaftsvertrag mit der Gesellschaft darzustellen, ist es zunächst einmal notwendig, daß der Zusammenhang öffentlicher Aussagen beschrieben wird. Dabei wird es sich erweisen, welche Stellung innerhalb des Gesellschaftsvertrages das Publizistische und angesprochenen und Empfängern das rein Publizistische einnimmt.

1. Die publizistische Situation.

Die katholische Publizistik war durch die Kirchenkämpfe des 19. Jahrhunderts groß und einflußreich geworden. Während 1850 in Deutschland nur 20 katholische Zeitungen bestanden, stieg diese Zahl bis 1900 auf 100, in Preußen von 70 auf 51, in Schlesien von 5 auf 17, in Bayern von 22 auf 94, in Hannover von 6 auf 15 usw.¹⁾ Insgesamt gab es 1800 185, 1890 272, 1900 419 und 1908 571 katholische Zeitungen und "kirchlich-politische Zeitschriften".²⁾ Überl, ein katholischer Verleger und Publizist, erklärte 1879 zu den Anhängern der katholischen Publizistik: "Die von den Liberalen verpöhlerten Ohrfeigen und Fußtritte haben trefflich gewirkt, besser noch als die schönsten Reden auf katholischen Generalversammlungen."³⁾

Der 1875 gegründete "Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse" gab der katholischen Publizistik einen berufsmäßigen Rückhalt. Er half bei der Gründung katholischer Blätter, unterstützte Redakteure und Journalisten in Falle der Hilfsbedürftigkeit und ermöglichte die Weiterbildung katholischer Publizisten. Außerdem stellte er die Verbindung von der Zentrums Partei zur Presse her und richtete eine "Zentrum-Parlaments-Korrespondenz" (ZPK) ein. So seine Mitglieder gab der Augustinus-Verein monatlich das "Augustinus-Blatt" heraus. So konnte die katholische Presse vor sich aus eine Eigenständigkeit zeigen, die in Konkurrenz zu mancher anderen Parteipresse, besonders der sozialistischen stand, wo Presse und Partei fast überall dieselben

1) v. Riese, Dr. W., Der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse, Düsseldorf 1928, S. 55

2) v. Keiter, Handbuch der katholischen Presse, Essen 1909, S. IX.

3) zit. v. Riese, a.a.O., S. 58

Dränge hatten. Der Mittelpunkt der katholischen Presse lag in ihr selbst. Sie hatte keine personelle Bindungen zu den Führern der Zentrumspartei und auch keine feste oder privilegierte Gegenpartei. Richtiger beschrieben kann im katholischen Blätter und in das antipropagandistische Tagesblatt, die andere Verpflichtungen überflüssig, ja der Sache gegenüber unzutrefflich gemacht hätten.¹⁾ Gerade der Gewerkschaftsstand kann als ein besonders guter Beweis für die Eigenständigkeit der katholischen Presse gelten. Hier hat man vorwiegend um Dinge gekämpft, die von einem gemeinsamen religiösen und naturrechtlichen Fundament verschieden gewesen wären können.

Die beiden am Gewerkschaftsstand beteiligten katholischen Tageszeitungen, die "Katholische Volkszeitung" (KV) und die Berliner "Germania" behaupteten durch ihre repräsentative politische Haltung und ihre weite Verbreitung über ganz Deutschland unter den katholischen Zeitungen eine Vorrangstellung. Die KV wurde unter dem Namen "Katholische Blätter" am 1. April 1860 von Josef Neuner gegründet, der sie in seinem im Familienbesitz befindlichen Verlags J. C. Neuner herausgab. 1863 wurde ihr Titel in "Katholische Volkszeitung" umgeändert. Vorläufer der KV war die 1848 gegründete "Katholische Volkshalle", später "Deutsche Volkshalle" (ab 1849). Die 1855 durch den Kölner Volkszeitschriftenverband vertrieben wurde. Im Kulturkampf wurde die KV stets "seiner ruhigen, wohltonen Ton zu weichen"²⁾ und war deshalb auch nicht dem strengen Strafen ausgesetzt, wie es bei anderen katholischen Zeitungen der Fall war. Während des Kaiserreichs erschien die KV 19mal wöchentlich. Ihre Auflagen waren 1880 15000, 1909 26500 und 1913 29000.³⁾ Bis zum Jahre 1907 war Dr. Hermann Gerdaune ihr Hauptredakteur, dessen Arbeit dann bis in der Kriegszeit von ihm bei der KV beschäftigten 15 Redakteuren gemeinsam erledigt wurde. Im Gewerkschafts-

1) vgl. Eicherp, Zentralismus und verstaatlichte Regierungsverhältnisse. In: Festgabe Arbeit, Hrsg.: Deutsche Kath. Eisen 1920, S. 173 ff. (mit Anm. über die Zeitung, Leipzig 1921, S. 119)

2) Wöber, 1881, S. 3. Köffler, Dr. Cl., Geschichte der katholischen Presse, M.-Münster 1909, S. 57

3) nach Heiter, H., Handbuch der katholischen Presse, Essen 1910, 1909, 1911

streit stand die Kf auf Seiten der "M.-Gladbacher". O., die hat strotzend ihre eigenen diese Richtung nach die "Katholische Richtung" genannt.

Die Zeitung der "Germania" in Düsseldorf (1871) war zweisprachig. Anfangs hat sie sich nicht sehr viele für die katholische Richtung interessiert; mit der Zeit hat sie sich mehr und mehr über, nur noch so beschränkt, eine freie eigene Meinung auszudrücken.

1871 war die "Germania" mit Hilfe von Klein Aktien gegründet worden. Nachdem sie sich für nicht ganz ein Jahr einen sehr ruhigen Tones befleißigt hatte, wurde sie unter Papst Leo Junke während des Kulturkampfes zu einem der schärfsten und radikalsten Organe der deutschen Katholiken. Auch eine deutsche Zeitung war zu dieser Zeit dermaßen der politischen und gerichtlichen Verfolgung ausgesetzt wie die "Germania". Die Nachfolger auf dem Posten des Chefredakteurs der "Germania" waren der Reihe nach: Dr. Franz (ab 1871), Kleinmeyer (ab 1881), v. Kehler, Stahl, Falkenberg, O. Wahner, H. Konzen (ab Sommer 1899), Franz Peters (ab Sommer 1901), Paul Jacob (1903 kurze Zeit), H. ten Brink (ab 15. Oktober 1903) und Fr. Kell (ab 1. Januar 1914).¹⁾ Die Auflagezahl der "Germania" betrug vor dem ersten Weltkrieg etwa 10.000.

Zur besseren Übersicht seien noch einmal die am Gewerkschaftsstreit beteiligten Zeitungen und Zeitschriften, die für diese Arbeit herangezogen wurden, zusammengefasst. Neben den beiden oben erwähnten großen "Westdeutschen", der "Kf" und der "Germania", gehörten zu den folgenden Verbandsorganen der katholischen Arbeitervereine, die "Westdeutsche Arbeiterzeitung" auf "M.-Gladbacher" Seite und den "Arbeiter" auf "Berliner" Seite, das Verbandsorgan des Gewerkschafts christlicher Arbeiter "Der Arbeiter", das auf "Berliner" Seite die Kollege zum "Arbeiter", das "Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen" gegenüberstand, auf die Führungsorgane der beiden Verbände, die "Präsidenten-Korrespondenz" auf

1) nach Angaben in Vorwort

2) nach Angaben von Walter Hagemann, dem letzten Chefredakteur der "Germania"

M.-Gladbacher und den "Christlichen Arbeiter" auf Berliner Seite, auf die Verhandlungen der christlichen Gewerkschaften, das "Christliche Gewerkschaftsblatt" und schließlich mit der Gewerkschaftszeitung des Reiches "Klarheit und Wahrheit".¹⁾

Es wurde in Betracht gezogen, dass die publizistischen Organe, die maßgeblich am Gewerkschaftsstreit beteiligt waren. Es ließen sich allerdings noch einige Heimatzeitungen oder alle christlichen Gewerkschaftszeitungen hier anführen. Auch bestanden außer der auf Berliner Seite stehenden katholischen Zeitschrift "Klarheit und Wahrheit" noch zwei andere katholische Zeitschriften, die den Gewerkschaftsstreit mitzubringen konnten. Das waren die "Kath. Arbeiter" und "Kath. Arbeiter" mehr eine antipropagandistische Zeitschrift, die von denen, die in dieser Zeit die katholische Arbeiterbewegung in der Frage des Gewerkschaftsstreites abzuwehren trugen, als wurden sowohl von M.-Gladbacher Seite wie auch von Berliner Seite Flugblätter und kleinere Broschüren zum Gewerkschaftsstreit herausgegeben. Es waren jedoch immer Abdrucke aus den hier untersuchten Zeitungen und Zeitschriften.

II. Der publizistische Verlauf des Gewerkschaftsstreites.

Zum ersten Male wurden die Probleme des Gewerkschaftsstreites in der oben erwähnten Artikelreihe von Fehr.v. Savigny im "Märkischen Kirchenblatt" angeschnitten (s. A IV). V. Savigny stellte sich darin auf den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften, wirtschaftliche Fragen unabhängig von den Fragen der Moral und Religion zu lösen, der Lehre des Christentums widerspreche. Die "M.-Gladbacher" wollten jedoch einer Diskussion aus dem Wege gehen und entgegneten deshalb nichts darauf. Erst im August 1899, im 12. Heft 1899 kam die IV in einem mit "U" bezeichneten Teilkapitel auf die Neutralität der christlichen Gewerkschaften zu sprechen, indem sie sich auf die programmatische Broschüre der christlichen Gewerkschaften von 1897²⁾ berief. Aber in Gewerkschaften zu verweigern verweigerte die IV die "neutrale wirtschaft-

1) Nähere Angaben über die Zeitungen und Zeitschriften in Anhang dieser Arbeit
2) Christliche Gewerkschaften. Ihre Aufgaben und Ziele. Verlagsges., M.-Gladbach 1899

Alten" Beschreibungen der christlichen Gewerkschaften und hielt es für angebracht, daß diese die Fragen der Religion von der Politik völlig aus dem Spiele ließen (s. C I a)¹⁾. Diese Äußerungen wie auch die von den "M.-Gladbachern" überhörten Warnungen v. Savignys, die angeblich im Einverständnis mit Theodor Kopp, dem Fürstbischof von Breslau, ausgeschrieben worden seien (s. C I a) liefen bis 1907 im "Kriegs-Kriegs" (s. C I a) ab, wobei besonders die Warnungen, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland nur auf die wirtschaftlichen Fragen nicht ohne die Beziehungen zur Religion und Moral zu beschränken. Aber die Methode, alle Diskussionen zu vermeiden, wurde von der Deutschen U. Arbeiterbewegung, der KV und der WAZ, beibehalten.

Es kam es, daß die WAZ, die sonst häufigst alle Äußerungen des Reiches und der Provinzen vermittelte, der Pastoral nicht abdruckte; ja, es wurde sogar anfangs noch nicht einmal erwähnt. Andererseits kam jedoch die Frage nach der Neutralität der christlichen Gewerkschaften oft zur Sprache. Die WAZ hat dabei richtungswiegend gesiegt. Sie zeigte indirekt, daß die christlichen Gewerkschaften religiöse und parteipolitische Fragen in ihren Organisationen vermeiden konnten, indem sie 1. auf die religiöse Neutralität der freien, d. h. der sozialistischen Gewerkschaften hinwies, die sich offensichtlich religionsfeindlich verhielten²⁾ und auch in politischen Fragen trotz ihres Bauschismus von der sozialdemokratischen Partei abfällig waren.³⁾ 2. stellte die WAZ das neutrale Verhalten der englischen und amerikanischen Trade unions (in Amerika auch "Rights of Labor") als vorbildlich dar.⁴⁾ 3. wies die WAZ bei jeder Gelegenheit darauf hin, daß in anderen Berufsgruppen wie beispielsweise bei den Landwirten und den Arbeitnehmern religiös-neutrale Vereinigungen bestanden. 4. versuchte die WAZ die religiöse Neutralität durch ihr eigenes Verhalten zu beweisen, indem sie ihre Leser durch Berichte von evangelischen Vereinsversammlungen auf die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit hinwies.⁵⁾ Diese vier Punkte bildeten den Kern der

1) s. KV, 22. Juli 1900, Nr. 564

2) s. Baron, Josef, Der Gewerkschaftsstreit in Deutschland, Manuskript, S. 12/13

3) s. WAZ, 9. Juni 1900, Nr. 23

4) s. WAZ, 17. Nov. 1900, Nr. 46; 4. Aug. 1900, Nr. 31

5) s. WAZ, 7. Dez. 1900, Nr. 49

6) s. WAZ, 27. Jan. 1900, Nr. 4; 5. Mai 1900, Nr. 18

sonnen Gewerkschaftsstreits zur publizistischen Methode der "Germania".

Die Verleger-Steuerung, welche erst im Januar 1900 ihren
ersten Versuch machte, - denn der Verband katholischer Arbeiterver-
eine West- und Mitteldeutschlands (Sitz Berlin) hatte sich ja
erst im Jahre 1899 zur Erreichung von Organisationszwecken im An-
schluß an katholische Arbeitervereine entschlossen -, wurde
aufrechterhalten durch die "Germania" repräsentiert. Am 3. Juni 1900
veröffentlichte die "Germania" eine große Anzahl von christlichen
Gewerkschaften: "Ohne vorgreifen zu wollen, möchten wir
auch die Frage aufwerfen, ob man auf christlicher Seite
glaubt, ohne konfessionelle autoritative Verpflichtungen in
Arbeiterkreisen überall das richtige Verständnis und Urteil
über diese schwierigen Standesfragen voraussetzen zu dürfen".
Oder glaubt man, daß sich der katholische Arbeiter nicht
weit auf die Gewerkschaftsbewegung einläßt, indem er in seinem Vorgehen
zweifellos die Fäden des Sozialismus und der Moral gewahrt
hält? Wir möchten sogar den Gedanken zur Erwägung stellen,
ob nicht eine katholischen organisierte Arbeiterbewegung von ca.
1 1/2 Mill. Köpfen oder sogar darüber die gleiche Macht re-
präsentieren wird wie interkonfessionelle Gewerkschaften,
welche doch nur der Form nach als 'christlich' bezeichnet
werden können, denn ein interkonfessionelles Christentum ist
ein offenkundiger Widerspruch in sich selber. Die katholische
organisierte Arbeiterwelt würde - unseres Vermutens nach -
eine weit größere politische Macht bedeuten und Sympathien
in weitesten Kreisen genießen und Aussicht auf Erfolg für
das materielle Wohl der Arbeiterkreise aller Klassen aufzu-
weisen haben, als die den doch stets einseitigen 'interkon-
fessionellen' Gewerkschaften jemals wird imrechnen können.
Das Zusammenwirken mit nichtkatholischen Kreisen nach dem
alten Heilighausen Grundsatz: 'Getrennt marschieren und ver-
eint schlagen' würde die Arbeit keineswegs beeinträchtigen
zu erfahren brauchen - die Reichheit der Klänge eines Hilses
auch in schwierigen Tagen und Zeiten gewährleistet." ¹⁾ Hier
waren bereits alle Probleme ausgerechnet, um die endlos ge-
stritten wurde.

1) "Germania", 3. Juni 1900, Nr. 113

Aber die "M.-Gladbacher" antworteten zu dieser Zeit auf derartige Äußerungen nicht. Erst nach Erscheinen des Pastorale, das die KV am 3. Oktober 1900 abdruckte¹⁾, wurden hier die Fragen der Neutralität der christlichen Gewerkschaften noch einmal in einem Leitartikel behandelt. Die KV erklärte zu den Ermahnungen der preussischen Bischöfe, Religion und Moral bei der Lösung der sozialen Frage nicht außer acht zu lassen, daß alle sozialen "Bestrebungen ... selbstverständlich mit den Grundsätzen des katholischen Glaubens und der katholischen Sittenlehre in Einklang sein müssen. Zu den von den Bischöfen befürworteten Fachabteilungen bemerkte die KV, daß sie überall zur "praktischen Vertretung der Arbeiterinteressen" eingeführt worden seien, und daß "aus der gleichen Veranlassung ... in den letzten Jahren christliche Gewerksvereine mit ihrer teilweise schon über größere Bezirke sich erstreckenden Organisation entstanden" seien. So beschäftigte sich die KV in ihren Kommentaren zum Pastorale vorwiegend mit den Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, deren Notwendigkeit sie beschrieb und deren "Preisgabe die Gewerkschaftsbewegung vollständig der Sozialdemokratie ausliefern" würde, ohne auf das Pastorale selbst einzugehen.²⁾ Mit der im Hirtenbrief genannten "neutralen" Gewerkschaften seien die Freien Gewerkschaften gemeint, die in Wirklichkeit sozialdemokratisch seien und vor denen die Bischöfe warnen wollten, erklärte die KV einige Tage später auf die Behauptung der liberalen "Kölnischen Zeitung" und des sozialdemokratischen "Vorwärts", daß die Bischöfe auch die christlichen Gewerkschaften gemeint hätten.³⁾ Als aber der Freiburger Erzbischof in seinem Begleitschreiben zum Pastorale ausdrücklich vor der "Neutralität" der christlichen Gewerkschaften warnte, schrieb die KV, die derartige Erwägungen bisher nie angestellt hatte: "Wir stehen nicht an, diese Kundgebung als eine tief bedauerliche zu bezeichnen, die sich nur durch irrtümliche Information des Herrn Erzbischofs von Freiburg erklären läßt." Die Auffassung, daß das Rundschreiben der

1) s. KV, 3. Okt. 1900, Nr. 893

2) s. KV, 4. Okt. 1900, Nr. 896

3) KV, 10. Okt. 1900, Nr. 915

preußischen Bischöfe gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet sei, wurde, wie die KV behauptete, "von mehreren preußischen Bischöfen entschieden abgelehnt". Wenn jedoch "die Konfessionelle Organisation des gesamten katholischen Arbeiterstandes als der einzig richtige Weg geseigt werden" sollte, so könne man nur sagen: "dieser Weg ist nicht gangbar."

Die etwas harte Antwort der KV gegenüber dem Erzbischof von Freiburg hatte zur Folge, daß man diese Angriffe in manchen katholischen Tageszeitungen für sehr bedauerlich erklärte. Die KV entgegnete dazu, daß nicht sie, sondern der Erzbischöfliche Erlaß die "Diskussion begonnen" hätte. Sie ging dann auf die Aufgaben der katholischen Presse ein und fragte, ob diese nur das Recht habe zu loben, dann verdiene sie nicht, daß sie existiere. "Wenn jenals, waren wir diesmal von unserer Pflicht durchdrungen, ein offenes Wort zu sprechen."²⁾

Die KV war jedoch bald des Streitens müde. So schrieb sie am 29. Oktober 1900: "Die katholische Presse könnte, soweit es um ihren engeren Leserkreis sich handelt, diese Erörterungen einstellen, nachdem sie nahezu einmütig dahin sich geäußert hatte, daß die Fuldaer Kundgebung gegen die christlichen Gewerkschaften als solche sich nicht gewendet hat und sich nicht hat wenden können, daß die Stellung der katholischen Sozialpolitiker zu diesen Gewerkschaften unveränderlich bleiben wird, und daß nichts die katholischen Arbeiter hindern kann, diesen Gewerkschaften beizutreten und die Förderung ihrer Aufgaben sich angelegen sein zu lassen."³⁾ Dies fand sie durch die Erklärung des Freiburger Erzbischofs bestätigt, der inzwischen gesagt hatte, daß er die christlichen Gewerkschaften nicht ablehnen wolle.⁴⁾

Aber gerade in diesem Moment begann der Streit. Die Berliner Zeitung "Germania", die wohl das Pastorale⁵⁾ wie

1) KV, 12. Okt. 1900, Nr. 962; 13. Okt. 1900, Nr. 963; 14. Okt. 1900, Nr. 964

2) KV, 24. Okt. 1900, Nr. 963

3) KV, 29. Okt. 1900, Nr. 979

4) s. KV, 2. Nov. 1900, Nr. 990

5) s. "Germania", 3. Okt. 1900, Nr. 227, I. Bl.

auch den Treiburger Erlaß¹⁾ abgedruckt, es aber bisher vermieden hatte, irgendwie einen Kommentar dazu zu geben, schrieb am 1. November 1900: "Wir haben an der öffentlichen Diskussion über diese oberhirtlichen Kundgebungen bisher und deshalb nicht beteiligt, weil wir den Zeitpunkt für eine sachliche und ruhige Diskussion abwarten zu sollen glaubten. Dieser Zeitpunkt scheint uns jetzt gekommen zu sein." In diesem Leitartikel der "Germania", der angeblich von Max v. Seyditz geschrieben worden war, wie die KV später feststellte²⁾, wurde erklärt, daß das Pastoreale sich gegen die Bestrebungen richte, "die Behandlung wirtschaftlicher Fragen auf eine religionslose Basis zu stellen und dann die Rücksicht auf christlich-ethische Grundsätze auszuschließen." Aber die bischöfliche Kundgebung habe keine "eingeübte Gefahr in sich." "Wer kann denn in Abrede stellen, daß in neuerer Zeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht nur im allgemeinen, sondern auch in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften tatsächlich bedauerliche Bestrebungen schärfer hervorgetreten sind, welche nicht darauf abzielen, die christlichen Grundsätze der Gewerkschaften auszubauen, ... sondern welche, um mit den Worten des Fuldaer Pastoreals zu reden, 'unter dem Scheine einer kraftlosen natürlichen Religion die Grundsätze des katholischen Glaubens aus den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter verbannen wollen'". In ihren weiteren Ausführungen beklagte sich die "Germania" über die Behandlung der bischöflichen Erlasse und wandte sich direkt gegen die KV, "welche", wie die "Germania" schrieb, "bedauerlicherweise die Führung in der Polemik gegen die bischöflichen Kundgebungen und damit zugleich eine Irreführung übernommen hat, die sowohl in sachlicher Beziehung als auch wegen ihres das katholisch-kirchliche Autoritätsgefühl tief verletzenden Weise ... unsererseits ebenfalls einen offenen und entschiedenen Protest herausfordert." Gerade die KV habe am 22. Juni 1900 (Nr. 564) völlig neutrale Gewerkschafter empfohlen und dadurch, daß die christlichen Gewerkschaften durch das Fuldaer Pastoreale vor dieser Auffassung gewarnt worden seien, habe man sich

1) s. "Germania", 17. Okt. 1900, Nr. 239

2) s. KV, 15. Nov. 1900, Nr. 1034

auf den christlichen Charakter "wieder besonnen", was einige Entschließungen und Verlautbarungen der christlichen Gewerkschaften beweisen würden. Man könne jedoch nicht verstehen, daß die KV jetzt versuche, "das Fuldaer Pastorale unazudeuten und den Erlaß des Erzbischofs von Freiburg gar mit 'schmerzlichem Bedauern' und Entrüstung" zurckweise. "Das Bedauern sollte für die Köln. Volksztg. nach der wirklichen Lage der Dinge eher über das eigene Verschulden durch die Befürwortung der Bestrebungen einer religiösen Neutralisierung der christlichen Gewerkschaften sich geltend machen."¹⁾ Mit diesem Leitartikel begann der publizistische Streit zwischen M.-Gladbach und Berlin.

Die KV antwortete bereits am nächsten Tag auf die Herausforderung der "Germania", indem sie darauf aufmerksam machte, daß "bisher vor allem in Organen des Scharfmacher-tums, der Sozialdemokratie und des Romhasses ... denen das so in den Kram pate", erklärt worden sei, was auch die "Germania" jetzt vertrete, daß "die Fuldaer und die Freiburger Kundgebung sich deckten ... " "Die 'Germania' wird übrigens den Freiburger Erlaß jetzt auch gegen den Herrn Erzbischof in Freiburg selbst in Betracht nehmen müssen, nachdem dieser inzwischen bereits dem christlichen Gewerkverein in Mannheim erklärt hat, daß er die christlichen Gewerkschaften als unabhanglich gelten lasse." Wenn die "Germania" der KV "Verhaltens-gen" mache, so stehe ihr dies nicht zu.²⁾ Aber die "Germania" wies noch einmal darauf hin, daß die KV die religiös völlig neutralen Gewerkschaften am 22. Juni proklamiert habe und daß der Erlaß des Freiburger Bischofs gegen diese christlichen Gewerkschaften Stellung genommen hätten.³⁾

Nachdem man sich anfangs um die Neutralität der christlichen Gewerkschaften, d.h. um das Problem, wieweit der eigenständige wirtschaftliche Bereich reicht, den die Gewerkschaften gesamtlich beherrschen sollten, wurde nun der KV die Frage nach der Haltung des christlichen Gewerkschafts

1) "Germania", 1. Nov. 1900, Nr. 252

2) KV, 2. Nov. 1900, Nr. 99

3) s. "Germania", 4. Nov. 1900 Nr. 254

aufgeworfen. In einer Zuschrift eines "hervorragenden katholischen Sozialpolitikers", mit dessen Meinung die KV sich identifizierte, wurde erklärt: "Die Gewerkschaften sind eben 'Verkaufsgenossenschaften' zur Besserung der Wertung ihrer 'Ware' Arbeitskraft und handeln dabei in gleicher Weise, wie die Kartelle und Syndikate der Arbeitgeber, die ihre Ware notfalls genossenschaftlich verkaufen." Andererseits wurde zugleich betont, daß die christlichen Gewerkschaften "in der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen auf den christlichen Grundsätzen zu fußen gewillt sind."¹⁾ Eine Antwort der "Berliner" erfolgte zu dieser Zeit auf derartige Probleme nicht.

Es schien, als wenn die "Germania" den 8-tägigen Streit mit der KV schon wieder beenden wollte. Unter der Überschrift "Ein Wort zur Verständigung" wurden "allgemeine Ziele der Arbeiterbewegung" aufgestellt. Dabei wurde gesagt, daß 1. die Arbeiterbewegung "als positive Religion zur Grundlage haben und die Anwendung des christlichen Gittengesetzes auf die Lebensfragen gewährleisten" müsse. 2. solle der gewerkschaftliche Zusammenschluß "als Korrelat nach unten insbesondere zur Vermittlung von Arbeitgeber und -nehmer in den Einigungsstellen" dienen. Weitere Ziele seien: 3. Wohlfahrtsrichtungen, 4. Weiterbildung und geistige Ausbildung, 5. "gesignete Unterhaltung". Zur Erreichung dieser Ziele gebe es zwei Wege der organisierten Verwirklichung: durch Arbeitervereine oder durch christliche Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften wurden jedoch, so meinte die "Germania", wenn sie die Ziele immer im Auge behielten, einmal dasselbe werden, was heute die Arbeitervereine schon sind. "Eine wirksame Förderung der angegebenen Ziele" könne man erreichen, wenn "ein bestehender 'Verein' mit etwa neben ihm bestehenden 'Gewerkschaften' zu einer Organisation ... verschmolzen" werde.²⁾ Mit diesem Vorschlag "zur Verständigung", der natürlich nicht anders als das von Frau v. Savigny immer vertretene Programm der Reichstagsabstimmung war, brandete die "Germania" ihre Fäustel gegen die KV. Sie

1) KV, 5. Nov. 1900, Nr. 1000

2) "Germania", 8. November 1900, Nr. 257, III. Bl.

nahm wohl noch einige Male zum Gewerkschaftsstreit Stellung, wobei sie sich jedoch nicht mehr direkt gegen die KV oder ein Organ der "M.-Gladbacher" wandte, sondern gegen Meinungen in Zeitungen anderer Richtungen polemisierte.¹⁾ Im weiteren Verlauf des Gewerkschaftsstreites auf eine kommentarlose Berichterstattung.

Aber auch die KV gab sich Mühe, den Streit in ruhigere Bahnen zu lenken. Sie tat selbstverständlich bei allen Äußerungen der "Berliner", die den Ansichten der "M.-Gladbacher" widersprachen, ihre Meinung kund, schien aber doch anzunehmen, daß der Streit bald vergessen sein würde. Die wenigen Tage des Streits zwischen "Germania" und KV sollten jedoch der Anfang des Gewerkschaftsstreits sein.

Hier muß noch das Organ der christlichen Bergarbeiter "Der Bergknappe" erwähnt werden, der im Jahre 1900 unter den christlichen Arbeitern eine besondere Stellung einnahm, zu- erst noch ab April 1901 als "Zentralblatt der christlichen Bergarbeiter Deutschlands" (ab 1905 "Zentralblatt ...") herauskam. "Der Bergknappe" hatte sich immer Mühe gegeben, alle Probleme, die an die christlichen Gewerkschaften herantraten, seinen Lesern mitzuteilen, und in einer offenen, manchmal auch derben Art darüber zu diskutieren. Sein Einfluß entsprach jedoch nicht dem der KV oder der "Germania". Der Empfängerkreis, den "Der Bergknappe" erreichte, war immer noch christliche Bergarbeiter begrenzt. Aber da der Gewerkschaftsstreit gerade um das Verhalten der christlichen Gewerkschaften ging, muß dieses Organ hier eigens untersucht werden.

"Als in der "Germania" am 3. Juli 1900 (s. oben) zum ersten Male der Vorschlag gemacht wurde, konfessionelle Gewerkschaften zu gründen, erklärte "Der Bergknappe" in der ihm eigenen Ausdrucksweise: "Ganz paßf waren wir aber ... in der 'Germania' - Berlin auf einmal die Frage aufgeworfen zu finden, ob es sich nicht empfehle, spezifisch katholische Arbeiterorganisationen zu schaffen ... Da kennt man

¹⁾ z.B. "Berliner Zeitung", 1900, Nr. 526

aber die christlichen Arbeiter noch zu wenig : Wie sie in den sogenannten freien Gewerkschaften nicht von der Sozialdemokratie bevormundet und ausgenutzt werden wollen, lehnen sie solches auch in konfessionellen Gewerkschaften ab, wozu diese zweifellos führen würden."¹⁾

Das Verhalten des "Bergknappen" nach Erscheinen des Pastoralen unterschied sich wesentlich von dem der KV. Während die KV im Oktober 1900 noch erklärt hatte, daß im Pastoralen keinerlei Anspielungen auf die christlichen Gewerkschaften gemacht worden seien, schrieb "Der Bergknappe": "Daß mit den religiös-neutralen Neuschöpfungen (aus Pastoral d. Verf.) die auch von uns zu erstrebenden neutralen Gewerkschaften, .. gemeint sind, liegt so klar auf der Hand, wie nur möglich." Würden die katholischen Arbeitervereine allein auf sich angewiesen sein und ohne die den Vereinen nicht "angehörigen Gewerkschaften, welche aus dem christlichen Konfession wirken, sehe es schlimm mit der Arbeitersache aus." "Der Bergknappe" bedauerte, "daß die Herren Bischöfe keinen ungeliebten Schritt gegen die christlichen Gewerkschaften unternommen haben." Aber die vielen anderen wichtigen "Amtsbeziehungen" des Episkopats würden die Bischöfe daran hindern, sich einen "tiefen Einblick" in die Arbeiterverhältnisse zu verschaffen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung werde man nicht mehr aufhalten können.²⁾

Nachdem die katholischen Mitglieder des Zentralvorstandes des christlichen Gewerksbundes der Arbeiter Deutschlands in einer Erklärung sich dafür ausgesprochen hatten, daß man bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen auf den Grundsätzen des Christentums fußen wolle und man "niemals einer Lösung ... zustimmen werde, welche gegen die christlichen Gesetze der Gerechtigkeit und Moral verstößt", äußerte "Der Bergknappe": "Wenn wir uns nun religiös-neutrale Gewerkschaften nennen - wenn man wortklauben will, hieße es besser konfessionell-neutrale Gewerkschaften - so ist damit noch keineswegs gesagt, daß wir bei unserer Tätigkeit als

1) "Der Bergknappe" 7. Juli 1900, Nr. 27

2) s. "Der Bergknappe", 13. Okt. 1900, Nr. 41

Gewerkschaft unsere christlichen oder katholischen Grundsätze außer acht lassen. In der Behandlung der sozialen Frage kommen die Anschauungen der sonst getrennten katholischen und evangelischen Religion wesentlich überein, wie die Lehren der Nationalökonomien beider Konfessionen dartun." Da man ja in konfessionellen Vereinen die religiösen Fragen erörtern könne, genüge es, "wenn wir uns christliche Gewerkschaften nennen und in denselben die allgemeinen christlichen Grundsätze hochhalten, was unsererseits geschieht. Man beweise uns das Gegenteil!"¹⁾

Aber in seiner freimütigen Sprache ging "Der Bergknappe" noch weiter. Eine Ähnlichkeit zwischen der Artikelreihe vom Mai 1899 im "Märkischen Kirchenblatt", deren Autor Ehrh. v. Savigny ("der Herr ist mehrfacher Millionär und hat eine besondere Vorliebe für Sozialpolitik". Er schwärme für die Arbeitervereine und gebe sein Geld dafür, schrieb "Der Bergknappe"²⁾) war, und dem Pastorale der Bischöfe wurde festgestellt. Dabei wurde die Vermutung ausgesprochen, daß Papst Leo XIII. "erst wenn bestimmte faßbare Tatsachen" vorgekommen wären, eine Erklärung abgegeben hätte. Die Äußerungen der Bischöfe über die Interkonfessionalität der Gewerkschaften bemerkte "Der Bergknappe", daß die Herren Bischöfe "nicht zuständig" seien, "über diese abzuurteilen". Und als der Erzbischof von Freiburg sich gar direkt gegen die christlichen Gewerkschaften wandte, hieß es in "Der Bergknappe": "... wir sind vor der Autorität und dem hohen Amt desselben (Erzbischof Nörber, d. Verf.) nochmals, dieses Urteil ist für uns durchaus nicht bindend; wir haben keine Kompetenz, weil wir interkonfessionelle Gewerkschaften haben. Wir können da nicht folgen."³⁾

Diese Leitartikel des "Bergknappen", die seit dem Bekanntwerden des Pastorale in laufender Folge erschienen, waren überschrieben: "Die Gegner der christlichen Gewerk-

1) "Der Bergknappe", 1. Nov. 1900, Nr. 42

2) "Der Bergknappe", 1. Nov. 1900, Nr. 42

3) "Der Bergknappe", 3. Nov. 1900, Nr. 44

schaften im eigenen Lager". Außer dem Berliner Föhr. v. Savigny wurden hier besonders die Redakteure Arens und Fußangel und der Pfarrer Driessen aus Essen angegriffen, welche die religiöse Neutralität der christlichen Gewerkschaften als fragwürdig bezeichnet hatten. Besonders erregt war "Der Bergknappe" darüber, daß Fußangel, ein Redakteur der "Westdeutschen Volkszeitung" (Hagen) versucht hatte, im Sauerland katholische Gewerkschaften zu gründen, was jedoch nie gelungen ist. Aber in die Fehde gegen diese "Mineure", wie "Der Bergknappe" sie nannte, wurden die Bischöfe mit hineingezogen, so daß manche Äußerungen diese dadurch verletzten, daß man ihren kirchlichen Charakter verlor. Die Bischöfe sahen in dem christlichen Gewerkschaften eine Gefahr für die Kirche, für, daß die proklamierte religiöse Neutralität ein Widersinn ist. So war das Verhalten des "Bergknappen" als Organ der größten christlichen Gewerkschaft mit ein Anlaß zum Streit. In der Öffentlichkeit der Katholiken haben jedoch die Worte des "Bergknappen" nicht viel gewogen, einmal, weil hier nur ein begrenzter Leserkreis angesprochen wurde, und zum anderen wußten selbst die Bergarbeiter, daß ihrem Redakteur, Brust, der ja auch nur ein Bergarbeiter war, die Einsicht in die Dinge fehlte, um sich mit theologischen Problemen befassen zu können. Da "Der Bergknappe" auch selbst nicht absehen konnte, daß er im Streit "das notwendige Maß überschritten" habe, wobei er sich damit entschuldigte, daß eben nur "ein einfacher Arbeiter" der Verfasser gewesen sei.¹⁾

Nachdem nun der Gewerkschaftsstreit zwischen den beiden großen Tageszeitungen der KV und der "Germania" eröffnet worden war und nachdem die "Germania" verhältnismäßig schnell ihre Polemik gegen die KV aufgenommen hatte, war die KV zu einem gleichen Schritt veranlaßt, begann man im Jahre 1901 auf Berliner Seite unter der katholischen Arbeiterschaft den Kampf um katholische Gewerkschaften vorzubereiten. Führend in diesen Bestrebungen war das Organ des Verbandes katholischer Arbeiter in Preußen, "Der Arbeiter" (Sitz Berlin). In einem Bericht über

1) "Der Bergknappe", 10. Nov. 1900, Nr. 45

den Krefelder Kongreß der christlichen Gewerkschaften, auf dem entschieden wurde, daß man sich immer nach den Grundsätzen des Christentums richten wolle, es aber zu Streitigkeiten mit Wieber, dem Führer der christlichen Metallarbeiter, kam, erklärte "Der Arbeiter": "Es hat also tatsächlich der III. Kongreß sich gegen den positiv christlichen Charakter der Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen und für die neutrale Bewegung sich entschieden." Der ganze Bericht war so gehalten, daß der Leser den Eindruck haben mußte, die christlichen Gewerkschaften seien in religiösen Dingen völlig indifferent. Noch nicht einmal die Resolution hatte man im "Arbeiter" abgedruckt.¹⁾ Eine Woche später schrieb "Der Arbeiter" unter der Überschrift "Welcher Weg?" "Jetzt, nachdem die sogenannte christliche Gewerkschaftsbewegung ... auf eine schiefe Ebene geraten ist, welche sie früher oder später zur Sozialdemokratie gleiten läßt, kann man es den Leitern konfessioneller Arbeitervereine und vor allen Dingen doch uns Gewerkschaftlern, die wir mit dem katholischen Arbeitervereinen in inniger Verbindung stehen, nicht verdenken, wenn wir gegen diese Auffassung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses entschieden Protest machen." Es sei Pflicht, die Arbeiter "vor Gewerkschaften zu warnen, welche das Wort 'christlich' tatsächlich nur als Aushängeschild benutzen, um Gimpel zu fangen." Wenn vom Berliner Verband empfohlen werde, den christlichen Gewerkschaften beizutreten, so sollten die Arbeiter noch darauf achten, daß diese "auf dem Boden des positiv-christlichen Bekenntnisses" stehen und sich vor dem sogenannten "Neutralen" hüten; denn "neutral ist nur der Teufel".²⁾

Um zu beweisen, daß eine religiös neutrale Gewerkschaft ein Unding sei und daß nur konfessionelle Gewerkschaften "die auf derselben christlichen Grundlage aufgebaut sind, auf der auch die katholischen Arbeitervereine stehen, möglich seien"³⁾, ging "Der Arbeiter" dazu über, zu

1) s. "Der Arbeiter", 2. Juni 1901, Nr.22

2) "Der Arbeiter", 9. Juni 1901, Nr.23

3) "Der Arbeiter", 11. Aug. 1901, Nr.32

zählen, welches religiöses Bekenntnis man davon (nach Bekenntnis-
halt als protestantischen Arbeitern einrechnet. Man sollte sich
auch in katholische Gewerkschaften "bekenntnistreue evange-
lische Arbeiter" aufnehmen, "— konzentriert in London, wo
die Protestanten die Mehrheit bilden," denn bekann-
"Der Arbeiter" andererseits "in West- und Ostdeutschland
bilden dieselben (evangelische Arbeiter, d. Verf.) aber
nicht nur die Mehrheit, sondern man kann hier, ohne sich
einer Unrechtheit schuldig zu machen, auch sagen, sie sind
zu 95 %, wenn nicht Sozialdemokraten, so doch Ungläubi-
ge."1)

Die Gegnerschaft der evangelischen Kirchen gegenüber
der katholischen Kirche vor den "Berlinern" die Folgerichtigkeit
zu zeigen, daß eine konfessionelle Abgrenzung auch in Gewerk-
schaften nicht möglich sei, weil es "den Wesen des Pro-
testantismus entspricht", daß dieser in der katholischen
Kirche einen Feind sehe (vgl. d. III b).²⁾ Man sah hierin
einen wesentlichen Grund dafür, die Arbeiterräte nach
Konfessionen zu scheitern und die interkonfessionelle ge-
werkschaftliche Zusammenarbeit abzulehnen. Jedoch haben in
den späteren Jahren des Gewerkschaftsstreiks die "Berliner"
diese Meinung in ihrer Kraft nicht mehr vertreten (vgl.
C III b).

Der Fragenkreis um die Gültigkeit einer standischen
Ordnung ist bisher in dieser Darstellung noch nicht erwähnt
worden. Er wurde zwar nur in kurzgefaßtem in Gewerk-
schaftsstreiks am Rande genannt; jedoch ist zu bemerken,
daß alles, was die Minister zwischen M.-Gladbach und Ber-
lin vierzehn Jahre lang zum Streit hatte, gleich in den
ersten Monaten zur Sprache kam. Die "Berliner" anerkannten
die Wirklichkeit der Klassen-Gesellschaft nicht in dem Maße
an, wie man es in M.-Gladbach tat. Sie sahen in der Klas-
sengesellschaft immer noch einen Organismus und erklärten
deshalb, daß, wenn man fordere, was einem gebühre, man die
anderen nicht verdrängen dürfe, was recht und billig ist, und

1) "Der Arbeiter", 29. Sept. 1901, Nr. 39

2) s. "Der Arbeiter", 20. Okt. 1901, Nr. 42

meinten damit, daß die herrschaftsständische Rangordnung, die ja durch die Klassengesellschaft in die Brüche gegangen war, wieder aufgerichtet werden müsse.¹⁾ Aber auf M.-Gladbacher Seite hatte man für diese ständische Ordnung kein Verständnis und hielt sie für verfehlt, was in der Besprechung einer Schrift von Kempel deutlich wurde.²⁾³⁾

Während besonders die WAZ auf M.-Gladbacher Seite oft die englische Trade Union als Vorbild für eine interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung anführte, machte "Der Arbeiter" deutlich, daß die christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht den Erfolg habe, den man von ihr erwartet hätte. Besonders seien die Forderungen bezüglich der Einschränkung der Kinderarbeit nicht erfüllt worden. Jetzt gehe man deshalb in England dazu über, aus Kreisen der Gewerkschaft eine Arbeiterpartei zu gründen, was jedoch zu einem großen Nachteil für das politische Leben in England werden könne. Es lag ihr die "Berliner" nahe, einen Seitenblick auf die deutschen Verhältnisse zu werfen und die Befürchtung auszusprechen, daß aus den christlichen Gewerkschaften sich auch einmal eine eigene Partei bilden könne, die dann ein Konkurrenzunternehmen zur Zentrumspartei wäre.⁴⁾

Am Anfang des Jahres 1902 griffen die "M.-Gladbacher", die während des Jahres 1901 eine Polemik mit Berlin tunlichst vermieden hatten, den Streit wieder auf. Prof. Einig hatte in einer in Trier erscheinenden Zeitschrift, "Pastor bonus",⁶⁾ erklärt, man dürfe, wenn "Exegesen" zu bischöflichen Verlautbarungen - er nannte dabei auch das Pastorale - in der katholischen Presse geschrieben werden, dies nicht Laien überlassen. Die KV meinte, daß man sie damit angesprochen habe, und befürchtete, "daß hier die freie Meinungsäußerung der katholischen Presse in unzulässiger Weise beschränkt werden soll". Man habe auf M.-Gladbacher Seite nie

1) s. "Der Arbeiter", 23. Juli 1901, Nr. 25

2) Kempel, Franz, Die christlichen Gewerkschaftsbewegungen. Mainz 1901

3) s. KV, 26. Nov. 1900, Nr. 1072

4) s. "Der Arbeiter", 6. Apr. 1902, Nr. 14

5) Einig, Eugen, 1876-1900, Predigten in Trier, Herausg. der Zeitschrift "Pastor bonus", gegr. 1888, Trier

6) s. "Pastor bonus", 1. März 1902, Heft 6

beansprucht, eine "authentische Exegese des Pastorale zu geben, hielt sich aber verpflichtet, gegenüber liberalen und sozialdemokratischen Ausdeutungen ..., zu bestreiten, daß aus dem Pastorale eine den christlichen Gewerkschaften feindliche Absicht gefolgert" werden müsse, was im übrigen "den vollen Beifall derjenigen Kreise des evangel. Bunde", über deren Auffassung die KV antworteten sei.¹⁾ Einige Tage später schloß sich daran eine Diskussion gegen die "Evangelische Landeszeitung" an, die der KV ähnliche Vorwürfe machte, zum Teil aber auch fehlerhafte Behauptungen aufstellte.²⁾

Auch die WAZ trat jetzt aus der bisher geübten Zurückhaltung heraus und griff den Streit gegen die "Evangelische Landeszeitung" auf. In dieser Tageszeitung war behauptet worden, die interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung sei aus religiösen "Halbheiten" geboren und die "Berliner" wollten diesen "Halbheiten" ein Ende bereiten. Die WAZ entgegnete darauf, daß es sich hier um "Entscheidungen eines Redaktionsdirektors" handele.³⁾

Als jedoch im April 1902 die Berliner Satzungen für die Fachabteilungen bekannt wurden, an denen die Berliner Arbeitervereine auch einen großen Anteil hatten, schrieb die WAZ: "Die Satzungen entsprechen zum Teil den Bestimmungen, welche vor etwa 10 Jahren den evangelischen Arbeitervereinen wurden als 'Verstufe' für die gewerkschaftliche Organisation. Würden dieselben in diesem Sinne gehandhabt, um die vielfach noch unelaborierten Arbeiter in der evangelischen Bewegung Ostpreußens und Schlesiens für die gewerkschaftliche Bewegung zu schulen und vorzubilden, so könnte man nichts dagegen einwenden." Leider wolle man aber durch die Fachabteilungen die gewerkschaftliche Organisation erreichen, im übrigen atme das Statut "eine Kindermädchen- und Bevormundungspolitik", weil hier alles im "Einvernehmen" mit den

1) s. KV, 13. März 1902, Nr. 234

2) s. KV, 20. März 1902, Nr. 238, 26. März 1902, Nr. 244

3) s. WAZ, 22. März 1902, Nr. 12

berücksichtigung zu gewähren sollte, und so dass durch die in
viele dieser Forderungen werden kann. In der Begründung des
Satzungsvorschlags der "Berliner", die beruflichen Fachab-
teilungen für alle Mitglieder der Arbeitervereine und für
alle Vereine des Berliner Verbandes obligatorisch zu machen,
bemerkte die WAZ, daß damit ein friedliches Nebeneinander
von Fachabteilungen und gewerkschaftlichen Gewerkschaften nicht
mehr möglich sei.²⁾ Als aber später diese Bestimmung in der
überarbeiteten Satzung gestrichen wurde, gab die WAZ sich damit
zufrieden, wollte aber auf die "Berliner Herren" weiter
"aufpassen".³⁾ So kam bis zum September 1903 in den Organen
der M.-Gladbacher der Gewerkschaftsstreit kaum noch zur
Sprache.

Die "Berliner" nutzten diese Zeit zur Werbung für ihre
Fachabteilungen, indem sie die grundsätzlichen Fragen ihres
Programms im "Arbeiter" erörterten. Besonders in den Jahren
1902/04 wurde den Lesern des "Arbeiter" aus der Sicht der
"Berliner" das geboten, was das Wesen des Gewerkschafts-
streits ausmachte.

Dabei wurde gegenüber den christlichen Gewerkschaften
sowohl ein äußerlich versöhnlich scheinender Ton angeschla-
gen. Beispielsweise enthielt "Der Arbeiter" im Juni 1902, da
die ausgleichende Gerechtigkeit alle Stände, Klassen und In-
teressengruppen umfassen müsse, nur ja auch von Seiten der
christlichen Gewerkschaften oft genug gesagt worden sei.
Denn "Der Arbeiter" aber dabei schrieb: "Nimmt man aber zum
Ausgangspunkt des Handelns nicht die versöhnliche und ver-
söhnende, alle umfassende Idee, sondern einseitig die In-
teressenvvertretung der einzelnen Gruppen, so gelangen wir
notwendig zu einem alle Kreise schädigenden Gegensatz der
wirtschaftlichen Interessenten, und namentlich auch zur Auf-
lösung ... des Kontinums"⁴⁾, so konnten doch die Leser leicht
vermuten, daß dies bei allem Wohlwollen des "Arbeiter"

1) s. WAZ, 19. April 1902, Nr. 16

2) s. WAZ, 17. Mai 1902, Nr. 20

3) s. WAZ, 24. Mai 1902, Nr. 21

4) "Der Arbeiter", 11. Juni 1902, Nr. 22

gegenüber den christlichen Gewerkschaften im Grunde gegen sie gerichtet war; denn jeder Leser wußte, daß die "Interessenvertretung" besonders in wirtschaftlichen Fragen die Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften sein sollte.

Aber aus der scheinbaren Befürwortung eines friedlichen Nebeneinanders von Fachabteilungen und Gewerkschaften wurde im "Arbeiter" bald eine vollkommene Ablehnung der christlichen Gewerkschaften. Als die christlichen Gewerkschaften sich Ende 1902 an einigen kleineren Streiks beteiligten, erörterte "Der Arbeiter" die Frage, "inwieweit die Religion bei den wirtschaftlichen Fragen in Betracht" komme. Er kam zu dem Schluß, daß ein gesetzlicher Schutz "und eine lange vernachlässigte Kodifizierung des Arbeitsrechts nach christlichen Prinzipien" zur Lösung der Arbeiterfrage in erster Hinsicht notwendig sei. Andernfalls werde die Arbeiterschaft immer nach dem Mittel des Streiks greifen, wobei eine Prüfung der moralischen Erlaubtheit der Ausstände für katholische Arbeiter selbstverständlich nur mit Hilfe "derjenigen Instanz" vorgenommen werden müsse, "welche Gott selbst als unfehlbare Hirsin des göttlichen Satzungsrechtes eingesetzt und mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet" habe.¹⁾ Aber doch war am Anfang des Jahres 1903 immer noch eine gewisse Zurückhaltung im "Berliner" zu beobachten, die sich darin zeigte, daß man die Redner oder publizistischen Organe der "M.-Gladbacher" nicht direkt erwähnte.²⁾

Die WAZ und ebenso auch die Organe der christlichen Gewerkschaften ließen zu dieser Zeit den Streit vollkommen ruhen. Die Führer des Berliner Verbandes jedoch bemühten sich, in Süd- und Westdeutschland Geistliche für die Idee katholischer Gewerkschaften zu gewinnen.

Der Kampf wurde wieder in die Öffentlichkeit getragen, als die WAZ diese Bemühungen der "Berliner" im September 1903 als "Wühlereien" bezeichnete. Dazu sagte die WAZ, daß die "Berliner" machen sollten, was sich ihre Arbeitervereine

1) s. "Der Arbeiter", 4. Januar 1903, Nr. 1

2) s. "Der Arbeiter", 10. März 1903, Nr. 1

gefallen ließen, nur solle "man uns in Ruhe lassen".¹⁾ "Der Arbeiter" antwortete darauf zwei Wochen später, daß es immer das Bestreben des Berliner Verbandes sei, friedlich mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten und sich abzusprechen, und verwies auf den "Berliner Ausschuß für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten" und auf den bevorstehenden christlich-nationalen Arbeiterkongreß in Frankfurt a.M. (25./26. Oktober 1903), in denen die Berliner Vertreter mit den Abgeordneten der christlichen Gewerkschaften zusammen ihre Probleme behandeln und behandeln würden. Man wolle weiterhin den Weg der Verständigung gehen. Die WAZ hatte erklärt, daß 800 geistliche Präses der west- und süddeutschen Verbände mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung einverstanden seien. Darauf antwortete "Der Arbeiter": "Viele ja, die meisten dieser Herren wähnen, indem sie die 'christlichen' Gewerkschaftsbewegung unterstützen, genau das zu tun, was unser Verband bekämpft, nämlich als Seelsorger Wirtschaftsleben und Religion in ihrer Tätigkeit nebeneinander zu verbinden. Sollte ihnen das einmal nicht mehr gelingen, sollten sie durch eine nur gewerkschaftliche Organisation vom sozialen Gebiet in die Enge der Säkularität zurückgedrängt werden, dann werden dieselben Irthümer von der 'Westdeutschen Arbeiterzeitung' und ihren Freunden Rechenschaft fordern."²⁾ In dem folgenden Nummer stellte "Der Arbeiter" "einige prinzipielle Fragen an die Adresse der WAZ" über die Erlaubtheit des Streiks, den Charakter der Arbeit und die Autorität der Kirche in sozialpolitischen Dingen.

Da "Der Arbeiter" immer wieder darauf hinwies, daß man von Berliner Seite eine friedliche Koexistenz beider Richtungen wolle, beschränkte sich die WAZ darauf, darauf darzulegen, wie eine Einigung oder zumindest ein friedliches Nebeneinander möglich sei. Dies ging schon daraus hervor, daß die WAZ eine Artikelserie, in der die WAZ-Streits aufgerollt wurden, nicht unter ihrem eigenen Namen, sondern als eine Zuschrift eines "geistlichen Herren" unter dem bezeichnenden Pseudonym "Friedlieb" veröffentlichte.

1) WAZ, 12. Sept. 1903, Nr. 37, S. 149

2) "Der Arbeiter", 26. Sept. 1903, Nr. 38

Hierbei ging "Friedlieb" von der Frage aus, ob man dem Recht mit Macht und Gewalt zum Siege verhelfen müsse. Es verstehe sich von selbst, "daß Majorität", womit er die Bestrebungen der Arbeiterkoalition meinte, "in sich selbst nicht gleichbedeutend mit Recht ist und an und für sich auch nicht Recht erzeugen kann", solange man das Dasein Gottes als ein Faktum erkenne. Die christlichen Gewerkschaften wie auch die katholischen Gewerkschaften betrachten dies als letzte Norm des Rechts und wenden sich dagegen, daß man, wie in den freien Gewerkschaften, die Religion zur Privatsache mache und damit notwendigerweise die Form des Rechts als Majorität unterwerfe. Andererseits gäbe es aber Fragen, bei denen man nicht klar sagen könne, was Recht sei. "Friedlieb" fragte dazu, ob es denn "arg göttlich" wäre, wenn man die christlichen Gewerkschaften zusammenrufen und abstimmen würde. Er kam zu dem Schluß: "Da die christlichen Gewerkschaften das christliche Ethikgesetz als Grundlage des Rechts anerkennen und Fortbestand lassen, werden sie das Majoritäts-Prinzip doch in derselben Weise annehmen wie die katholischen Gewerkschaften, welche eine Bindung der beiden Richtungen möglich macht." ¹⁾ In zwei weiteren von "Friedlieb" verfaßter Leitartikel der WAZ wurden dann von dieser Ausgangsposition aus die Frage nach der Autorität der Kirche ²⁾, die Probleme der Zusammenarbeit mit evangelischen Christen ³⁾ und die Frage nach der sittlichen Erlaubtheit des Streiks ⁴⁾ erörtert.

Den Gedanken, daß das Recht durch die Macht geschützt werden müsse, griffen die "Berliner" auf. Sie wollten jedoch nur die Macht des Staates für den Schutz des Rechts zuständig sehen und hielten es für verfehlt, wenn man diese Aufgabe Arbeiterorganisationen überlasse. Da man die Hilfe von Staat und Kirche alle sozialen Ordnungen zerstören würden. ⁵⁾

Die Papstaudienz der "Berliner" am 22. März 1904 war der Anlaß zu einem großen Streit um die Äußerungen Pius' X. Die "Berliner" hatten in der "Germania" einen Bericht über diese

1) s. WAZ, 28. Nov. 1903, Nr. 48, S. 191

2) s. WAZ, 12. Dez. 1903, Nr. 50, S. 100

3) s. WAZ, 24. Dez. 1903, Nr. 52, S. 207

4) s. WAZ, 10. Jan. 1904, Nr. 3, 20. Jan. 1904, Nr. 10

5) s. "Der Arbeiter", 20. Dez. 1903, Nr. 151

Audienz gebracht, wonach der Papst das Programm der Fachabteilungsbezugnahme vollziehen sollte.¹⁾ Hier schaltete sich der "Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse" mit einer Resolution der Delegiertenversammlung vom 9. Mai 1904 in die Polemik ein. Dabei wurde den katholischen Zeitungen nahegelegt, daß sie für das Recht der katholischen Arbeiter, sich in organisatorischen Unterkommissionellen Gewerkschaften zu organisieren, zu stehen sollten. In einem Zirkular des Augustinus-Vereins, das gleichzeitig versandt wurde, stellte man nach einer Anfrage beim Vatikan fest, daß die Rede des Papstes nicht zu Protokoll gebracht worden sei und daß über den antihierarchischen Charakter dieser Rede keine genaue Auskunft gegeben werden könnte. Die WAZ fügte noch hinzu: "Den Berliner Herren ist natürlich von dem aus dem dringende Gut erlaubt worden, sich allen Ausbeutungen der Worte des Hl. Vaters zugunsten ihres Spezialprogrammes zu enthalten ..."²⁾. Auch "Der Arbeiter" veröffentlichte das Zirkular des "Augustinus-Vereins", hielt es aber für angebracht, noch einmal den angezweifelter Bericht aus der "Germania" abzu drucken.³⁾ Ein einschlägiges Ende fand dieser Abschnitt des Gewerkschaftsstreits erst mit der Erklärung des Vatikans in "Osservatore Romano" vom 23. Januar 1906 (s. A IV).

Am 17. April 1904 erschien zum ersten Male die zweiseitige Beilage "Der Arbeiter", das "Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen". Wie der Titel besagt, sollten hierin die besonderen Belange der Fachabteilungen behandelt werden. Aber später wurde oft auch im "Korrespondenzblatt" das gebracht, was genau so gut in "Arbeiter" selbst hätte stehen können.

Mit Beginn des Jahres 1905 brachte der Berliner Verband auch ein eigenes Führungsgesetz, "Der Arbeiterpreis", heraus, weil die in H.-Bladbach erscheinende "Berliner-Korrespondenz" für die Berliner Führer nicht mehr das bot, was der Programm dieses Verbandes entsprach. Auf dem direkten Verlangen des Ge-

1) s. "Germania", 27. März 1904, Nr. 71, II. Bl. "Der Arbeiter", 10. April 1904, Nr. 15

2) s. WAZ, 21. Mai 1904, Nr. 21

3) s. "Der Arbeiter", 22. Mai 1904, Nr. 21

werkschaftsstreits haben die Führungsorgane keinen Einfluß gehabt.

Der große Bergarbeiterstreik zu Beginn des Jahres 1905 an dem die christlichen Gewerkschaften führend beteiligt waren, hatte zwar mit dem Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken nichts zu tun, jedoch soll er hier erwähnt werden um an Hand einer sozialpolitischen Angelegenheit den Unterschied der beiden Richtungen darzulegen. In allen M.-Gladbacher Organen einschließlich der KV und ebenso der "Germania" waren nur die Streitfragen, um die es in dem Streik ging, dargelegt worden. Man hatte wohl dabei festgestellt, daß die Forderungen der Bergarbeiter zu Recht erhoben worden seien und man zur Beseitigung keinen anderen Ausweg als den Streik sehe, war aber zu diesen Aussagen durch eine Analyse der gegebenen Situationen gekommen.

"Der Arbeiter" hatte jedoch noch vor Beginn des Streiks erklärt, daß man mit einem Arbeitsausstand die öffentliche Ordnung untergraben würde. Dabei rief "Der Arbeiter" auf die Enzyklika "Rerum novarum" hin, "welche", wie er schrieb, "zweifellos und selbstverständlich die Streiksysteme verurteilt, das (Rerum novarum, S. 10) sogar als Staatsgewalt wiederholt gegen sie vorgeht und letzteren die Aufgabe zuweist, durch entsprechende Gesetzgebung die Rechte aller, insbesondere der Armen sicherzustellen."¹⁾ Nun ist aber in "Rerum novarum" der Streik an sich nicht verworfen worden. Dies schien dem "Arbeiter" auch bewußt zu sein, indem er das Wort "Streik" vermied und stattdessen "Streiksystem" gebrauchte. Die Leser des "Arbeiters", die sicher nicht diese Feinheiten der katholischen Lehre über den Streik, sollten aber offensichtlich damit meinen, daß die katholische Kirche den Streik verbiete.

Durch den Bergarbeiterstreik gerieten die "Berliner" in eine unhaltbare Lage. Einmal waren selbst alle deutschen Bischöfe auf der Seite der Bergarbeiter und halfen durch Spenden die Not der Streikenden zu lindern, was jedoch in

1) "Der Arbeiter", 1. Januar 1905, Nr. 1

den Organen der "Berliner" einfach nicht erwähnt wurde. Zum anderen wollten die "Berliner" die soziale Verantwortung allein dem Staat überlassen, der durch eine geeignete Gesetzgebung dem Streik zuvorkommen sollte. Dabei ist es aber gerade umgekehrt durch den Streik zu einem Anlaufen der Gesetzgebungsmaschine gekommen (s. C VI b 11).

In der "Allgemeinen Rundschau"¹⁾ wurden im Jahre 1905 von A.v.Sieben (Pseudonym) Vorschläge zur Einigung im Gewerkschaftsstreit gemacht.²⁾ Diese Vorschläge, in denen im wesentlichen ein friedliches Nebeneinander beider Organisationen befürwortet wurde, griffen die "M.-Gladbacher" auf, während die "Berliner" dazu schwiegen. V.Sieben wollte u.a., daß die christlichen Gewerkschaften sich statutarisch verpflichteten, ihre Mitglieder konfessionellen Arbeitervereinen zuzuführen. Dies wurde jedoch von der KV abgelehnt, da, wie die KV erklärte, beide Organisationen, die Vereine wie die Gewerkschaften, unabhängig voneinander sein müßten.³⁾ Die "Germania" war jedoch der Ansicht, daß diese Verpflichtung doch übernommen werden sollte.⁴⁾ Die "Berliner" versuchte sie zu vermitteln und bedauerte, daß ihre Bemühungen erfolglos waren.

Im Januar 1906 richtete "Der Arbeiter" eine eigene Rubrik zur Auseinandersetzung mit der KV ein mit der Überschrift: "Die KV. Stellung zur schon seitl. Versöhnung im katholischen Lager durch ihre einseitigen Berichte und Behauptungen dargestellt. Ist also ihr Verhalten in der Tat ein besonderes Verhalten rechtfertigt?" In der vorhergehenden Nummer hatte "Der Arbeiter" festgestellt, daß die KV vorläufig noch "in einzelnen Kreisen ein unverdientes Ansehen" genieße.⁶⁾ Aber Wesentliches kam hier nicht mehr zur Sprache.

Als am 30. Oktober 1906 Pius X. in einem Schreiben an Kardinal Fischer, den Erzbischof von Köln, gesagt hatte,

1) Allgemeine Rundschau, Nr. 33
"Allgemeine Rundschau",
s. KV, 19. Sept. 1905, Nr. 775
s. "Germania", 12. Okt. 1905, Nr. 235, II. Bl.
"Der Arbeiter", 28. Jan. 1904, Nr. 4
s. "Der Arbeiter", 21. Jan. 1906, Nr. 3

daß die Autorität der Kirche nur in den religiösen und sittlichen Fragen zuständig sei und "vollständige und uneingeschränkte Freiheit in denjenigen Angelegenheiten, welche die Religion nicht betreffen", obwalte (s. A IV), schrieb "Der Arbeiter" dazu, der Berliner Verband habe sich nach diesen Grundsätzen immer betätigt. "Daß die Arbeiterfrage nicht zu denjenigen Angelegenheiten gehört, welche die Religion nicht betreffen, vielmehr in sich ein mehrfaches Element enthält, ein religiöses, wirtschaftliches und politisches, braucht wohl in diesem Zusammenhang kaum noch einmal betont zu werden, ebensowenig, daß es deshalb für uns selbstverständlich ist, daß wir, soweit es sich bei ihrer Lösung um religiös-sittliche Fragen handelt, der Autorität des apostolischen Stuhles in christlichem Gehorsam folgen wollen."¹⁾ Dem Papst ging es aber hier darum, zu erklären, daß es einen eigenständigen Kultursachbereich gebe. Die "Berliner" hatten jedoch dafür, wie aus ihren Ausführungen hervorgeht, kaum Verständnis.

In den Jahren 1906 - 1908 wurde in den M.-Gladbacher Organen der Gewerkschaftsstreit nur sehr selten erwähnt. Die "Berliner" legten jedoch Ende 1906 mit einer fortlaufenden Reihe von Leitartikeln, die erst im Jahre 1908 zu Ende gingen, ihr ganzes Programm dar.

Ein wichtiges Ereignis für den weiteren Verlauf des Gewerkschaftsstreits war im Jahre 1908 der Züricher Kongreß der christlichen Gewerkschaftsführer, auf dem, wie oben erwähnt (s. A IV), einige unüberlegte Äußerungen gegen das Verhalten der holländischen Bischöfe gefallen waren. Der Jesuitenpater Heinrich Pesch²⁾ schrieb als Reaktion eine literarische Abhandlung in den "Stimmen aus Maria-Laach" zum Thema "Kirchliche Autorität und christliche Gewerkschaften". Er wies dabei die christlichen Gewerkschaften darauf hin, daß ihr eigenes Verhalten zur Genüge beweise, "wie sich das Prinzip des 'rein wirtschaftlichen' in der Praxis als unzulänglich und unbrauchbar" zeige; denn sie wollten sich ja

1) "Der Arbeiter", 2. Dez. 1906, Nr. 48

2) Pesch, Heinrich, 1854 - 1926, Sozialist, 1900ff.

von den sozialistischen Gewerkschaften unterscheiden und be-
wiesen damit, daß es hier um "Rücksichten der Weltanschau-
ung" gehe.¹⁾ Die christlichen Gewerkschaftler müßten die
Äußerungen von Zürich "nicht nur der Form sondern auch dem
Inhalt nach" zurücknehmen, weil die Kirche, "ohne sich selbst
aufzugeben", auch in Gewerkschaftsfragen auf die moralische
Leitung der Katholiken niemals verzichten könne. "In diesem
Sinne gibt es keine Trennung von Gesellschaft und Kirche."
Andererseits mische sich die Kirche nicht in "rein wirt-
schaftliche Dinge" und beanspruche "keineswegs, daß die Ge-
werkschaften den Charakter 'kirchlicher' Vereinigungen an-
nehmen und sich der direkten kirchlichen Leitung unterstel-
len."²⁾

Diese Ausführungen von Pesch hatten eine Kontroverse
in der KV zwischen ihm und dem christlichen Gewerkschaftsfüh-
rer Giesberts Mdr.³⁾ zur Folge. Giesberts wies in seiner Ant-
wort darauf hin, daß es sich hier nicht nur, wie Pesch an-
nehme, um "Mißverständnisse" handele, "sondern um zwei so-
zialwirtschaftliche Systeme, die erst auf ihre Güte und
Zweckmäßigkeit erprobt werden müssen, bis sich eine der bei-
den Richtungen zu einer Programmänderung verstehen wird."⁴⁾
Obwohl Giesberts es ablehnte, in eine "theoretische Diskus-
sion" einzutreten, stellte Pesch in seiner Antwort fest, daß
die christliche Gewerkschaftsbewegung doch immer "abhängig
vom göttlichen Sittengesetz" und damit auch von der "kirch-
lichen Autorität" bleibe. "Die praktischen, wirtschaftli-
chen, materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbe-
wegung beweisen noch keineswegs, daß durch dieselben keine
Güter höherer Ordnung gefährdet werden können, und wenn die
Interkonfessionalität sich auch auf die Grundsätze (Zurück-
weisung der kirchlichen Autorität) erstreckt, tatsächlich
geschädigt werden müssen."⁵⁾

Dazu entgegnete Giesberts einige Tage später, daß die
Anerkennung des christlichen Sittengesetzes und der kirch-

1) Pesch, Heinrich, Kirchliche Autorität und wirtsch.
Organisation, in: 'Stammen aus Maria-Laach', 75. Band,
Freiburg 1908, S. 418.

2) Pesch, a.a.O., S. 423/424.

3) Giesberts, Johannes,

4) Giesberts in: KV, 2. Nov. 1908, Nr. 943.

5) Pesch in: KV, 4. Nov. 1908, Nr. 948.

lichen Autorität für die christlichen Gewerkschaftler "eine solche Selbstverständlichkeit" sei, daß man "darüber gar nicht reden" würde. Giesberts sagte weiter: "Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen jede direkte oder indirekte Annahme verwahren, als beanspruchten wir eine Emanzipation von den Geboten Gottes und der Kirche."¹⁾ Es erschien darauf noch einmal eine Entgegnung von Pesch in der KV, die wiederum von Giesberts beantwortet wurde.²⁾ Die gesamte Kontroverse veröffentlichten Pesch und Giesberts später in je eigenen Broschüren.³⁾

Im Anschluß an die Audienz der M.-Gladbacher Arbeitervertreter beim Papst am 10. April 1909 (s. A IV) tauchte bei den "Berlinern" die Frage auf, weshalb man ihre Organisationen bekämpfe, da der Kölner Diözesanpräses vor Pius X. das gesagt habe, was vom "Sitz Berlin" immer vertreten worden sei. "Der Arbeiter" erklärte dazu weiter: "Die christlichen Gewerkschaften müssen wohl oder übel nunmehr die Konsequenzen für ihre Theorie und Praxis ziehen, die sie mit Notwendigkeit zum Programm der katholischen Berufsorganisationen hinführen. Etwas anderes wagen wir, weil es nach den in Rom feierlich abgegebenen Versicherungen geradezu ungeheuerlich wäre - vorläufig nicht anzunehmen."⁴⁾ Als die M.-Gladbacher Arbeiterführer, die an der Papstaudienz teilgenommen hatten, erklärten, daß der Papst auch eine Zusammenarbeit mit evangelischen Christen gebilligt habe⁵⁾, schrieb "Der Arbeiter", daß diese Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten auf wirtschaftlichem Gebiet immer zum Programm der "Berliner" gehört habe (s. C III b. 2).⁶⁾

Das Jahr 1910 begann man auf M.-Gladbacher Seite mit der Herausgabe einer neunseitigen Sondernummer der WAZ, die mit einer höheren Auflage erschien und in der alle Fragen des Gewerkschaftsstreits noch einmal gründlich besprochen wurden. Der publizistische Streit ging dann besonders um die Frage nach der sittlichen Erlaubtheit des Streiks. Auf der

1) Giesberts in: KV, 9. Nov. 1908, Nr. 963

2) s. KV, 16. Nov. 1908, Nr. 983; 23. Nov. 1908, Nr. 1020

3) s. Pesch, H., Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage, Trier 1908; Giesberts, J., Friede in Gewerkschaftsstreit? Köln 1909

4) "Der Arbeiter", 25. Apr. 1909, Nr. 17

5) s. KV, 27. Apr. 1909, Nr. 353

6) s. "Der Arbeiter", 9. Mai 1909, Nr. 19

Berliner Seite stand der Trierer Domkapitular Jakob Treitz, der im "Arbeiterpräses" unter dem Titel "Gedanken der Moraltheologen über die wirtschaftlichen Machtkämpfe" die Berliner Ansichten so darstellte, als wenn diese die einzigen von der katholischen Kirche gebilligten seien.¹⁾ Dagegen wandte sich besonders Professor Biederlack in der Zeitschrift "Katholische Theologie".²⁾ Aber die Kontroverse um die Erlaubtheit des Streiks soll in einem späteren Kapitel zusammenhängend dargestellt werden (s. C VI a u. b).

In den Jahren 1910/11 versuchten die "Berliner", die "M.-Gladbacher" des Modernismus zu verdächtigen. Dies geschah jedoch mehr methodisch als durch eine publizistische Aussage; denn es war nicht möglich, die "M.-Gladbacher" direkt als Modernisten zu bezeichnen, weil derartige Verurteilungen dem Lehramt der Kirche vorbehalten bleiben müßten. Die "Berliner" standen hier auf der Seite der Integralen, die mit ihrer weltweiten Organisation überall nach Modernisten suchten. Man gab sich auf Berliner Seite Mühe, die Beziehungen der "M.-Gladbacher" zu den von der Kirche verurteilten Organisationen oder zu späteren Modernisten aufzudecken. So wurde beispielsweise im Juni 1910 im "Arbeiter" darüber berichtet, daß Carl Sonnenschein, der damalige Herausgeber der M.-Gladbacher "Sozialen Studentenblätter", 1906 in Rom für Romulo Murri, der später als Modernist von der Kirche abfiel, und für dessen Organisation "Democrazia Christiana" geredet habe.³⁾ Gleichzeitig wurde die KV erwähnt, die damals darüber berichtet hatte.⁴⁾ Oder im Juli 1911 berichtete "Der Arbeiter", daß Dr. Kirsch, der bis 1910 geistlicher Redakteur und theologischer Berater bei der KV war, zum Altkatholizismus übergetreten sei. Dr. Kirsch habe noch z.Zt., als er bei der KV tätig war, erklärt, daß er niemals den Modernisteneid geschworen hätte.⁵⁾ Zuweilen wurden auch Äußerungen der KV zum Modernismus oder Inter-

-
- 1) s. "Der Arbeiterpräses" 1910, Heft 7
 - 2) "Katholische Theologie", Innsbruck 1910
 - 3) s. "Der Arbeiter", 19. Juni 1910, Nr. 25
 - 4) s. KV, 12. August 1906, Nr. 691
 - 5) s. "Der Arbeiter", 16. Juli 1911, Nr. 29

sterbliche Seele.¹⁾ In seinen weiteren Ausführungen kam Mausbach dann auf den Gewerkschaftsstreit zu sprechen, wobei er hervorhob, daß die Arbeit wohl einen "unendlichen Wert" besitze, im Arbeitsvertrag jedoch werde nur der wirtschaftliche Wert der Arbeit erfaßt (s. C V a 4).²⁾

Die "Berliner" erwiderten diese Ausführungen mit langen Abhandlungen im "Arbeiterpräses", ihrem Führungsorgan.³⁾

Von M.-Gladbacher Seite wurde jedoch die Polemik im Dezember 1910 beendet. Die WAZ schrieb im Anschluß an das Hirtenschreiben von Kardinal Fischer, dem Erzbischof von Köln, in dem gesagt wurde, daß die Kirche beiden Richtungen "gleichmäßig neutral" gegenüberstehe: "seine Eminenz hat durch sein neues Wort und durch die klare Berufung auf die unzweideutige Zustimmung des Hl. Vaters in einer leidigen Diskussion autoritativ den Schluß herbeigeführt. Für uns ist damit die Streitfrage endgültig erledigt und damit die Diskussion geschlossen."⁴⁾ Auch die KV erklärte sich mit diesem Entschluß einverstanden, bemerkte aber noch dazu: "Es ist sehr zu wünschen, daß im "Arbeiter", dem Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), eine entsprechende Erklärung erscheint. Damit werde dann die Bahn frei für eine Nebeneinander-Entwicklung beider Organisationen, einer jeden im Rahmen ihrer Kräfte."⁵⁾ Die "Berliner" setzten zwar ihre Dispute mit Mausbach und Biederlack in "Arbeiterpräses" fort, griffen aber keine neuen Probleme mehr auf.

Die Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz von 14. Dezember 1910 zum Gewerkschaftsstreit, die nur den Verbandsvorständen mitgeteilt worden waren (s. A IV), wurden weder von Berliner noch von M.-Gladbacher Seite genannt. "Der Arbeiter" sprach jedoch zwei Monate später die Vermutung aus,

1) Mausbach, J., aus: KV, 13. Aug. 1910, Nr. 676; s. auch 13. Aug. 1910, Nr. 677

2) s. KV, 14. Aug. 1910, Nr. 681

3) s. "Der Arbeiterpräses", 1910/1911, auch als Broschüre: Kritische Randbemerkungen zu den Professoren Mausbach und Biederlack, Berlin 1911

4) WAZ, 17. Dez. 1910, Nr. 51, S. 303

5) KV, 17. Dez. 1910, Nr. 1061

und nach dem 12. Februar 1910 der Gewerkschaftsstreit befaßt war, und wollte auf eine klare Beurteilung des Papstes.¹⁾

Der Ausgangspunkt des Gewerkschaftsstreits war das Jahr 1909. Es hatte auf beiden Seiten verhältnismäßig ruhig begonnen. Die "Berliner" erwähnten einige Male lobend die in-
ternationalen Zeitschriften "Klarheit und Wahrheit" (Kl. u. W.)²⁾
und "Österreichs katholisches Sonntagsblatt"³⁾ und verurteil-
ten gleichzeitig die Mißbilligung dieser Blätter durch die
K.V.⁴⁾

Der ungezettelte Bergarbeiterstreik zu Beginn des
Jahres 1910 bot keine Aussicht auf Erfolg bot, vor der gesamten deutschen
Öffentlichkeit ihr Verhalten zu rechtfertigen, zumal Prof.
die Fachabteilungen getan hätten.⁴⁾ Aber der für die Berg-

christlichen Gewerkschaften die Richtigkeit ihres Verhaltens
und stärkte in den christlichen Arbeitern das Bewußtsein,
daß ihre Gewerkschaften, wenn sie den Freien Gewerkschaften
gegenüber nicht unterlegen waren, großen Einfluß
auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse hatten.⁵⁾

Die Verabschiedung der Resolutionen der Bischofskonfe-
renz zu Anfang des Jahres 1910 erregte wenig Aufsehen.
Man hielt von der Katholischen Kirche das hier verhandelte
Grundsätze für selbstverständlich.⁶⁾ Von letzterer sollte
man sich gar nicht erwähnt, d. h. die päpstlichen von
Kardinal Merry del Val unterzeichneten Pfingsttelegramme
(s. A IV), die wenige Tage später bekannt wurden, boten den
"Berlinern" eine wesentlich günstigere Gelegenheit, ihre
Organisationen als die einzigen von der Kirche gebilligten
darzustellen. Es anzustellen, daß von Seiten des Papstes

1) s. "Der Arbeiter", 12. Febr. 1910, Nr. 7

2) s. "Der Arbeiter", 21. Januar 1912, Nr. 3

3) s. "Der Arbeiter", 25. Febr. 1912, Nr. 8

4) s. WAW, 30. März 1912, Nr. 13, S. 74/75; KV, 21. März
1912, Nr. 351

5) s. KV, 25. Febr. 1912, Nr. 10

6) s. KV, 15. April 1912, Nr. 332

"Das ist umso gemeiner, als bisher nicht einmal der Versuch gemacht wurde, eine kirchliche Verurteilung der offen religionsfeindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erzielen." Den Kampf gegen diese überlasse man aber den christlichen Gewerkschaften.¹⁾

Als später von Uditor Heiner im Namen des Vatikans erklärt wurde, daß die von den "Berlinern" veröffentlichte Antwort des Papstes an Pfarrer Beyer keinen authentischen Charakter habe, stellte die KV fest, daß, da in dem päpstlichen Telegramm an die "M.-Gladbacher" Ermahnungen ausgesprochen wurden, der Papst durch die Berliner Wortführer in Rom falsch informiert worden sei.²⁾

Die WAZ setzte sich aber noch genauer mit der Erklärung von Uditor Heiner auseinander und kam zu dem Schluß, daß diese Erklärung "unmöglich genügen" könne. Es sei "nicht einzusehen, warum" die von den deutschen Bischöfen als genügend angesehenen Garantien der christlichen Gewerkschaften "jetzt auf einmal in Rom nicht mehr genügen" sollten. Besonders sei es Msgr. Benigni, der mit "seiner skandalösen Correspondence de Rome" den Papst falsch unterrichtet habe.³⁾ In einem weiteren Leitartikel schilderte die WAZ "die Stimmung im Lande": "Die katholischen Arbeiter und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften verlangen unbedingte Ruhe in ihrer Arbeit. Das Wühlernest müsse aufgehoben werden. Der unerträglich quälende Zustand der Unsicherheit in der Gewerkschaftsfrage müsse endlich aufhören."⁴⁾

Die "Germania" wollte dem Streit, wie sie sagte, "durchaus objektiv" gegenüberstehen. Sie vermerkte deshalb genauestens alle Äußerungen sowohl von Berliner wie auch von M.-Gladbacher Seite, konnte jedoch nicht umhin, die "M.-Gladbacher" zu fragen, ob die Pfingsttelegramme "wirklich das Ergebnis einer Irreführung des Hl. Vater und seiner verantwortlichen Ratgeber" seien.⁵⁾ Dazu stellte die KV

1) s. "Der Bergknappe", 15. Juni 1912, Nr. 24

2) s. KV, 7. Juni 1910, Nr. 503

3) s. WAZ, 15. Juli 1912, Nr. 24, S. 139

4) WAZ, 15. Juni 1912, Nr. 24, S. 140

5) s. "Germania", 6. Juni 1912, Nr. 127, S. 111

fest, daß die "Neutralität" der "Germania" "nirgends ernst genommen" werde und man im übrigen beobachten könne, daß die "Germania" oft für die "Berliner" Partei ergreife.¹⁾

Die Polemik wurde auf M.-Gladbacher wie auch auf Berliner Seite abgebrochen, als der apostolische Nuntius Frühwirth dies im Namen des Papstes forderte und in Aussicht stellte, daß Pius X. "angemessene Verhaltensmaßregeln" in der Gewerkschaftsfrage geben wolle.²⁾ Man hoffte allgemein, daß "eine baldige Lösung" gefunden werde, "die dauernde Beruhigung schafft".³⁾

Das Schweigen um die Gewerkschaftsfrage wurde einige Male gebrochen, als die "M.-Gladbacher" sich gegen die Hetze der integralen Blätter wandten, wobei es aber vorwiegend um den Zentrumsstreit ging.⁴⁾

Die "Berliner" hielten die Erinnerung an den Gewerkschaftsstreit im Bewußtsein ihrer Leser wach, indem sie ab 21. Juli 1912 das an sie zu Pfingsten gerichtete Telegramm aus Rom im Fettdruck unter den Kopf des "Arbeiters" setzten.⁵⁾

Am 10. November 1912 wurde die päpstliche Enzyklika "Singulari quadam" (S.q.) veröffentlicht.⁶⁾ In der Abendausgabe der KV vom Tage zuvor, die jedoch auch am 10. November erst den Lesern zuging, erschien ein Kommentar zur Enzyklika, um, wie die KV schrieb, "das Verständnis der Enzyklika nach Möglichkeit" zu erleichtern "und deren Tragweite für die darin behandelten Fragen ins rechte Licht" zu stellen. In diesem Kommentar, der später von den "Berlinern" oft als "Gegen-Enzyklika" bezeichnet wurde, stellte die KV ausdrücklich fest, "daß nicht aus dem Inhalt der Enzyklika kein Grund zur Bounruhigung der beteiligten Organisationen. Aus der Enzyklika selbst geht klar hervor, daß die Bischöfe in ihrer überwiegenden Mehrheit gebe-

1) s. KV, 18. Juni 1912, Nr. 538

2) s. "Germania", 20. Juni 1912, Nr. 139, I. Bl.

3) KV, 19. Juni 1912, Nr. 542

4) s. KV, 21. Juli 1912, Nr. 600, I. Bl.

5) s. KV, 21. Juli 1912, Nr. 595

6) s. "Der Arbeiter", 21. Juli 1912, Nr. 29

7) s. "Germania", 10. November 1912, Nr. 259, I. Bl.; KV,

8) s. KV, 10. November 1912, Nr. 980

Bischöfe zur Enzyklika verlesen worden war, schrieb die WAZ: "Darin (Interpretation der Bischöfe, d.Verf.) wird den Ausdeutungen des päpstlichen Rundschreibens, wie sie der Verband 'Sitz Berlin' und seine Freunde beliebt haben, ein Ende gemacht." Die christlichen Gewerkschaften werden sich "in denselben Bahnen bewegen und ebenso ungehindert entfalten können wie bisher".¹⁾ Die "Berliner" nahmen jedoch von der Interpretation der Bischöfe keine Notiz.

Zu dieser Zeit mischte sich die integrale Zeitschrift des Grafen Oppersdorff,²⁾ "Klarheit und Wahrheit", die bisher im Streit. Hier wurde festgestellt, daß die Bischöfe nicht Stegerwald, der die Einheitliche Gewerkschaften in einem Sprachrohr" machen könnten. "Die ... Bischöfe haben - vielleicht - nur ihre Auffassung über einige strittige Punkte der Enzyklika dem Herrn Stegerwald zur Beruhigung mitgeteilt ..." Zu der Bemerkung Stegerwalds, daß einheitliche Grundsätze notwendig seien, erklärte "Klarheit und Wahrheit": "Und das ist gerade der Punkt wo die Trennung in konfessionelle Gewerkschaften zur praktischen Notwendigkeit werden dürfte, wo unter Umständen die noch so gut organisierten christlichen Gewerkschaften versagen, wenn ihre katholischen Mitglieder den Weisungen der Enzyklika folgen, katholisch bleiben wollen."³⁾

Damit begann der Streit im wesentlichen um die Autorität der Kirche, d.h. um die Autorität des Papstes. "Der Streit geht nicht bloß um die Verkürzung der Arbeitszeit, einer Erhöhung des Lohnes !.. es ist der Papst, um den letzten Endes der Streit tobt."⁴⁾

Diese Diskussion erreichte zu Beginn des Jahres 1914 ihren Höhepunkt. Im "Arbeiter" wurde im Anschluß an den

1) WAZ, 23. Nov. 1912, Nr. 48, S. 137; vgl. WAZ, 7. Dez. 1912, Nr. 49, S. 290; KV, 27. Nov. 1912, Nr. 1034; KV, 27. Nov. 1912, Nr. 1037.

2) Oppersdorff, H.G., Reichsgraf, geb. 1866

3) "Klarheit und Wahrheit", 3. Dezember 1912, Nr. 40, S. 40

4) "Der Arbeiter", 5. Januar 1913, Nr. 1

Die Frage nach der Eigenständigkeit der Kultursachge-
biete wurde in einem Aufsatz von "Klarheit und Wahrheit",
von Heinrich Heine, 1844, in der "Allgemeinen Literatur-
Zeitung", 1844, Nr. 10, S. 10, veröffentlicht. Heine sagt:
"Die Kirche hat die Aufgabe, die natürlichen Elemente in unsere
Kultur zu bringen, die sie zu geben." Diese moderne
Kultur, so wie sie Heine gesagt, "die wahre Erneue-
rung ist die geistlich profanen Gebieten des Denkens und
Handelns, in der Vermeidung einer Berührung mit den
Kirchen, die sie zu müssen." ... "Für diese innere
Kultur" schreiben "sich die genannten Männer (Julius
Fischer, der "Mr.-Gladbacher", d. Verf.) und ihre Anhänger
auf, die Kirche, die Kirche selber festgehaltenen Satz,
daß die Offenbarung gar nicht die Aufgabe
sei, in der Welt zu wirken, in den politisch, sozialen,
ökonomischen Dingen, sondern nur in der geistlichen Welt,
die sie vor diesen Satz erweisen, indem sie "jede von der
kirchlichen Autorität abgewandte Kirche und Kirche, die
auf der profanen Welt, die die Offenbarung
trägt, ... verurteilt, die Offenbarung als eine
"Berührung" der Offenbarung, die die Kirche aus-
drückt, "Nur die Offenbarung ist in der Welt, die
einander verbunden, ... Christus Gottheit und Menschheit
einander verbunden sind ...". Deshalb dürfe "die Auto-
nomie der einzelnen Gebiete der natürlichen Ordnung" nicht
als eine "absolute" gefaßt werden. Denn die Relation des
Natürlichen zum Übernatürlichen ist eine Relation der
Abhängigkeit aus, wobei die Offenbarung als "gemachte
Ordnung" erkannt werden müsse. Die natürliche Ordnung,
die von der Offenbarung gegeben ist, ist eine negative Norm, wogegen
die Offenbarung eine positive Norm zur Offenba-
rung ist. Wenn die "Berliner" die Verbindung des Natürli-
chen zum Übernatürlichen nicht preisgeben wollten, so

"Falsch wäre allerdings, sagen zu wollen: die kirchliche Autorität hätte nun gar nichts in sozialen und wirtschaftlichen Fragen hineinzureden," wurde von "M.-Gladbacher" andernorts auch gesagt: "Im O. 1903, Nr. 300. April, wird von der Gewerkschaften... Meinung von den christlichen Gewerkschaften nicht geteilt wird - 'der Streik sei immer und unter allen Umständen erlaubt', so hat zweifellos die kirchliche Autorität das Recht und sogar die Pflicht, das Unmoralische dieses Standpunktes zu betonen. Und da haben die christlichen Arbeiter selbstverständlich auch ohne weiteres die kirchliche Autorität anzuerkennen. Dagegen müssen wir für die wirtschaftlichen Vereinigungen für unsere christlichen Gewerkschaften innerhalb des sittlich und moralisch Erlaubten freie Bewegung fordern." ¹⁾ Deshalb erklärte die KV, daß "das grundlegende Verhältnis der Kirche zu den Gewerkschaften... der Lehrkompetenz" sei. ²⁾

Die Kirche habe die Aufgabe, erklärten die "M.-Gladbacher" mit den Worten von Bischof Ketteler, auf die Gesinnung der Menschen einzuwirken, "ohne welche alle Maßnahmen zur Besserung der sozialen Lage doch unwirksam bleiben". ³⁾

Mit der Frage nach der Autorität der Kirche verbanden die "M.-Gladbacher" die Frage nach der Stellung des Geistlichen in einer Gewerkschaft. Dabei wurde festgestellt, daß bei einem Streik, der "in Schöße des katholischen Arbeitervereines von der betreffenden Fachabteilung vorbereitet und geleitet" werde, "ohne weiteres der Geistliche", nach der Satzung der "Berliner" "als Parteiführer" gelte, "denn unter seiner verantwortlichen Leitung ist ja die ganze Bewegung entstanden." ⁴⁾

Die Auffassung, daß die Autorität der Kirche nicht direkten Einfluß auf die christlichen Gewerkschaften haben könne, fanden die "M.-Gladbacher" in der Enzyklika "Singu-

1) "Der Bergknappe", 21. Nov. 1903, Nr. 47; vgl. KV, 2. Dez. 1912, Nr. 1054

2) KV, 21. Dez. 1904, Nr. 1056

3) Ketteler nach WAZ, 25. Mai 1901, Nr. 2

4) WAZ, 17. Mai 1902, Nr. 20

die Bischöfe und auch der Papst die christlichen Gewerkschaften gebilligt haben (am 24. Jan. 1906) und zum anderen die "Verketzerung der beiden Richtungen" verboten worden sei.¹⁾ Außerdem hätten weder Schopen noch Oppersdorf noch die "Berliner" oder "Integralen" zu entscheiden, sondern nur allein die Bischöfe. Wenn man wie die "Berliner" andere Ansichten über die Autorität der Bischöfe habe und diese öffentlich proklamiere, so untergrabe man die Autorität gerade damit.²⁾ Ja, die "Berliner" würden nicht einmal davor zurückscheuen, die Autorität des Papstes zu mißbrauchen, indem sie ihr System als das vom Papst einzig gebilligte darstellen.³⁾

Andererseits fehlte es im Verlauf des Streits nicht an Erklärungen, der Autorität der Kirche, d.h. des Papstes und der Bischöfe, zu gehorchen. Selbst "Der Bergknappe" schrieb über die Bischöfe: "Ihnen bleibt bei allen die Ehrerbietung, Liebe und Hochachtung der katholischen Arbeiter bewahrt."⁴⁾

b) Die Berliner Richtung

Demgegenüber stellten die "Berliner" fest, da sie auch der Eigenständigkeit der Wirtschaft nicht die volle Bedeutung für die Gewerkschaften beinessen wollten, daß irgendwie eine Möglichkeit der direkten Einflußnahme der kirchlichen Autorität auf die Gewerkschaftsarbeit gewährleistet sein müsse.

"Insoweit die soziale Frage eine Rechtsfrage darstellt, gehört sie vor das Forum der weltlichen Autorität; insoweit aber Moralfragen der christlichen Gesellschaftslehre zur Entscheidung stehen, ist die Kirche kompetent"⁵⁾, schrieben die "Berliner" und hatten vorher schon einige Male gefragt, "wann überhaupt die kirchliche Autorität in der

1) s. KV, 11. Juni 1912, Nr. 516

2) KV, 25. Juni 1900, III. 520, 2. Jan. 1913, Nr. 1006; 27. Jan. 1914, Nr. 79; 28. Jan. 1914, Nr. 81

3) s. KV, 13. Juni 1912, Nr. 522; WAZ, 21. Mai 1904, Nr. 21, S. 83

4) "Der Bergknappe", 10. Nov. 1900, Nr. 45; vgl. "Germania", 20. Juni 1912, Nr. 138, I. Bl.

5) "Der Arbeiter", 28. Jan. 1906, Nr. 4

menschheitsbewegenden Fragen zur Rede gezogen werden" solle; "und zu welchem Zweck sie überhaupt eingesetzt worden" sei, wenn sie bei schwierigen Fragen der Moral entbehrt werden könne? "Was den Machtmitteln des Staates im Kulturkampf mißlang, das glückt auf dem Umwege der prinzipiellen autoritätslosen 'christlichen' Kampfesorganisationen", fügte "Der Arbeiter" bezeichnenderweise hinzu.¹⁾

Die Zeitschrift "Klarheit und Wahrheit" fragte, wie weit die Gewalt der Kirche reiche, und kommt zu dem Schluß: "... soweit das Gebiet der menschlichen Freiheit reicht, ebensoweit reicht das Gebiet der Möglichkeit einer Gefahr für das christliche Leben. Und soweit die Möglichkeit einer Gefahr für das christliche Leben in den rein weltlichen Angelegenheiten reicht, ebensoweit reicht auch der indirekte Einfluß der kirchlichen Gewalt."²⁾ Wenn hier vom indirekten Einfluß der Kirche die Rede war, so sahen dem gegenüber auch die christlichen Gewerkschaften durch die einzelnen Mitglieder eine Einflußmöglichkeit der Kirche, was jedoch den "Berlinern" nicht genügte.

Da die christlichen Gewerkschaften auf einen "religiös-sittlichen Regulator" verzichteten, indem sie der Kirche jede Einflußnahme auf die Organisation verbieten, schrieb "Der Arbeiter", sei "es ganz unmöglich, daß das einzelne Mitglied an die gewerkschaftlichen Maßnahmen beispielsweise vom Standpunkt des katholischen Christentum aus Stellung nehmen" könne.³⁾ An anderer Stelle hieß es: "Deshalb bestimmen die christlichen Gewerkschaften und ihre Freunde selbst, 'ob auf dem Gewerkschaftsgebiete' Moralvorschriften und kirchliche Gebote usw. existieren oder nicht; und das eigenmächtig zu verneinen, nehmen sie als ihr Recht in Anspruch - und wenn es dann keine Moralvorschriften und keine kirchlichen Vorschriften auf dem Gewerkschaftsgebiete

1) "Der Arbeiter", 27. Sept. 1903, Nr. 39

2) "Klarheit und Wahrheit", 14. Jan. 1910, Nr. 20, S. 280

3) "Der Arbeiter", 6. März 1910, Nr. 10

gibt - nun wohl, so verletzen eben die christlichen Gewerkschaften in ihrer Streikpraxis auch keine solchen Gesetze; und daher der Mut zu den Versicherungen der kirchlichen Treue gegen die Autorität und gegen die Forderungen des

In der jetzigen Zeit sei der Einfluß der Kirche ohnehin sehr gering, schrieb "Der Arbeiter", und wenn man weiter ginge, verweise man die Kirche nur noch in die Sakristei. Daher habe auch der Geistliche eine Aufgabe in der Gewerkschaftsbewegung. "Der Geistliche wird sich danach nicht in berufliche Angelegenheiten mischen, sondern ihm soll lediglich die Möglichkeit bewahrt bleiben, in Fragen der Moral und der Religion seine Meinung geltend zu machen, wenn er dies für nötig hält." Zu der Behauptung der "M.-Gladbacher", der Geistliche sei gleicherweise Seelsorger der Arbeiter wie der Arbeitgeber, wurde erklärt, daß gerade der Geistliche die Rechte der bedrückten Arbeiter wirksamer vertreten könne: " ... warum soll er nicht vermitteln helfen ? Ist nicht das Friedenstiften von jeher als eine der edelsten Aufgaben namentlich des Priesters aufgefaßt worden ? Wir erinnern nur an Kardinal Manning."²⁾

Selbstverständlich bezichtigten die "Berliner" in scharfen Formen die "M.-Gladbacher" des Ungehorsams gegenüber der kirchlichen Obrigkeit. In Bezug auf das Pastorale und die Enzyklika Rerum novarum, deren Grundsätze durch die Praxis der christlichen Gewerkschaften nicht beachtet wären, schrieb "Der Arbeiter": "Es mag für manche ja peinlich sein, daß man Hirtenschreiben nach ihrer Lektüre nicht in den Papierkorb wirft oder der Vergessenheit preisgibt, sondern ihre Verwirklichung als die Erfüllung einer unabweisbaren Pflicht anstrebt; solange es aber nun einmal Katholiken auf dieser Erde gibt, muß man sich schon auf die - Gefahr gefaßt machen, daß sie ihren Bischöfen zu gehorchen gewillt sind ... - Im übrigen möchten wir noch

1) "Der Arbeiter", 20. Febr. 1910, Nr. 8

2) "Der Arbeiter", 4. März 1902, Nr. 18; vgl. auch "Ger-

bemerken, daß auch der Verdacht der Kindernädchen- und Bevormundungspolitik schwerlich dazu angetan ist, das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern, das zwischen unseren Präsidien und den Arbeitern besteht."¹⁾ Einerseits lehne man von M.-Gladbacher Seite die Autorität der Kirche in gewerkschaftlichen Fragen ab, andererseits wolle man sie gegen "Berlin" verwenden und sich mit ihr rechtfertigen.²⁾

Nach Erscheinen der Enzyklika "Singulari quadam" versuchten die "Berliner, diese für sich auszulegen. Sie stellten fest, daß im grundsätzlichen Teil der Enzyklika die Gewerkschaften als Vereinigungen dargestellt werden, "die das Gebiet der Religion und der Sittlichkeit direkt und indirekt berühren." Außerdem seien nach Ansicht des "Arbeiters" "die soziale Frage und die damit verbundenen Streitfragen über Wesen und Dauer der Arbeit, die Lohnzahlung und der Arbeiterstreik vornehmlich religiöser und sittlicher Natur" und können "deshalb nicht mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden."³⁾ Deshalb sei besonders durch den Gewerkschaftsprozess erwiesen, daß es "den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern Katholiken und Nichtkatholiken ... mit der Ablehnung der Enzyklika "Singulari quadam" bitter ernst" sei und sie "mit vollem Vorbedacht ... insbesondere die Anwendung der von ihnen geforderten Vorsichtsmaßregeln und Bedingungen" verweigerten."⁴⁾

1) "Der Arbeiter", 27. Apr. 1902, Nr. 17

2) s. "Der Arbeiter", 12. Juli 1914, Nr. 28; "Klarheit und Wahrheit", 10. März 1913, Nr. 7, S. 51 f.

3) "Der Arbeiter", 28. Dez. 1913, Nr. 52

4) "Der Arbeiter", 4. Jan. 1914, Nr. 1

III. Das Verhältniß zum Protestantismus

Der Kulturkampf hatte in Bewußtsein der Katholiken wie auch der Protestanten eine Substanz zerbrochen, die man dringend zum Aufbau und zur Festigung des Staates und der Gesellschaft gebraucht hätte. Er war geführt worden zur Vernichtung der katholischen Kirche, hatte aber das Gegenteil erreicht. Der Liberalismus des Kulturkampfes war jedoch auch in die evangelische Kirche eingedrungen. Seine "kirchliche" Organisation war der "Evangelische Bund".

a) Die M.-Gladbacher Richtung

Die Analyse der Beziehungen zwischen den Konfessionen wurde hauptsächlich von der KV dargelegt, die hierin richtungsweisend auch für die ostdeutsche katholische Publizistik wurde. So gilt manches, was auf M.-Gladbacher Seite darüber gesagt wurde zugleich für "Berlin". Die Folgerungen, die man daraus zog, waren jedoch auf beiden Seiten verschieden.

Wie man die Lage der eigenen Kirche beurteilte, geht aus folgenden Worten der KV hervor: "Nachdem wir den Kulturkampf durchgemacht haben, brauchen wir allerdings keine Furcht zu hegen, daß die Kirche zur Staatskirche werde, wenn sie aber Volkskirche sein und bleiben soll, müssen wir nicht minder der Gefahr aus dem Wege gehen, daß sie den 'Mühseligen und Beladenen' eine Kirche der Bourgeoisie oder des Kapitalismus erscheint. Wir sagen 'erscheint'; denn daß sie es jemals wird, glauben wir nicht."¹⁾

Leider habe die katholische Kirche in den letzten 50 Jahren wenig "Werbekraft" besessen, wurde 1904 in der KV an einer anderen Stelle festgestellt, wo über den Frieden unter den Konfessionen gesprochen wurde. Beweis sei die Konversionsstatistik, in der die katholische Kirche schlecht abschneide. Die KV schrieb: "Bis auf den heuti-

1) KV, 21. Okt. 1900, Nr. 953

gen Tag zeigt sich auch in manchen katholischen Kreisen zu-
an Verständnis für das Gute im anderen Lager (Protestantis-
Anschauungen Andersdenkender zu begreifen und schonend zu
behandeln, ein Geist, der sich aus bitteren Erfahrungen des
kirchenpolitischen Kampfes und seinen Folgeerscheinungen
sehr wohl begreifen und entschuldigen läßt, aber doch ob-
jektiv zu tadeln ist. Kirchenrechtliche Anschauungen, le-
gendarische Traditionen, die ihre Berechtigung jedenfalls
im Laufe der Zeiten verloren hatten, hat man ganz überflüs-
sigerweise festgehalten und mit einer Hartnäckigkeit ver-
teidigt, die auch auf katholischer Seite Kopfschütteln und
offenen Widerspruch hervorrief. Noch immer werden trotz
vielfachen energischen Eingreifens der kirchlichen Behörden
und Unterstützung derselben durch die katholische Tagespres-
se unhaltbare Wundergeschichten und Devotionsformen weiter-
geschleppt; durch ein offenes Wort in derartigen Fragen
setzte man sich der Gefahr aus, der Verletzung der 'katho-
lischen Solidarität', des 'Kompromissens' oder gar des 'Re-
formkatholizismus' beschuldigt zu werden ... Wir wohnen in
einem Glashaus: jeder Fehler, klein oder groß, wird von un-
zähligen Augen beobachtet, übertrieben, rücksichtslos aus-
gebeutet. Auch die protestantische Überempfindlichkeit ist
ein nun einmal vorhandener Faktor, der nicht ungestraft
vernachlässigt werden darf." Während Luther für die Katholi-
ken "als Objekt der evangelischen Kritik eine Immunitäts-
privilegien" sei, sähen die Protestanten in ihm die "Ver-
körperung des Deutschtums und des protestantischen Bewußt-
seins."

Die KV bedauerte an der gleichen Stelle die "Propagan-
da" des Evangelischen Bundes, welche nicht nur "von kirch-
lichen Standpunkt" zu verwerfen sei, sondern auch als eine
"schwere Verletzung bzw. Gefährdung der bürgerlichen Tole-
ranz der verfassungsmäßigen Parität und des konfessionellen
Friedens als unentbehrliche Grundlage vaterländischer In-

teressen" angesehen werden müsse. Die Katholiken seien in den letzten Jahren oft dazu gezwungen worden, aus "Notwehr" zu handeln. Weiter heißt es in Bezug auf den Evangelischen Bund: "Eine jahrzehntelang ganz systematisch betriebene Zurücksetzung des katholischen Volksteils bei den höheren Beamtenstellen läßt man sich schmunzelnd gefallen; kaum beginnt die Paritätsbewegung Breschen in dieses System zu legen, und schon zetert man über die Zurücksetzung des Protestantismus." Die KV meinte, daß die "noch einigermaßen gläubig und kirchlich gesinnten Elemente nur einen Bruchteil der Gegnerschaft bildeten". "Das Gros läßt sich entweder von einem rein negativen Gefühl, von der eingeeimpften Abneigung gegen Katholizismus leiten, ohne selbst religiöse Bedürfnisse zu besitzen, oder durch politische Erwägungen. Wo der religiöse Instinkt versagt, hilft der Haß gegen das Zentrum aus, und dieses Gefühl verbindet die verschiedenen Gruppen."¹⁾

Einige Male wurde von der KV die Warnung ausgesprochen, daß es unter den Protestanten eine Richtung gebe, deren Vertreter gern mit den Sozialisten gegen die "Ultramontanen" einschreiten würden.²⁾ Auch verstände man nicht, warum der Protestantismus nicht etwas gegen die Sozialdemokratie unternehmen könne.³⁾

Da aber "die konfessionelle Verschiedenheit ... wesentlich dogmatischer und liturgischer Natur" sei, während die beiden Konfessionen "in den praktisch-christlichen Grundsätzen Gemeinsamkeit genug hätten",⁴⁾ sei nicht einzusehen, wie die "M.-Gladbacher" oft erklärten, warum man nicht in politischen und wirtschaftlichen Dingen zusammenarbeiten könne. "Es ist eine Binsenwahrheit der katholischen Moraltheologie, daß Katholiken und Nichtkatholiken zusammenarbeiten dürfen", undal bei den christlichen Geseuschaften "nichts unternommen" werde, "was gegen das Sitten-

1) KV, 27. April 1904, Nr. 348; vgl. auch WAZ, 20.7.1901, Nr. 29

2) KV, 1. Juni 1901, Nr. 492, hiergegen Prof. Delbrück;

3) s. KV, 12. Juli 1903, Nr. 530

4) KV, 15. Nov. 1900, Nr. 1034

gesetz verstoße, und es jedem frei stehe, "ob er sich im übrigen zur katholischen oder zur protestantischen Lehre bekennen will."¹⁾ "Auch im Interesse des religiösen Friedens ist es dringend notwendig, daß nicht ohne zwingende Gründe die konfessionellen Gegensätze in Fragen hineingetragen werden, bei welchen ein Zusammenarbeiten der Mitglieder der beiden christlichen Konfessionen ganz gut möglich ist", schrieb die KV bereits im Jahre 1900.

Diese Zusammenarbeit sei notwendig, weil man es seinem "Vaterland" und der "ganzen christlichen Kultur schuldig" sei. Weiter erklärte die WAZ gegen die Vorwürfe der "Berliner", die eine interkonfessionelle Vereinigung nicht für möglich hielten: "Wir fühlen katholische Glaubensstärke genug, um den Kampf um die christliche Kultur gemeinsam mit den gut gesinnten evangelischen Arbeitern aufzunehmen, wir finden das viel 'katholischer', als sich mit salbungsvoller Miene abseits zu stellen und tatenlos dem Gang der Dinge ihren Lauf zu lassen."³⁾ Denn "die katholischen Arbeiter würden gar nicht echt katholisch handeln, wollten sie gläubige, christlichgesinnte, aber konfessionell von ihnen getrennte Arbeitsbrüder von der Teilnahme an ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen ausschließen und diese der sozialdemokratischen Bewegung dadurch in die Arme treiben."⁴⁾

Die gemeinsame Grundlage müsse nach Meinung der M.-Gladbacher das Naturrecht sein. Da aber das Naturrecht in der protestantischen Lehre oft für problematisch erklärt wurde, hatten die "Berliner" einen Grund, um ihre Ansichten von der Unmöglichkeit einer interkonfessionellen Gewerkschaft zu begründen. Dazu sagte die KV: "... Es kommt auch für die Möglichkeit des Zusammenarbeitens in einem wirtschaftlichen Verein nicht in Betracht, ob der einzelne formell den Begriff 'Naturrecht' anerkennt oder nicht, ob jeder für seine Person seinem Handeln natürliche oder

1) KV, 16. Dez. 1903, Nr. 1052

2) KV, 23. Dez. 1903, Nr. 1055

3) WAZ, 26. Nov. 1904, Nr. 48, S. 191

4) KV, 5. Jan. 1904, Nr. 12; vgl. WAZ, 24. Dez. 1903, Nr. 52

übernatürliche Endzwecke setzt, es kommt lediglich darauf an, ob das, was wir im allgemeinen als Inhalt des Naturgesetzes betrachten, von allen Mitgliedern des Vereins respektiert wird", da die gewerkschaftliche Tätigkeit im Rahmen des 1., 7. und 8. Gebotes verlaufen solle.¹⁾

Die "Berliner" hatten in einem Zirkular davon gesprochen, daß die Protestanten kein Naturrecht kennen. Die WAZ entgegnete darauf mit scharfen Worten: "Das ist eine ungeheuerliche Beleidigung der gläubigen Protestanten. Man verfolge einmal diesen Gedanken folgerichtig weiter - welche Folgen müßte dessen Geltendmachung haben für unser gesamtes religiöses, kulturelles, wirtschaftliches, politisches Leben. Würde dieser Satz der Berliner Statuten von einer ansehnlichen Zahl der deutschen Katholiken anerkannt und vertreten, so könnte man es der protestantischen Zweidrittel-Majorität in Preußen und im Deutschen Reich nicht verübeln, wenn sie den deutschen Katholiken die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung versagen würden."²⁾

Da die soziale Frage eine sittliche Frage sei und eine Stufe tiefer in der Rangordnung der Werte die Wirtschaft stehe, sei diese Ebene ganz besonders für ein Zusammengehen der Konfessionen geeignet, war die Ansicht, die von den 'M.-Gladbachern' vertreten wurde: "Wir meinen, wenn ein Zusammengehen der beiden großen Konfessionen zur Verteidigung der gemeinsamen religiösen Grundlagen ihrer christlichen Weltanschauung möglich und sogar erforderlich ist, dann ist es auch möglich, in rein wirtschaftlichen Fragen gemeinsam zu arbeiten."³⁾ "Wir bewegen uns also auch dann auf katholischer Grundlage, wenn wir notwendigen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter verschiedener Konfessionen, die mit der Religion nicht in Widerspruch stehen, das Wort reden, wie es bei der Forderung der christlichen Gewerkschaften geschieht."⁴⁾

In anderen Ständen sei die interkonfessionelle Zusammenarbeit längst verwirklicht, hielten die "M.-Gladbacher"

1) KV, 13. Dez. 1903, Nr. 1044

2) WAZ, 3. Mai 1902, Nr. 18

3) "Der Bergknappe", 21. Mai 1910, Nr. 21

4) KV, 5. Jan. 1904, Nr. 12; vgl. "Der Bergknappe", 13. Nov. 1903, Nr. 46

Dementsprechend schrieb auch die WAZ im Jahre 1900, daß "eine Verbesserung und Veredelung der Lebenshaltung der Arbeiter ... ohne Besserung des Lohnes undenkbar" sei und niemand könne deshalb "dem Arbeiter das Recht absprechen, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Letzteres" sei "das einzige Kapital, über das der Arbeiter verfügt und welches ihm allein die Möglichkeit einer geordneten Existenz bietet."¹

Heutzutage sei "die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, ... daß die Arbeit in gewissem Sinne als 'Ware' behandelt wird", sagte die KV 1903 und erklärte gegenüber den Berliner Anschuldigungen: "Darin sind aber nicht erst die Gewerkvereine schuld oder etwa die Theorie unserer Sozialpolitiker, sondern das beruht einfach darauf daß der Arbeiter sowohl als die Arbeit nach unserer modernen Rechtsauffassung vollständig 'frei' sind im Gegensatz zum gebundenen Wirtschaftsleben des Mittelalters Es beruht darauf, daß auch das alte, früher ebenfalls berechnigte Patriachalsystem überlebt und heutzutage undurchführbar geworden ist."²

In den späteren Jahren des Gewerkschaftsstreits wurde nicht zuletzt als Folge der fortwährenden Anfeindungen der "Berliner" - von "M.-Gladbach" der personale, sittliche Wert der Arbeit immer mehr betont. So erklärte "Der Bergknappe" 1908 in seiner etwas drastischen Art: "Die menschliche Arbeit ist nicht gleichzubehandeln wie ein Pfund Seife oder ein Liter Petroleum, und der Wert der Arbeit soll nicht bemessen werden wie bei Seife oder Petroleum nach der Kalkulation der Börsenjobber und der Profitgier der Klein- und Großkapitalisten, sondern der wirtschaftliche Wert der Arbeit soll bemessen werden unter Berücksichtigung der sittlichen und persönlichen Werte, die unlösbar auch mit der Lohnarbeit des Menschen verbunden sind. Deshalb verlangen wir Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrag, Tarif- und Schiedsgerichte, die entstehende Differenzen

1) WAZ, 20. Mai 1900, Nr. 27

2) KV, 31. Dez. 1903, Nr. 1091

...lassen, und ob Mittel
...sind, um die Erfüllung der berechtigten For-
...einen Ausstand zu erzwingen." ¹⁾ Andernfalls
...Erpressung gleich. ²⁾

Kampf zwischen den Sozialpartnern wurde jedoch von
...-Gladbachern" niemals als ein in dieser Welt notwen-
...hingenommen. Die Arbeitskämpfe der christlichen
...schaften seien zwar eine wirtschaftliche Selbsthilfe

...haften, wie Prof. Mausbach erklärte, "die Überloitung
...in unheimlich gesteigerte Bahnen, eine Verbindung
..."

"³⁾ Die WAZ drückte diesen Gedanken durch ei-
...aus, mit dem sie sich identifizierte. Darin ver-
...: "Der Streik ist unter den gegebenen Umständen nicht
...als der zwingendste Beweis, daß ein besserer Aus-
...werden muß." ⁴⁾

Als ein Weg zu einer besseren Lösung der sozialen Frage
...von den "M.-Gladbachern" vor allem die Tarifverträge
...in denen durch kollektive Arbeitsverträge
...Arbeitnehmern und Arbeitern die Löhne festgesetzt werden. In-
...die christlichen Gewerkschaften...
...mit den Fachabteilungen Verhandlungen über die
...zu führen, da die "Berliner" nicht bereit wa-
...durch einen...
...Ja, die "Berliner" wurden sogar oft als Strei-
... ⁵⁾

...wollte...
...te die...
...wurde besonders z.Zt. des großen Bergarbeiterstreiks im
...1905 in...
...Beitrag "Der Bergarbeiter..."
...wieder auf die Mißstände in Ruhrgebiet aufmerksam

¹⁾ WAZ, 26. Mai 1909, Nr. 9

²⁾ WAZ, 11. April 1909, Nr. 15, S. 61; vgl. WAZ, 26. Mai
1909, Nr. 21

³⁾ WAZ, 13. April 1910, Nr. 676; hier zit. aus "Der Katholik"
März 1910, 8. Heft, S. 121-157

⁴⁾ WAZ, 10. Jan. 1905, Nr. 3

⁵⁾ WAZ, "Der Bergarbeiter", 20. Juli 1907, Nr. 29; WAZ, 8. Febr
1915, Nr. 5, S. 22

im wissenschaftlichen Bereich allein ständen. "Der Bergknappe" brachte seinen Lesern die moralischen Probleme der "Berliner" durch folgendes Gedicht nahe:

" Herr Bull¹⁾ vom 'Sitz Berlin'

Ihr Kameraden hört und staunt,
Was ich Euch heute künde:
Es sprach Herr Bull vom Sitz Berlin,
Der Streik, der Streik ist Sünde!
Kein Theologe kennt die Ehr
Das Gute und das Schlechte.
Nur Bull verdient, daß seine Stirn
Der Lorbeer stolz umflechete.

Gott schuf den Menschen, meintet Ihr.
Nach göttlichem Geschlechte,
Und darum wär's ein heil'ger Streit,
Der Streit um Eure Rechte. -
Wie hat doch der Gewerkverein
Euch Ärmste so betöret !
O kehret um, noch ist es Zeit
Und glaubt, was Bull Euch lehret.

Du schwurst als Bräutigam vor'm Altar,
Für Weib und Kind zu stehen.
Trotz Arbeit zog der Hunger ein,
Umsonst Dein Bitten, Flehen.
Da glaubtest Du es sei gerecht,
Dass man den Streik verkünde.
O beuge nun Dein schuldig Haupt,
Bereue Deine Sünde.

Du willst es nicht? - Hast recht Kamerad,
Magst stolz Dein Haupt erheben.
Nur edel ist's für Weib und Kind,
Für Menschenrecht zu streben.
Unchristlich wär's, wenn blinde Furcht
In Deinem Herzen stünde.

1) Arbeitersekretär in Breslau

werden, weil eben - und das ist der springende Punkt - die Gewalt erzeugt."¹⁾ Als letzte Schlußfolgerung würde es später nur noch Solidaritätsstreiks geben, wobei der "völlige Stillstand des wirtschaftlichen Lebens in allen Arbeiterkategorien gefordert" werden würde.²⁾

Die Möglichkeit, auf gutlichem Wege die Lage der Arbeiter zu bessern, wurde von den "Berlinern" folgendermaßen beschrieben: Sie stellten fest, "daß den Forderungen der katholischen Berufsorganisation vielfach um deswillen von den Arbeitgebern stattgegeben wurde, weil sie nicht 'in letzter Linie' den Streik ausspielte, sondern offen erklärte, sie lehne es ab, mit Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel zu drohen ..." Wenn aber Arbeitgeber, bei denen "ein rücksichtsloser Egoismus das Leitmotiv aller wirtschaftlicher Tätigkeiten" sei, gegen berechnigte Forderungen der Arbeiter Widerstand leisteten, so brauche man auch da noch nicht zur "Waffe des Streiks" zu greifen. "Man versuche dann zunächst bei dem einsichtigen Teile der Arbeitgeber die Forderungen durchzusetzen und schließt mit ihnen etwa über Vermittlung der Vereine würden dann die Arbeiter zu der Forderung übergehen, auch die anderen Arbeitgeber auch gezwungen sehen würden, "wegen Arbeitermangel den Forderungen der Arbeiter nachzugeben."³⁾

In weiteren Mitteln zur Orientierung der "größten Öffentlichkeit über die bestehenden Mißstände", was besonders wichtig war, wenn sich "hochgestellte Persönlichkeiten ... an dem Appell" beteiligen würden. Leider trage "das öffentliche Leben, das durch die Arbeiterpartei vertreten noch nicht in dem Maße für die berechtigten Forderungen der Arbeiter Partei ergreift, oft nicht mal ergreifen kann,

1) "Der Arbeiter", 29. Sept. 1905, Nr. 37

2) "Der Arbeiter", 29. Sept. 1905, Nr. 37

3) "Der Arbeiter", 6. Febr. 1910, Nr. 6

Die "M.-Gladbacher" betonten immer wieder die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften. Stegerwald sprach dies in einer Rede folgendermaßen aus: "Unter parteipolitischer Neutralität verstehen die christlichen Gewerkschaften, daß innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung keine Parteipolitik getrieben werden darf, sondern daß hier der Berufsgenosse mit dem Berufsgenossen zur Lösung bestimmter Fragen zusammenzuwirken hat und daß die Gewerkschaftseinrichtungen (Verbandsorgan, Versammlungen, Gewerkschaftskassen usw.) nicht zugunsten von politischen Parteien mißbraucht werden dürfen."¹⁾ Deshalb lehnte man es auch von seiten der christlichen Gewerkschaften ab, an Arbeiter, die wegen ihrer parteipolitischen Tätigkeit arbeitslos oder wirtschaftlich geschädigt wurden, Maßregelunterstützungen zu zahlen, wie man es sonst tat, wenn die Mitglieder wegen ihrer Betätigung für die Gewerkschaft Schaden erlitten hatten.²⁾

Staatbürger, wozu Stegerwald weiter sagte: "Es hieße die ganze Struktur eines Gesellschaftsorganismus verkennen, wenn man der Lohnarbeiterklasse zumuten wollte, sie sollte ihre Emanzipationsbestrebungen ausschließlich auf berufswirtschaftliche Fragen konzentrieren. Die Arbeiterschaft muß sich bemühen, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und des staatlichen Organismus verstärkten Einfluß zu erlangen. Diese Bestrebungen hat zwar nicht der Berufs- noch weiter: Es ist Pflicht und Schuldigkeit der führenden Kräfte der christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß sie den verstärkten Einfluß, den sie vermöge ihrer öffentlichen Stellung als Staatsbürger besitzen, auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung zugunsten ihrer lohnarbeitenden Kollegen verwerten."³⁾

1) zit. n. WAZ, 2. Jan. 1909, Nr. 1

2) S. "Der Bergarbeiter", 17. Jan. 1909, Nr. 1

3) zit. n. WAZ, 2. Jan. 1909, Nr. 1

Diese politische Tätigkeit kam jedoch nach Meinung der "M.-Gladbacher" erst nach der gewerkschaftlichen Arbeit. Das "Zentralblatt" schrieb dazu: "Das höhere Ziel ist und bleibt die Geschlossenheit und Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen, die erst dadurch zu einem starken Faktor bei Regelung der Arbeitsverhältnisse den Unternehmern gegenüber wird; das Maß des politischen Einflusses ist und bleibt eine sekundäre Nebenwirkung."¹⁾ Ebenso stellte dies "Der Bergknappe" fest und empfahl, bei Arbeitsüberlastung eher Ehrenämter in einer Partei als in den Gewerkschaften auszuschlagen.²⁾

Einige Male kam während des Gewerkschaftsstreits die Frage auf, ob die "M.-Gladbacher" nicht die Absicht hätten, eine eigene Arbeiterpartei zu gründen, wie es in England geschehen war. Dazu sagten die "M.-Gladbacher", daß dies absolut nicht ihr Vorhaben sei, denn die Gründung einer eigenen Partei würde "den Arbeitern die Sympathien der sämtlichen bürgerlichen Parteien nehmen und die Arbeiter so des Einflusses auf die Vertreter anderer Stände berauben."³⁾

Die "M.-Gladbacher" erklärten, wie bereits im vorigen Kapitel erwähnt, der Staat könne nicht einfach die Interessenkämpfe abschaffen und "die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Hilfe irgendeines gesetzlichen Zwanges" regeln. "Ob das durchführbar ist, wollen wir einmal dahingestellt sein lassen. Heute ist dieser Zustand jedenfalls nicht gegeben und in Umsetzung zu bringen ist ein Unmögliches. Und selbst wenn eine solche Ordnung kommen sollte, müßte sie nicht durch Reden und Schreiben, sondern durch Taten, d.h. in unserem Falle durch praktische Vorarbeiten in Lohnbewegungen, durch Erziehung der Arbeiter und der Unternehmern zu den Verhandlungsmethoden, des Tarif- und Eini-

1) "Zentralblatt", 23. Sept. 1907, Nr. 19, S. 293

2) s. "Der Bergknappe", 16. Febr. 1907, Nr. 7

3) Joh. Giesberts, Auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Breslau 1906, "Germania", 29. Juli Nr. 17, II. Bl.; vgl. WAZ, 18. Mai 1907, Nr. 20,

gungswesens usw. verbreitet werden."¹⁾ Die Berliner Ansicht, diese Aufgaben allein dem Staat zu überlassen, sei der sozialdemokratischen Theorie entnommen, stellte Stegerwald auf einer der seltenen gemeinsamen Tagungen in Koblenz fest: "Wenn die Lohnhöhe durch gesetzliche Institutionen nominiert werden solle, dann müsse dies logisch und ganz selbstverständlich auch für die Preise der Waren geschehen. Sind wir aber mal soweit, dann fehlt das Interesse an der Aufrechterhaltung der privaten Produktion; dann kann vielmehr die ganze Produktion verstaatlicht werden, und wir sind ungewollt im sozialdemokratischen Zukunftsstaat drinnen."²⁾

Um aber eine gesetzliche Reform möglich zu machen, "bedarf es der Gewerkschaftsbewegung, wie sie ist, den Streik nicht ausgenommen"³⁾, schrieb die WAZ. Da die Gewerkschaften sich in "Berufsgruppen und Branchensektionen" gliedern, wäre es möglich, Reformen anzustreben, "die nur für einen oder den anderen Beruf notwendig sind und daher nur für und durch seine Angehörigen festgelegt werden können." Deshalb sei "die allgemeine Sicherstellung und kulturelle Hebung des Arbeiterstandes nicht durch allgemeine sozialwirtschaftliche Lehren, sondern und zwar vorwiegend durch praktische Experimente auf dem Boden der einzelnen Gewerbe" zu fördern. "Mit tastenden Schritten ist schon oft die Selbsthilfe anscheinend ungangbare Wege gegangen und während sie immer sicherer werdend vorwärts drang, trat die Gewerkschaftsbewegung mit staatlichen Mitteln in Konkurrenz." Die Regierung darf aber nicht selbst experimentieren. Bahnbrechend darf sie nur selten vorgehen, aber sie kann mit all ihren gesetzgeberischen Mitteln die Gewerbe auf erfolgreich betretene Straßen der Sozialreform drängen."⁴⁾

Durch die christlichen Gewerkschaften werde also auch die politische Tätigkeit der Arbeiter intensiviert, worüber "die bürgerlichen Parteien, vor allem die Zentrumspartei", alle Veranlassung hätten, sich zu freuen."⁵⁾ Die christli-

1) WAZ, 29. Jan. 1910, Nr. 5

2) Stegerwald, "Die Gewerkschaften" 27. Nov. 1902, Nr. 48

3) WAZ, 29. Jan. 1910, Nr. 5

4) WAZ, 19. Aug. 1905, Nr. 33, S. 129

5) s. KV, 29. Juli 1906, Nr. 648

III. Zwischen Klassengesellschaft und einer ständischen Ordnung

Im Gewerkschaftsstreit wurde gefragt, ob das von den christlichen Gewerkschaften geforderte ständische Ordnung (s. A II a aa) auch unter den veränderten Verhältnissen einer Klassengesellschaft noch Gültigkeit besitzt oder wenigstens noch Möglichkeiten bestehen, dieses Ziel zu erreichen. Die Antwort auf diese Frage ist nach christlicher Anschauung nur insofern zu bejahen, als das Bild des Menschen abhängig sind; denn nach welchem Bild der Mensch eine gesellschaftliche Ordnung gestaltet wird, unterliegt der durch Zeit und Raum bedingten Veränderung.

a) Die christliche Antwort

Die Anerkennung der Klassengesellschaft steht für die "christlichen" Gewerkschaften fest, und es mußte sich, für gesellschaftliche Beziehungen der Gewerkschaften nach den christlichen Grundsätzen, eine hierarchisch-ständische Ordnung aufbauen.

Die WAZ berichtete in ihrer allmonatlichen Stellungnahme gegenüber dem "Volksfreund" (1901) und im "Volksfreund" aus Kassel hatte sich in Bezug auf "Volksfreund" der 10. Wieder- Ausgabe des Buches, wenn eine Zeitungs-Werbung in Kleinbe- tritten notwendig geworden wäre, angesetzt. ¹⁾ Dann schrieb die WAZ, daß man die Zeit vielleicht noch weiter zurückverfolgen könne, "da jeder Mensch ... seinen eigenen Ort hat, seinen Platz ...". Das 1901 erschien, Herr Kassel hatte viel weniger in der Zeitungs-Werbung als in einem 100-jährigen Schlaf. ²⁾

1901 hatte eine in der von Dr. Carl Scharnschein heraus- gegebenen "Sozialen Studienblätter" veröffentlichte Be- richt "Über die 'von Gott gewollten' Stände" von Malvine Zernow eine Diskussion zwischen den beiden Parteien aus.

1) v. Kassel, 1901, die "christliche" und "neutrale" Ge-
werkschaften, 1901, S. 125
2) WAZ, 1. Juni 1901, S. 48

Herrn v. Krumm, als Vizepräsident der Versammlung stand.

Da aber die "Berliner" von den Ämtern schieden, und so
das Ständische in der Gesellschaft etwas außerordentlich gemin-
dert, von dort gewollten Platz abtraten, so gab es die
Bedeutung des Ständischen in der Gesellschaft, so
schien es, dass die Bewegung in der Zeit in der gleichen Stelle,
so die Ämter abtraten, so die Bewegung in der Zeit in der gleichen
(des Arbeiterstandes, d. Verf.) als solcher samt den dadurch
hervorgebrachten neuen ständischen Verhältnissen auch schon
Frevel gegen das von 'Sitz Berlin' proklamierte Naturrecht.
Dann müsste 'Sitz Berlin' konsequenterweise schleunigst alle
Bemühungen zur Hebung der unteren Stände, vor allem des
Arbeiterstandes aufgeben, denn durch dieselben kann die von
ihm geheiligte, ewig gleiche Gestaltung der ständischen
Gestaltung in bedauerlicher Weise verändert werden.²⁾ Dann
"ewige Dauer und Geltung haben ... nur unsere Moralgrund-
sätze".³⁾ Am 11. Juni 1904, "Theologische Zeitschrift",
auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebiet, die Bewegung in der
schen Moralgesamtheit nicht weiter ging und ohne deren
Verletzung vor sich gehen, brauchen wir also nicht anzufin-
den, etwa lediglich darum, weil sie einen Bruch mit dem
Moralgesamtheit darstellen. Sind solche Verhältnisse und die
Moralgesamtheit der Gesellschaft und der Welt, dann müssen
wir sie ändern." Dabei hat auch der Theologe Adolf Ott⁴⁾ zu
Wort: "Ein System wirtschaftlichen Rechts kann heute ge-
recht sein und vernünftigen ethischen Verhältnissen nicht
es vielleicht durchaus ungewiss ist die Verteilung des ge-
sellschaftlichen Arbeitsvertrages."⁴⁾

Der Herr "Theologe" wurde in der Gesellschaft der
Gewerkschaften und Arbeitervereine, damit sie in der Lage
fähig werden, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen.

1) zit. in: MZ, 22. Juli 1911, Nr. 29, S. 100. (Theologische
Zeitschrift, 1911, Nr. 29)

2) MZ, 22. Juli 1911, Nr. 29, S. 100.

3) Ott, Adolf, 1869-1926, Divisionspfarrer in Trier, später
Kaiser Domkapitular

4) MZ, 11. Juni 1904, Nr. 24, S. 94; Ott, zit. aus "Theo-
logische Zeitschrift", 1904, Nr. 8

bestimmt, durch die Absicht, in der sie erfolgt"; und die sei, so fuhr "Der Arbeiter" fort, sowohl beim Streik wie auch bei den Tarifverträgen eine Angelegenheit der Stände. Katholischen Arbeiterorganisationen betätigen sich ... in der Erkenntnis, daß die Stellung und die Funktion der Stände in der Gesellschaftsordnung nicht wie diejenige der Privatpersonen, auf freiem Entschluß und Vertrag, sondern auf der Natur der Gesellschaft als eines Organismus beruhen, dessen integrierenden Bestandteil sie bilden, und daß sie deshalb weder den Individuen, noch der Gesellschaft gegenüber auf Grund einseitigem Willensentschluß aufgehoben, abgeändert oder beseitigt werden können, sondern ein feststehender Gebrauch und Recht ist."²⁾ Deshalb sei der Tarifvertrag nur nach diesen Grundsätzen zu behandeln.

Für die "Berliner" war die Lösung der sozialen Frage nur unter wesentlicher Hilfe des Staates möglich (s. C VII b). Die Stände bedürfen nach Ansicht der "Berliner" "gesetzlich autorisierter Organe, denen der Staat seinen Schutz und seine Macht angedeihen lassen kann." Nur so könnten sie "ihre eigenen Angelegenheiten selber besorgen".³⁾ Deshalb sei es notwendig, daß "die berufsständische Organisation im Wege der Gesetzgebung wieder anerkannt und durch obligatorische Schiedsgerichte mit verbindlicher Kraft ihres Schiedsspruches gekrönt" werde.⁴⁾ Auch hierbei konnten die "Berliner" darauf hinweisen, daß schon im Mittelalter entsprechende Schiedsgerichte bestanden haben.⁵⁾

"Der Arbeiterpräses", das Führungsorgan der "Berliner", brachte 1907 einen Aufsatz von Präses Schmitz, in dem festgestellt wurde, daß führende katholische Sozialpolitiker wie Lehmkuhl, Cathrein, Pesch und Weiß "den konfessionellen

1) "Der Arbeiter", 22. Aug. 1909, Nr. 32.

2) "Der Arbeiter", 16. Jan. 1909, Nr. 5; 27. Jan. 1910, Nr. 8.

3) "Der Arbeiter", 20. Febr. 1910, Nr. 8.

4) "Der Arbeiter", 15. Sept. 1907, Nr. 37; vgl. 4. Okt. 1903, Nr. 40; 8. Nov. 1903, Nr. 45; 17. Febr. 1907, Nr. 7.

5) "Der Arbeiterpräses", 1907, Heft 6, S. 169 ff.

Charakter der Zwangsinnungen als der zentralen, dem Ziel dienenden, der Zwangsinnung¹⁾, so führt Schmidt fort, "daß sich auf gesetzlicher Grundlage selbst bei in hohem gesetzlicher Bestimmungen betätigen muß, bei der also im Wege der Gesetzgebung die Rechte der einzelnen Mitglieder untereinander und gegenüber der Innung, sowie dieser gegenüber den anderen Berufsgewerkschaften und dem Staat gesetzlich abgesichert und wirksam geschützt sind. Dieser Mangel der Gewerkschaftsorganisationen, der gerade dem freien Organismus der Arbeiter in hohem Maße und in ihrer Notwendigkeit entgegensteht, die den jeweils herrschenden Strömungen der Majorität ihrer Mitglieder. Gerade die gewerkschaftlichen Bestrebungen sind aber der Sitz der modernen religiös-ethischen und rechtlichen Irrtümer. Der Einfluß einer verkehrten Weltanschauung mit ihren verwirrenden Begriffen wird jedoch nicht, wie bei der Innung, durch den Mangel des Gesetzes leim gelöst, sondern - im Gegenteil - die freien Organisationen der Arbeiter sind, wie dies auch die Tatsachen auf Schritt und Tritt beweisen, gerade diesem Einfluß des Irrtums am schaden des Beteiligten und der menschlichen Gesellschaft preisgegeben."²⁾ Man wird zwar nicht sagen können, daß Schmidt hier für Zwangsinnungen eintritt, jedoch ist die Begründung der konfessionellen Gewerkschaften aus dem Verzicht auf Zwangsinnungen besonders interessant. Auf das öffentliche Meinen hatte dieser Aufsatz jedoch keinen Einfluß, zumal er nirgends erwähnt wurde.

Die Organisationsform war für die "Berliner" ein Gegenstand der Überlegung. Sie hatten sich Anfangs ebenfalls gegliedert, also so, daß beispielsweise alle Maurer, auch wenn sie im Bergwerk arbeiteten, in einer Fachabteilung zusammengefaßt waren. So der Theorie, die aber auch die Form des Industrieverbandes, die von die christlichen Gewerkschaften kannten.²⁾

1) "Der Arbeiterpreis", 1907, Nr. 11, S. 211-212.
2) S. "Korrespondenzblatt", 1910, Nr. 10.

Die Haltung der "Berliner" gegenüber den Arbeitgebern wurde durch die Vorstellung bestimmt, daß man es hier mit sogenannten "höheren Ständen" zu tun hatte, die ihren natürlichen Platz in der Gesellschaftspyramide behaupten. Deshalb blieb den "Berlinern" im Anblick der Rüstung zum Machtkampf oft nur der Appell an die Unternehmer, die Prinzipien des Rechts und der Sitte gelten zu lassen.¹⁾

1) s. "Korrespondenzblatt", 16. Juli 1911, Nr. 15; vgl. 12. Juli 1907, Nr. 10

I. Der Integralismus

Der Integralismus war wie oben erwähnt (s. A I a) als Bewegung innerhalb der Kirche aus dem Kampf des Progress gegen den Modernismus entstanden. Da in "Pascendi" darauf hingewiesen worden war, daß die Modernisten in der katholischen Kirche Mission wollten, um die Kirche mit der Verkündung ihrer Lehre nicht zu beschweren, griffen die Integralen der Kirche einen Stoß zu versetzen, wobei sie von einem neuen Machtkompromittieren, dieses "Ungeheuer" "aufzuheben", um sie zu denunzieren.

Den Namen "Integral" geben sie sich selbst. Sie wollten damit anzeigen, daß sie sich für die Erhaltung des katholischen Glaubens, d.h. für das Fernhalten aller modernistischen Irrtümer, die ja als die "Kammelhörner aller Häresien" in "Pascendi" bezeichnet worden waren, einsetzen, oder, wie es in "Klarheit und Wahrheit" hieß: "Die integrale Lehre Gottes das ist unser Programm".¹⁾

Ihr wichtigster Anknüpfungspunkt war die auch in "Pascendi" beschriebene Lehre von dem Zusammenhangfall der Kultursachgebiete. Jedoch muß hier schon darauf hingewiesen werden, daß sie sich wenig davon kümmerten, wie es in dem oder jenen Falle die Kultursachgebiete sich voneinander trennten, was ja in "Pascendi" eingehend beschrieben worden war, daß sie vielmehr da, wo sie die Zusammenhangfälle der Kultursachgebiete entdeckt zu haben glaubten, stüßten sich darauf, dies als Modernismus zu bezeichnen.

Dazu kam, daß die Integralen den Lebensbereich der Wirkursachen, welches der Bereich der Kultursachgebiete ist, in seiner Eigenständigkeit vernachlässigten, so daß die kirchliche Autorität auch hier wirksam werden zu lassen. Es war beispielsweise die soziale Frage für sie nicht ohne direkte Anteilnahme der kirchlichen Autorität zu lösen. Aber davon ist bereits die Rede gewesen (s. A I); dem Integralismus und die Bestrebungen des Berliner Verbandes katholischer Arbeitervereine soll das gleiche beiliegen. Man muß die

1) "Klarheit und Wahrheit", 21. Sept. 1913, Nr. 38, S. 445

übrigen Fragen des Gewerkschaftsstreites im Licht der "integralen" Lehre darstellen. Hier sollen jedoch hauptsächlich die Grundlagen des Streikbegriffes aufgedeckt werden, die im streifen ganzen zunächst die Grundlagen des Streikes der "Berliner" gegen die "M.-Gladbacher" waren.

Da hier somit die "Berliner" diejenigen sind, die die Tatsachen schufen, ist es notwendig, ihr öffentliches Meinen hier zuerst darzustellen.

a) Die Berliner Richtung

Selbstverständlich war es den "Berlinern" nicht möglich, durch die Modernisten, die die "M.-Gladbacher" Modernisten waren, dies hätte von vornherein sollte eine Abgrenzung der Wege haben müssen, außerdem waren die Integralen und mit ihnen die "Berliner" ihre Aufgabe erst einmal darin, die Modernisten "aufzuwecken", um sie dann wieder zu wecken, und dies wäre ihnen nicht gelungen, wenn sie den umgekehrten Weg beschritten hätten. So war ihr Vorhaben mehr ein Verleihen der "M.-Gladbacher", indem man sie in die Nähe der Modernisten rückte.

Dabei war es verhältnismäßig einfach, darauf hinzuweisen, daß die Modernisten in der katholischen Kirche bleiben sollten, um sie von innen auszuheilen, wobei man sich auf die heilige "Pascendi" berufen konnte, in der dies ausdrücklich als Warnung dargelegt wurde (S. I I I). Die Zeitschrift "Klarheit und Wahrheit" verurteilte die Modernisten als Jüden, der auch bei Christus (I I I). Sie schrieb "Obwohl sie (die Modernisten, d. Verf.) längst mit der Kirche getrennt haben ... wollen sie doch als echte Katholiken gelten ... um Arglose und Gutgehirnte über ihre verräterischen Absichten zu täuschen und ungeachtet des Worts des Vorderbenedikt zu vollbringen. Möglicherweise gelingt es ihnen, die Kirche einen neuen Karfreitag zu bereiten." ¹⁾ In einer anderen Stelle wurde in "Klarheit und Wahrheit" die mit Hinweis gegeben, daß es auch "Klarheit" der Modernisten gebe,

1) "Klarheit und Wahrheit", 2. April 1912, Nr. 74

"die beileibe nicht in Reih und Glied als Soldaten dienen wollen, die aber wie Bäckmeister ihr Interesse daran haben, ohne Gefahr auch dabei zu sein, bis und da ein wenig mitzuhelfen und den eigentlichen Kampfern durch Wahrung der Zahl das Gefühl der Sicherheit zu verstärken."¹⁾ Der Berliner "Arbeiterpräses" druckte bezeichnenderweise Stellen aus einem Hirtenbrief des Bischofs von Como ab, in denen das Verhalten der italienischen Modernisten dargestellt wurde. Die Fresse der Modernisten gebe sich alle Mühe, wurde darin gesagt, in der Öffentlichkeit als katholisch zu gelten.²⁾ Zwar wurden bei all diesen Äußerungen die "M.-Gladbacher" nicht direkt genannt; aus dem ganzen Aufbau der Zeitschriften wird jedoch klar, daß auch sie damit angesprochen sein sollten.

Den "M.-Gladbachern" wurde vorgeworfen, daß sie, wie es auch die Modernisten tun, der Meinung seien, das Christentum habe "verschiedene Formen oder Gestaltungen in der Geschichte gehabt", "Der Arbeiterpräses" sagte dazu weiter: "Ist aber der Protestantismus auch eine Form des Christentums, so sind der Arianismus und jedes andere Schisma und jede Häresie, die sich selbständig konstituiert haben, ebenso besondere Formen des Christentums. Doch dann wäre der Katholizismus, d.h. die wirkliche katholische Kirche, nicht mehr die einzige Form, die das Christentum haben kann ...". "Der Interkonfessionalismus findet daran eine Stütze, und der theoretische Unterbau der Existenzberechtigung der bloß christlichen, aber nicht konfessionellen Gewerkschaften ist damit hergestellt."³⁾ Es ließe sich jetzt auch in allen weiteren bisher genannten Streitpunkten des Gewerkschaftsstreits nachweisen, wie die "Berliner" sich bemühten, Parallelen zum Modernismus ausfindig zu machen. Überall kam es den "Berlinern", die sich hierin selbst als Integrale vorstanden, darauf an, vermeintliche Abschwächungen der katholischen Grundsätze in den Lehren und

1) "Klarheit und Wahrheit", 13. Okt. 1912, Nr. 41, S. 329; vgl. auch: 3. Nov. 1912, Nr. 44, S. 389.

2) "Der Arbeiterpräses", Okt. 1913, Nr. 10, S. 298.

3) "Der Arbeiterpräses", April/Juni 1912, Nr. 4/5, S. 99; vgl. "Klarheit und Wahrheit", 24. Nov. 1912, Nr. 47, S. 396.

dem öffentlichen Wirken der "M.-Gladbacher" aufzuzeigen.

Dies begann mit dem Gewerke, das, wie es bereits schon dargelegt wurde (s. C I b), die "M.-Gladbacher" eine Trennung von Religion und Moral auf der einen Seite, Wirtschaft und Politik auf der anderen Seite befürworten würden. Hier werde so ein "rein - wirtschaftlicher" Bereich geschaffen, der so weit unabhängig sei, daß er keine Beziehungen zu den in den Rangordnungen höheren Werten mehr habe. Die Folge sei ein "politisch-ökonomischer Modernismus".¹⁾

Ferner gab es für die "Berliner" einen "sozialen Modernismus", worunter sie die M.-Gladbacher Analyse über den Bedarf der Arbeiterbewegung schärfsten. Erziehung vornehmenden (s. C VIII a)²⁾.

Auch gehört in den Rahmen dieser Darstellung die Frage nach der Autorität der Kirche, wie sie bereits unter C II geschrieben worden ist. Die Auffassung der "M.-Gladbacher", daß die christlichen Gewerkschaften für einen Sachbereich zuständig seien, der nicht direkt der Autorität der Kirche unterstehe, war für die "Berliner" modernistisch.³⁾ Auf dem Einweis der "M.-Gladbacher", daß der Papst die christlichen Gewerkschaften guide, antwortete "Klarheit und Wahrheit", daß man den Papst für diese christlichen Gewerkschaften nicht in Anspruch nehmen könne, weil ja das Wort "christlich" keinen dogmatischen Inhalt mehr habe.⁴⁾

Die Modernisten behaupteten, die Autorität der Kirche könne im Wandel der Zeit andere Formen annehmen. So wäre ohne weiteres eine "Demokratisierung des kirchlichen Regiments" für die heutige Zeit möglich. Dazu wies "Der Arbeiterpräsident" darauf hin, daß polnische Sozialisten die Weg zur Verwirklichung dieser "Demokratisierung und Katholikalisierung der Kirche im Sinne eines paritätisch regierten, konstitutionellen Staatswesens" das M.-Gladbacher System sähen.⁵⁾

Im wesentlichen war es überall das Bestreben der "Berliner", ihren Gehorsam gegenüber Kirche und Papst hervor-

1) s. "Klarheit und Wahrheit", 7. Dec. 1912, Nr. 49, S. 560 ff.

2) s. "Der Arbeiter", 15. Juli 1911, Nr. 29.

3) s. "Klarheit und Wahrheit", 16. Juli 1912, Nr. 28, S. 217 f.

4) s. "Klarheit und Wahrheit", 18. Febr. 1912, Nr. 7, S. 51.

5) s. "Der Arbeiterpräsident", Dezember 1911, Heft 12,

zuheben. Sie glaubten, der Kirche einen großen Dienst zu tun, indem sie ganz besonders gut katholisch, oben integral-katholisch sein wollten. Deshalb wurden auch alle Vorwürfe gegenüber den "M.-Gladbachern" mit dem Unterton hervorgebracht: Wenn Sie anders dächten, daß Sie nicht mehr richtig katholisch sind, dann sollten Sie indirekt in jedem bisher behandelten Argument gegenüber M.-Gladbach immer wieder aus und draußt deshalb nicht eigens bewiesen zu werden.

Als jedoch am 20. Mai 1914 dem Pfarrer Dr. Nieborowski, dem Herausgeber der integralen Zeitschrift "Das katholische Deutschland", die weitere Mitarbeit bei diesem Blatt aus finanziellen Bedenken verboten wurde, erklärte "Der Arbeiter", daß der Berliner Verband mit der "Katholischen Aktion" von Pfarrer Dr. Nieborowski und der von ihm geleiteten Zeitschrift nichts zu tun habe, wie man es überhaupt abnehmen müsse, "für Blätter verantwortlich gemacht zu werden, an deren Herausgabe und Redaktion der Verbandsvorstand nicht beteiligt ist."¹⁾ Aber zu einer derartigen Erklärung war es eigentlich schon zu spät, denn "Der Arbeiter" hatte jahrelang auf der Seite der Integralen gestanden und oft Artikel aus ihren Zeitschriften übernommen.

b) Die M.-Gladbacher Richtung

Den "M.-Gladbachern" war es gegenüber den Verdächtigungen der sich integral gebenden "Berliner" bewußt, daß es hier um den Bestand der christlichen Gesellschaften ging, die, wenn sie als eine Verfall-Kirche des Modernismus angesehen werden würden, eine Verurteilung durch die Kirche erfahren hätten.

Der Papst habe jedoch einen derartigen Schritt noch nicht unternommen, stellen sie sich sicher, und deshalb seien Verdächtigungen von anderer Seite unangebracht.²⁾

1) "Der Arbeiter", 21. Mai 1914, Nr. 22

2) s. KV, 11. Juli 1911, Nr. 588

Die "M.-Gladbacher" wiesen darauf hin, daß die "Berliner", die sich so gern auf die Autorität der Kirche beriefen, diese gerade dadurch untergruben, daß sie die kirchliche Autorität in den Dienst ihrer eigenen Parteizwecke stellten.¹⁾ Die KV druckte 1914 dazu eine Zuschrift "eines Geistlichen" ab, in der ausgesprochen wurde, daß es keine größere Ironie gäbe, "als wenn katholische Sonderaktionen, die als einzigen Zweck die Zerstörung der katholischen Einheit befolgen, sich als päpstliche Katholiken vor den Thron des Papstes mit Monopolrechten aufpflanzen wollen ... Für sie (die Integralen, d.Verf.) ist jede Willensäußerung des Papstes eigentlich nur ein Anlaß, etwaige Gegner dieser Kundgebung ausfindig zu machen."²⁾ Noch vor Erscheinen von "Singulari quadam" im Frühjahr 1912 erklärte die KV, in ihren Bestreben, eine kirchliche Verurteilung der christlichen Gewerkschaften zu erwirken, gäben sich die "Berliner" alle Mühe, "Irrlehren aufzudecken, und damit erreicht man nichts anderes, als daß die Autorität derjenigen geschwächt wird, die öffentlich erklären, daß die Anklagen gegen diese sogenannte 'Richtung' (M.-Gladbach ist gemeint, d.Verf.) unberechtigt sind."

Weiter sprach die KV an der gleichen Stelle davon, daß man versuche, Zwischeninstanzen zwischen die Bischöfe und das katholische Volk, "ja sogar zwischen Papst und katholischer Kirche" herzustellen, den habe "eine Reihe von Winkelunziaturen errichtet, die unter Umgehung der rechtmässigen Instanzen Tribunale aufrichten, die aller Legitimität entbehren" und deren Hauptaufgabe die Denunziation sei. Die KV fuhr dann fort: "Dieses Ununziamentum, das in der letzten Zeit in neuen Zeitschriftengründungen allmählich eine gewisse Organisation gefunden hat, will sich mit dem katholischen Namen schmücken und eine Art privilegierten päpstlichen Katholizismus zur Schau tragen ... Wir nennen dieses Treiben 'modernistisch'. Es ist es auch in dem Sinne,

1) s. WAZ, 29. Jan. 1910, Nr. 5

2) KV, 1. Febr. 1914, Nr. 95

daß man unter den Katholiken ein Parteiwesen wahrnehmen ließ
aufführen möchte, wie es dem Wesen einer kirchlichen Gemein-
schaft durchaus fremd ist. Der einzige 'Richtungs' sei ge-
gen; man gründete eine eigene Presse, die 'katholisch' im
Komperativ sein soll und es daher nicht einmal im Positiv
ist.¹⁾

Das Schlagwort, das die "M.-Gladbacher" in der direk-
ten Verteidigung gegenüber den integralen Berliner Angriffen
verwandten, lautete: "Ketzerriecher". Dabei machte es ihnen
zuweilen nichts aus, auch einmal mehr das emotionale Empfin-
den ihrer Leser anzusprechen. So schrieb beispielsweise die
WAZ von den "Ketzerriechern": "Sie sind zu klein, um auf die
sieghafte Kraft des katholischen Gedankens und die göttli-
che Gnade zur Durchföhrung und christlichen Umgestaltung
der Kultur zu vertrauen; sehen im Frühling bloß die Stürme
und die entwurzelten Bäume, aber nicht das allenthalben
keimende, sprossende neue Leben."²⁾

Im wesentlichen beschränkte sich jedoch die Verteidi-
gung der "M.-Gladbacher" darauf, die Widersprüche zwischen
Lehre und Methode des Integralismus der Öffentlichkeit vor
Augen zu führen. Im Anschluß an den Gewerkschaftsprozeß
wurde beispielsweise oft, besonders von den Zeitschriften
der christlichen Gewerkschaften, darauf hingewiesen, wie
die integralen "Berliner" während des Prozesses in Köln
sich in "auffallend freundschaftlicher Weise" mit den so-
zialdemokratischen Führern gegen die christlichen Gewerk-
schaften zusammengetan hätten.³⁾

1) KV, 3. Febr. 1912, Nr. 104; vgl. "Germania", 17. Jan.
1914, Nr. 25

2) WAZ, 15. Juni 1912, Nr. 24, S. 142

3) s. "Der Bergarbeiter", 3. Jan. 1914, Nr. 1; 12. Jan. 1914
Nr. 2

D. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann zum Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik folgendes gesagt werden:

1. Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken wurde im wesentlichen auf publizistischer Ebene ausgetragen.

2. Das öffentliche Meinen der Katholiken zum Gewerkschaftsstreit war bestimmt durch die geschichtliche Situation. Nach den Kirchenkämpfen des 19. Jahrhunderts wollte man einerseits aus dem innerkirchlichen Raum, in den man gedrängt worden war, heraus; andererseits war aber dieser innerkirchliche Raum die Kraftquelle des Katholizismus.

3. Der Modernismus bot den Katholiken ein Beispiel dafür, daß ein vollkommenes Aufgehen in der Zeit die Relativierung aller Werte bedeuten würde. Außerdem könnte so die Rangordnung der Werte und damit der Kultursachbereiche nicht gewahrt werden.

4. Da augenscheinlich der Glaube aber auch andere Kultursachbereiche zu prägen vermag, fragte man nach den Grenzen dieser Sachbereiche und deren Eigenständigkeit. Sollte man, wie es die "M.-Gladbacher" wollten, den eigenständigen Bereich der Wirtschaft die gewerkschaftlichen Organisationen anpassen, um so zunächst einmal bei der wirtschaftlichen Integration der Arbeiterschaft zu beginnen, oder sollte man, wie es von den "Berlinern" vertreten wurde, die Integration der Arbeiterschaft gleichzeitig auf wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Gebiet betreiben, weil, wie die "Berliner" meinten, die Grenzen der Sachgebiete nicht so scharf gezogen werden könnten. Die Eigenständigkeit der Kultursachgebiete wurde jedoch auch von den "Berlinern" nicht geleugnet. Aber die "M.-Gladbacher" erkannten ebenso an, daß die Wirtschaft sowohl kirchensachfremden als auch kirchensachfremden Werten unterliege. Denn wenn man Gott als höchsten Wert anerkennt, auf den alles menschliche Handeln ausgerichtet sein soll, so gehört das wirtschaftliche Handeln ebenfalls der Rangordnung der Werte mit dazu. Als Wert muß dieses wirtschaftliche Handeln

aber erst einmal wirtschaftlich richtig sein.¹⁾

5. Wenn man also den Bereich der Kultursachgebiete in seiner Eigenständigkeit achtet, wie es die "M.-Gladbacher" taten, so kann die kirchliche Autorität hier nur indirekt über die Rangordnung der Werte auf Religion und Moral verweisen. Die "Berliner" wollten jedoch der kirchlichen Autorität auch einen direkten Zugang zu dem Bereich der Kultursachgebiete verschaffen. Hierzu erklärte Pius XI. in "Quadragesimo anno": "'Die Kirche würde es sich als einen Übergriff anrechnen, grundlos in diese irdischen Angelegenheiten sich einzumischen.' Aber unmöglich kann die Kirche des von Gott ihr übertragenen Amtes sich begeben, ihre Autorität geltend zu machen, nicht zwar in Fragen technischer Art, aber sie weist über die geeigneten Mittel verfügt, auch eine Sendung erhalten hat, wohl aber in allem, was auf das Sittengesetz Bezug hat."²⁾ Parallel dazu muß auch die Stellung des Geistlichen in der Welt gesehen werden.

6. Eine Zusammenarbeit mit evangelischen Christen sei bei einer strengen Scheidung der Kultursachgebiete eher möglich, meinten die "M.-Gladbacher", während die "Berliner" Bedenken äußerten. Die Frage geht hier wesentlich um die Anerkennung des natürlichen Sittengesetzes. Nach katholischer Lehre stimmt das christliche Sittengesetz mit dem natürlichen Sittengesetz überein. Es wird jedoch durch die christliche Offenbarung noch einmal bekräftigt. Wenn eine große Zahl von Protestanten das natürlich Sittengesetz ablehnt, so verbindet sie doch der gleiche Glaube an Christus mit den Katholiken, worin eigentlich indirekt das natürliche Sittengesetz wieder anerkannt wird. Ebenso ist es mit dem Naturrecht, das der auf das gesellschaftliche bezogene Teil des natürlichen Sittengesetzes ist. "Es ist daher gleichgültig ob Christ oder Nichtchrist, nur der Vernunft und Gewissenstüchtigkeit fähig, denn jeder menschliche Verkehr spielt sich unter den Voraussetzungen allgemein anerkannter Grundsätze über Gut und Böse, Recht und Unrecht ab."³⁾

1) s. Pius XI. Quadragesimo anno, Nr. 42/43

2) Pius XI. Quadragesimo anno, Nr. 44

3) Erzbischof, Max. Die christliche Ethik, 1929, S. 151 ff.; Simmel, Ethik, 1902, S. 100; Stimmen der Zeit, 1952, Bd. 150, Heft 11, S. 337 f.

7. Einige Äußerungen der "M.-Gladbacher" konnten in den ersten Jahren des Streites leicht zu der Vermutung Anlaß geben, daß man die Arbeit gemäß den Lehren der klassischen Sozialökonomie zu einem Handelsobjekt machen wollte. Aber bei der Gewerkschaftsstreit richtungweisend und regulierend gewirkt, denn, wie auch die Äußerung der "Berliner" gewesen sein mochten, so mußten sich doch die "M.-Gladbacher" irgendwie zu den aufgeworfenen Fragen stellen. Indessen haben die "M.-Gladbacher" es besser verstanden, sich den Gegebenheiten des Liberalismus anzuweisen, um die Arbeit, die als Ware gehandelt werden mußte, wieder ihren wahren sittlichen Wert zu verschaffen, indem sie sich des Gesetzes von Angebot und Nachfrage bedienten.¹⁾

8. Auch in Fragen nach der sittlichen Bräutlichkeit des Streites haben sich die "M.-Gladbacher" der Situation angepasst und nutzten den durch den Liberalismus gegebenen Machtkampf für ihre Ziele. Die "Berliner" wollten jedoch eine gewaltsame Selbsthilfe meiden, um den sozialen Frieden nicht zu zerstören. Sie appellierten an den Staat, in dessen Rechtsordnung eben gerade da, wo sie seine Hilfe am notwendigsten brauchten, eine Lücke bestand, in deren Bereich die Interessen der kollidierenden Arbeitsmarktparteien auf gewaltsamen Wege ausgetragen werden konnten. Hier duldet selbst der Staat innerhalb einer Rechtsordnung den Machtkampf und konnte sich nur darauf beschränken, bestimmte Regeln für dieses Duell verbindlich zu machen.²⁾ Daß dies selbstverständlich kein Idealzustand war, leugneten auch die "M.-Gladbacher" nicht. Aber der Weg zur Lösung dieses Problems führte nicht allein über den Staat, sondern vor aller über eine Neuordnung der Gesellschaft, die in Weltgruppen verfallen war. Ein Ansatz hierzu waren die Tarifverträge, denn sie bedeuteten schon einen Schritt auf eine berufsständische Ordnung.

-
- 1) Briefs, G., "Gewerkschaftsfragen und Gewerkschaftspolitik", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, Bonn 1927, S. 471/6; ders. "Zur Kritik d. klass. Gewerkschaftstheorie", in: Soziale Praxis, 22, Dez. 1925, Nr. 24, Sp. 1527 - 1532
- 2) Kaiser, Josef, H., Der politische Dualismus, Berlin 1953, S. 6 f.

werdung der Arbeiterschaft. Nur bestand der Unterschied darin, daß sie nicht wie die "Berliner" das Bestehen eines Arbeiterstandes anerkannten, was durchaus nicht der Wirklichkeit entsprach, sondern im Gegenteil aus der vorhandene Klasse einen Stand machen wollten. Dazu war den "M.-Gladbachern" auch der Klassenkampf recht, d.h. die Auseinandersetzung der Klassen. Dieses war jedoch kein Kampf, wie ihn der Marxismus lehrte, der zur Diktatur des Proletariats führen sollte, sondern die gesellschaftliche Integration der Arbeiter zum Ziel hatte.¹⁾

Die "M.-Gladbacher" hatten bereits eine nach Leistungsgesellschaftlicher gegliederte gesellschaftliche Ordnung beschrieben, die später von Pius XI. in "Quadragesimo anno" empfohlen wurde.²⁾ Diese gesellschaftliche Ordnung soll nicht mehr von oben nach unten aufbauen und den gesellschaftlichen Raum mit in den politischen Raum einbeziehen, wie die "Berliner" es wollten, ja sogar für naturgegeben hielten, sondern hier soll das bestimmende Prinzip das jeweilige Leistungsziel, wie Metall, Kette, Gemeinschaftsraum, Verkehr usw., für die einzelnen Berufsstände sein. Zu einem auf ein Leistungsziel ausgerichteten Berufsstand würden dann alle diejenigen gehören, die an der Verwirklichung dieses Zieles mitarbeiten, was die "M.-Gladbacher" erstrebten und aus ihrer Haltung gegenüber den Unternehmern deutlich wurde. Demgegenüber sprachen die "Berliner" noch von "höheren Ständen" oder "höheren Klassen".

11. Die "Berliner" standen auf der Seite der Integrationen, die eigentlich den Modernismus bekämpfen wollten, aber auch in den Bestrebungen der "M.-Gladbacher" modernistische Triebe vermuteten. Die Tatsache, auf die die "M.-Gladbacher" hinweisen, daß es neben dem katholischen Glauben keinen "integral-katholischen" Glauben geben könne, d.h. einen Glauben, in dem besonders konsequent die katholische Lehre befolgt wird, ist eigentlich eine Überzeugung, die zu jeder Zeit im Bewußtsein der Kirche gelebt hat. Dann entweder ver-

1) S. Gundlach, Gruber, "Klassenkampf", in: Staatslexikon, III. Bd., Freiburg 1929, Sp. 394 - 399

2) Pius XI., Quadragesimo anno, Nr. 81 - 87

steht man unter "integralelem" Glauben das Befolgen und Annehmen der Lehren des kirchlichen Lehramtes; dann ist dies nichts Besonderes, was einer Gruppe von Katholiken zu eigen sein könnte, sondern gehört zum Glauben jedes Katholiken. Oder aber der "integrale" Glaube bezieht Dinge mit ein, die in den eigenständigen Bereich der Wirkursachen, d.h. der Kultursachgebiete, gehören, was jedoch ein fundamentaler Verstoß gegen den echten katholischen Glauben wäre, wenn man zum Beispiel sich nicht fragt, sondern nur wirtschaftlich wirtschaften.¹⁾ Wohl ist die soziale Frage auch letztlich eine religiöse Frage, weil mit der materiellen und sozialen Besserstellung der Arbeiter noch lange nicht alles erreicht wäre. Denn die rechte Rangordnung der Werte vermag man nicht zu erkennen, wenn man nichts von dem Nächsten Wert dieser Rangordnung weiß. Um die Dinge einordnen zu können, gehört der Bereich des Religiösen mit hinein. Pius XII. sagte dazu in einer Rundfunksprache an die deutschen Katholiken: "Christliche Kulturpolitik und christliche Sozialpolitik lassen sich nicht trennen, weil derselbe christliche Mensch sowohl Quelle wie Ziel beider ist. Die christliche Sozialpolitik gehört zur christlichen Kulturpolitik wie das Einzelorgan zum lebendigen Organismus."²⁾ Die "K.-Gladbacher" hatten diese sehr pädagogischen Aufgaben den konfessionellen Arbeitsvereinen übertragen, in denen die Kategorien erarbeitet werden sollten, aus deren innersten Wesen allein eine vollkommene Lösung der sozialen Frage nach christlicher Auffassung möglich ist. Wenn die "Berliner" andererseits die wirtschaftlichen, sozialpolitischen, kulturellen und religiösen Probleme mit einer Organisation lösen wollten, so entsprach das nicht der in Deutschland gegebenen geschichtlichen Situation.

-
- 1) vgl. Hell Brauning, Oswald v., "Wirtschaftsethik und Sozialismus", in: Staatslexikon, V. Bd., Freiburg 1938, Sp. 137 ff.; Der "integrale" Katholizismus, Verf. n. gen., in: Stimmen aus Maria Laach, 87. Bd., Freiburg 1938, S. 252 ff.
- 2) Pius XII., Rundfunksprache an die deutschen Katholiken, in: Bochum, 4. Sept. 1949, A. S. III 1949, 458 - 462, zit. n. Soziale Summe Pius XII., hrsg. v. O. v. Bruner Freiburg / Schweiz, 1954, I. Bd., Nr. 608

A n n e n g

A. Anzeigen

I. Zeitungen

G e r m a n i a

Zeitung für das deutsche Volk
mit Handelsblatt und der Reichsblätter: Blätter für
Literatur, Wissenschaft und Kunst - Kunst und
Welt - Blätter für Unterhaltung - Verlosungsliste
von Wertpapieren. Gegründet 1870

Jahrgang 30 - 44; 1900 - 1914

Chefredakteur: H. Gontzow (ab Sommer 1899), Franz Peters
(ab Sommer 1901), Paul Tersch (1903 kurze Zeit),
H. von Brink (ab 15. Okt. 1903), Dr. Weber (ab
1. Jan. 1914)

Erscheinungsort: Berlin

Erscheinungsweise: 2 mal täglich mit zwei Blättern, ab
Oktober 1905 nur noch zwei Blätter, erschie-
nen nach Sonn- und Feiertagen, bis Ende 1912 jede
Tagesausgabe nummeriert (durchschnittlich 299
Nummern im Jahr), dann jedes Blatt nummeriert
(durchschnittlich 600 Nummern im Jahr)

Umfang (mit Beilagen): 16 Seiten täglich, davon durch-
schnittlich 9 % Anzeigen (1902 12 %, 1913 6 %)

Satzspiegel: 41,5 x 26 cm, dreispaltig

Auflage: ungefähr 10 000

K ö l n i s c h e V o l k s z e i t u n g und Handelsblatt

Allgemeiner Anzeiger für Rheinland - Westfalen
(Kölnische Handelszeitung)

Jahrgang 40 - 55; 1899 - 1914

Chefredakteur: Hermann Cardauns (bis 1907), danach bis
in den Krieg hinein sein Chefredakteur ergegangen

Verlag: J. P. Bachem

Erscheinungsort: Köln

Erscheinungsweise: 3 mal täglich (werktag), d. h. 19 mal
wöchentlich, durchschnittlich 1115 Nummern jähr-
lich

Umfang: Jede Nummer vier Seiten (ohne Beilagen), davon
durchschnittlich 30 % Anzeigen (1903 - 1904 25 %,
1906 - 1910 30 %, 1911 25 %, 1912 - 1913 45 %)

Satzspiegel: 53 x 37,5 cm

Auflage: 1900 15 900, 1909 26 500, 1913 29 100

Beilagen: Sonntagsbeilage, Sonntagsbeilage, Unterhaltungs-
beilage, Literaturbeilage, Landwirtsch. u. gewerbli-
che Beilage, Verlosungsbeilage, Annoncen-Anzeiger

III. Zeitchriften

a) Organe der Verbände katholischer Arbeitervereine

D e r A r b e i t e r
Organ des Verbandes der katholischen Arbeiter-
Vereine Nord- und Ostdeutschlands
Herausgegeben vom Gesamtvorstand
ab 7. Juni 1903 heißt es:
Organ des Verbandes der katholischen Arbeiter-
Vereine (Sitz Berlin)
Herausgegeben vom Gesamtvorstand

Jahrgang 5 - 18, 1901 - 1914
Chefredaktoren: Peter Becker (bis April 1901), Dr. Arnold
(bis Juli 1904), Emil Schuler (bis in den Krieg)
Verleger: Liz. Dr. H. Fournelle
Erscheinungsort: Berlin
Erscheinungsweise: wöchentlich
Umfang: 4 Seiten; bei 20 % (ab 1910 bei 40 %) der Nummer
wird der redaktionelle Teil auf einer zweiseitigen
"Beilage zum 'Arbeiter'" fortgesetzt; davon
Anzeigen: 1905 - 07 30%, 1908 33%, 1910 27%,
1911 30%, 1912 - 14 20%
Satzspiegel: bis 19. Mai 1901 25 x 18,5 cm, danach 42 x
25,5 cm, dreispaltig
Auflage: 1901 25 000, 1902 29 500, 1903 47 000, 1904
62 500, 1905 78 500, 1906 87 800, 1907
100 000, 1908 105 000, 1909 110 000, 1910
110 000, 1911 112 000, 1912 112 000, 1913
112 000, 1914 112 000. Die seit Januar 1903
erscheinende polnische Ausgabe "Robotnik" ist
mitgezählt.
Beilagen: Feierabend, Korrespondenzblatt der beruflichen
Fachabteilungen (s. unten).

W e s t d e u t s c h e A r b e i t e r - Z e i t u n g

Organ für die Interessen der arbeitenden Stände
Verbandsorgan der kath. Arbeitervereine der Erz-
diözese Köln
ab 24. März 1900: Verbandsorgan der kath. Arbeiter-
vereine der Erzdiözese Köln sowie Trier und
Fulda
ab 5. April 1902 ist Trier nicht mehr genannt.
ab 1903: Organ des Verbandes katholischer Arbeiter-
vereine Westdeutschlands.
ab 1904: Organ des Verbandes katholischer Arbeiter-
und Knappenvereine Westdeutschlands. Anzeigen-
blatt des Verbandes der Volkshilfsvereine und Arbeiter-
sekretariate.

Jahrgang 1 - 16, 1899 - 1914
Chefredaktoren: August Pieper (bis 1900), Johannes Gies-
berts (bis 1900), Josef Joss (bis Mai 1913), da-
nach Wilhelm Elfes

Verleger: Kölner Bühnenverleger, ab April 1906 Dr. Otto Müller als Leiter des Verlages Westdeutsche Arbeiter-Zeitung GmbH.

Erscheinungsort: H.-Gladbach

Erscheinungsweise: wöchentlich

Umfang: 4 Seiten, ab 1908 8 Seiten (davon 3 Beilagen), davon von Anzeigen: 1900 10%, 1902 15%, 1904 - 1907 9%, 1908 - 1911 7%

Satzspiegel: 44 x 28 cm, ab 1908 42 x 28,5 cm, zweispaltig

Auflage: 1902 9500, 1903 17000, 1904 30000, 1905 50 000, 1906 75000, 1907 100000, 1908 105000, 1909 100000, 1910 125000, 1911 140000, 1912 160000, 1913 185000, 1914 210000.

Beilagen: Die Arbeiter-Familie, Die Mutter, Binnensendung, Vierteljahrbeilage

b) Organe der Gewerkschaften

Der Bergknappe
Zeitschrift für christliche Bergleute
Organ und Eigentum des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands

Jahrgang 7 - 22, 1899 - 1914

Redakteur: August Ernst, ab Juni 1903 H. Pörup

Verlag des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands

Erscheinungsort: Altonaessen, ab 1907 Essen

Erscheinungsweise: wöchentlich

Umfang: 4 Seiten, ab 1907 8 Seiten, davon ab 1907 durchschnittlich 11 % Anzeigen

Satzspiegel: 46,5 x 29,5 cm, ab 1903 42 x 33 cm, ab 1907 42 x 27,5 cm, vierspaltig, ab 1907 zweispaltig

Auflage: 1904 53000, 1907 94000

Beilagen: keine

Beilage zum "Arbeiter" (s. o.) :

Korrespondenzbeilage für
beruflichen Fachabteilungen
des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)

Herausgegeben von der Zentralkommission
erscheint ab 17. April 1904

Jahrgang 1 - 11, 1904 - 1914

Redakteur, Verleger, Erscheinungsort, Satzspiegel und Auflage wie bei "Der Arbeiter" (s.o.)

Umfang: 2 Seiten ohne Anzeigen

Erscheinungsweise: 14 - täglich

c) Führungsorgane

Der Arbeiterpräsident
Friedrich Hombach von der Arbeiter und Freunde
der katholisch-sozialen Bewegung
Herausgegeben vom Verband der katholischen
Arbeitervereine (Sitz Berlin)

erscheint ab 1905

Jahrgang 1 - 9, 1905 - 1914

Redakteur: Dr. Paul Fleischer

Verleger: Lic. Fournelle, Generalsekretär

Erscheinungsort: Berlin

Erscheinungsweise: monatlich ein Heft

Umfang: ein Heft, etwa 32 Seiten, jährlich ca. 300 Seiten

Anzeigen nur auf dem kartonierten Deckel

Satzspiegel: 18 x 11,7 cm

Auflage: 3000

Kölner Correspondenz
Herausgegeben von Dr. P. Oberdörffer

ab 1. Januar 1901:

Präsidenten-Korrespondenz

Neue Folge der Kölner Correspondenz

Unter Mitwirkung von Präsidenten herausgegeben von
Dr. August Pieper

Jahrgang 12 - 27, 1899 - 1914

Verlag: J. P. Bachem, ab 1908 W. Kreyer

Erscheinungsort: Köln, ab 1908 M.-Gladbach

Erscheinungsweise: monatlich ein Heft

Satzspiegel: 18 x 11 cm

Umfang: zwischen 300 (1901) und 400 (1914) Seiten jährlich

Auflage: 1908 3000, 1911 3000, 1912 3200

Mitteilungen des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands

ab Januar 1905:

Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Neue Folge der "Mitteilungen")

Herausgegeben vom Gesamtverband

Jahrgang 1 - 14, 1901 - 1914

Verlag: van Acken, Krefeld

Redakteur: Johannes Giesberts

Erscheinungsort: Krefeld

Erscheinungsweise: 26 Nummern im Jahr, ab 1905 14-tägig

Umfang: jede Nummer 8 Seiten, ab 1905 abwechselnd 16 oder
8 Seiten, keine Anzeigen

Satzspiegel: 23 x 14,7 cm, ab 1905 24,5 x 15,3 cm
zweispaltig

Auflage: 10 000 (1911)

Beilagen: keine

d) Die integrale Zeitschrift

K l a r h e i t u n d W a h r h e i t
Katholische Wochenschrift für das ~~Gemeinde~~
Leben

Herausgeber: Graf v. Oppersdorff

Jahrgang 1 - 3, 1912 - 1914

Verlag: Norddeutsche Verlagsgesellschaft m.b.H.

Redakteur: Graf v. Oppersdorff

Erscheinungsort: Berlin

Erscheinungsweise: wöchentlich

Umfang: jede Nummer durchschnittlich 12 Seiten, davon
durchschnittlich 4 % Anzeigen

Satzspiegel: 27 x 18,5 cm

Auflage: unbekannt

Beilagen: Dokumente und Nachrichten

B. Literaturverzeichnis

- Adam, August, Spannung und Harmonie, Kevelaer 1941
- Albrecht, G., "Gewerkschaften", in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, Jena 1932, S. 178 - 188
- Altmann, Alfons, Die Öffentlichkeit der Kirche im Katholizismus und die Front der Gewerkschaften, in: Stimmen der Zeit, 156. Bd., Freiburg Juli 1955, S. 272 - 279
- Arndt, Augustin, Georg Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau (1887 - 1914), Breslau 1914
- Arnold, Franz Xaver, Zur Frage des Naturrechts bei Martin Luther, München 1937
- Rivalität oder Zusammenarbeit der Konfessionen ? In: Bildungsfragen der Gegenwart, Festschrift für Theodor Bäuerle, Stuttgart 1953, S. 315 - 339
- Stellung des Laien in der Kirche. Respekt vor der Eigengesetzlichkeit der "Welt", in: Politisch-soziale Korrespondenz, 3. Jhrg., Bonn 1954, Nr. 1
- Bachem, Julius, Wir müssen aus dem Turm heraus, in: Historisch-politische Blätter, Bd. 137, München 1906, S. 376 ff.
- Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, 7. Bd., Köln 1930
- Joseph Bachem und die Entwicklung der katholische Presse in Deutschland, Köln, 1. u. 2. Bd., 1912, 3. Bd. 1938
- Zentrum, katholische Weltanschauung und allgemein politische Lage, Krefeld 1913
- Backes, (Hg.), Memorandum zur Bergarbeiterstreikbewegung im Saarrevier 1912/13, Neunkirchen 1913
- Berani, Josef, Die Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit, Berlin o.j. (1952)
- Der "Gewerkschaftsstreit" in Deutschland. Ein dunkles Kapitel deutscher Kirchengeschichte, Berlin o.j. (1948), mschr. Manuskript
- Bayard, Raimund (Hrsg. v. Dr. Paul), Die Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken, Trier 1911

- Bartsch, Julius, Die wirtschaftsfriedliche Bewegung und ihr
ökonomisches Grundlagen im Rahmen der deutschen
Gewerkschaften, rechts- u. staatsw. Diss., Tü-
bingen 1923
- Bartsch, Julius, Die geistlichen Grundlagen der politischen
Parteien, Bonn 1947
- Behrens - Stiller, Das neue Programm der christlichen
sozialen Arbeiterbewegung, Leipzig 1917
- Behrens, Franz, Strömungen in den evangelischen Arbeiter-
vereinen und ihre gesellschaftliche Wirkung,
o. Ort, o. J.
- Bergsgaev, Nikolai, Christentum und Klassenkampf, Leipzig
1936
- Bergsträsser, Ludwig, Studien zur Vorgeschichte der Zen-
trumspartei, Tübingen 1910
- Geschichte der politischen Parteien, München
1952
- Berleppach, Ernst v. (Hrsg.), Soziale Arbeit im neuen
Deutschland. Soziale Festschrift zum 70. Ge-
burtstag von Franz Hitze, M.-Gladbach 1921
- Bernstein, Eduard, Der Streik. Sein Wesen und Wirken,
Frankfurt a.M. 1906
- Böcher, Julius, Philosophie und Theologie des Modernis-
mus, Freiburg B. 1912
- Binderbach, Joseph, Theologische Fragen über die gewerk-
schaftliche Bewegung, München 1916
- Die soziale Frage, Innsbruck 1902
- Die sittliche Berechtigung der Arbeiteraus-
stände und der Arbeiterpräses, in: Zeitschrift
für katholische Theologie, XXXVI. Jhrg., Inns-
bruck 1912, S. 97 - 128
- Börlgen, Carl, Die katholische Arbeiterbewegung
im Lichte der katholischen Soziallehre,
Diss., Köln 1926
- Böhme, Theodor, Die christlich-sozialen Gewerkschaften
Ihr Werden, Wesen und Wollen, rechts.u.
staatsw. Diss., Stuttgart 1930
- Bonhoeffer, Arnold, Das katholisch-soziale Vereinswesen in
Deutschland, Soziologie und Statistik und Sta-
tistik desselben, Würzburg 1879
- Brauer, Theodor, Die christlichen Gewerkschaften, Düs-
seldorf 1921

- Brunner, Ed., Die Gewerkschaften im Kampf um Volkswirtschaft, Berlin 1921
- Gewerkschaften und Volkswirtschaft, Jena 1922²
- "Gewerkschaften", in: Staatslexikon, 2. Bd., Freiburg 1927, Sp. 719 - 726
- Die moderne Gewerkschaftsbewegung, Duisburg 1922
- Die Krisis der Gewerkschaften, Jena 1924
- Grün, Adolf, Die Gewerkschaften. Ihre Entwicklung und Kämpfe, Nürnberg 1924
- Heinrich, Otto, Ständiges und ständiges Verhalten des christlichen Katholiken in der Arbeiterfrage, Würzburg 1906
- Organisation oder Schablone ? Würzburg 1906
- Herrmann, Heinrich, Die Wahrheit über die Gewerkschaftsbewegung, Kritik der gläubigen, Hermann Bayards, M.-Gladbach 1912
- Die christlichen Gewerkschaften, M.-Gladbach 1908
- Hofmann, Walter, Christliche Sozialbewegung des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1953
- Brentano, Hugo, Die Arbeiterbilder der Gegenwart, Leipzig, 1. Teil: Zur Geschichte der englischen Gewerkschaftsvereine, 1876; 2. Teil: Zur Kritik der englischen Gewerkvereine, 1872
- Ist das "System Brentano" zusammengebrochen ? Berlin 1918
- Krieger, Gün., Das Gewerkschaftsproblem - gestern und heute, Frankfurt a.M., 1955
- Gewerkschaftswesen und Gewerkschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaft 4. Bd., Jena 1927, S. 1108 - 1150
- Die Verantwortung des christlichen Unternehmers heute, Köln 1955
- Zur Kritik der klassischen Gewerkschaftstheorie, in: Soziale Krisis, 1920, Leipzig, Berlin 1920, Nr. 64, Sp. 1527 - 1532
- Zur Soziologie der Demokratie, Gesellschaft und Staat in ihrer Verfassung, in: Carl Sonnenschein Blätter, 2. Jrg., München 1954, S. 59 - 64

Dietrich, Götz, Zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Die
Herausforderung an die Arbeiterbewegung, München 1952

Brunner, August, Glaube und Erkenntnis, München 1951

Fachwissen oder Autorität ? 151. Bd., in:
Stimmen der Zeit, 151. Bd., Freiburg 1952,
S. 10 - 20

Fröhlein, Karl, Geschichte der christlichen Parteien in
Deutschland, München 1953

Hubert, Ferdinand, Lebensgeschichte der christlichen Be-
wegung, aber ein besonderer Abschnitt über
des "Gewerkschaftsstreites", rechts- u. staats-
wiss. Diss (Mschr.), Würzburg 1922

Herr, Joseph v., Die Aufgabe des katholischen Volkes
deutscher Nation in der Gegenwart, Regens-
burg 1851

Hubert, J. (d. J. Treits, Jahrb.), Kann und darf ich für
eine Arbeiterbewegung auf katholischer Grund-
lage eintreten ? Trier 1904

Gardaun, Hermann, Aus dem Leben eines deutschen Redak-
teurs, Köln 1912

Gasser, Theodor, Die Gewerkschaftsbewegung. Eine Soziolo-
gie und ihr Kampf, Halberstadt 1925

Gebauer, Viktor, Moralphilosophie. Eine wissenschaftliche
Darstellung der sittlichen, einschließlich
der rechtlichen Ordnung, 2 Bde., Leipzig
1924

Recht, Naturrecht und politisches Recht,
Freiburg 1920

Defoyne, Gaston, La révolution syndicaliste convoquée par
les "Catholiques Sociaux", Paris 1913

Denzinger, Heinrich, Enchiridion symbolorum definitionum
et declarationum de rebus fidei et morum,
Hrsg.: Karl Rahner, Freiburg 1952

Hennelein, Ernst, Verlauf und Ergebnisse des "Zentrumsstrei-
tes" (1900 - 1903), in: Stimmen der Zeit,
156. Bd., Freiburg Mai 1955, S. 101 - 122

Deutz, Josef, Adam Hegereald, Gewerkschaftler - politi-
scher Minister, 1890 - 1905, ein Beitrag zur
Geschichte der christlichen Gewerkschaften
in Deutschland, Köln 1952

Doerflinger, Carl, "Arbeiterbewegung", in: Handbuch der Zeitungs-
wissenschaft, Hrsg.: Müller, Walter, Leip-
zig 1940

Wittke, Siegfried, Zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung in
Ruhrrevier, Essen 1906

Der Streik des Polstererplatts und die Bergarbeiter-
reville, sowie die Bergarbeiter des Gewerks-
vereines, Essen 1905

Wiedmann, August, Die christliche Arbeiterbewegung in
Deutschland, Stuttgart 1908

Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere
ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche, Stuttgart
1914

Die Schwarzgelben. Eine Kritik der christlichen
Gewerkschaften, Düsseldorf 1911

Winkelmann, Anton, Die deutschen Gewerkschaften. Eine Kritik
und Antikritik, Weidenfeld u. N. 1907

Erzberger, Matthias, Christliche oder sozialdemokratische
Gewerkschaften, Stuttgart 1898

Fischer - Jelinek, Die deutschen Gewerkschaften, Jena 1904

Flamm, Hermann, Kirchliches Lehramt und soziale Frage,
Berlin 1914

Friedrichsen, Karl, Der christliche Gewerkschaftsdenken.
Brief an einen Arbeiterfreund, Mainz 1907

Froster, Friedrich, W., Christentum und Klassenkampf,
Zürich 1908

Fleischer, Paul, Ausspeisung und Streik, Berlin 1911

Frank (Hrsg.), Festschrift zum 25-jährigen Bestehen des
Gesamtverbandes evangel. Arbeitervereine
Deutschlands 1890 - 1915, Cassel 1915

Franz, Albert, Der soziale Katholizismus in Deutschland
bis zum Tode Kettlers, M.-Gladbach 1914

Galen, Clemens Graf v., Die "Pest des Laizismus" und ihre
Erscheinungsformen, Münster 1932

Gastelger, Michael, Die gelben Gewerkschaften. Ihr Werden
und ihr Wesen, München 1909

Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutsch-
land. Eine geschichtliche Darstellung, München
1908

Georg, Elisabeth, Streik und Streik in der Gewerkschafts-
streiks, Jena 1908

- Orlitz, Hubert, Christliche Gewerkschaft der Katholiken,
Fachabteilung, Breslau 1904
- Winkler, Paul, Die christliche Gewerkschaft,
amalgamierte Stützpunkt, Berlin o.J. (1933)
- Viermann, Johannes, Die christliche Gewerkschaft in Köln
1909
- Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiter-
bewegung der Volkswirtschaft und dem öffentli-
chen Leben, Köln 1907
- Gisler, Anton, Der Modernismus, Einsiedeln 1912
- Göhne, Paul, Die evangelisch-soziale Bewegung, ihre Ge-
schichte und ihre Ziele, Leipzig 1896
- Grebe, Friedrich, "Evangelischer Bund", in: Staatslexikon,
I. Bd., Freiburg 1926, Sp. 1772 - 1776
- Gress, Rudolf, Die Entwicklung der christlichen Gewerk-
schaftsidee, in: Die soziale Frage und der Katho-
lizismus. Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum der
Enzyklika Rerum novarum, Paderborn 1931, S. 361
- Grusche, Robert, Der geschichtliche Weg des deutschen Ka-
tholizismus aus dem Ghetto, in: Der Weg aus dem
Ghetto, Köln 1955
- Groth, Otto, Die Zeitung, Ein System der Zeitungskunde.
Bd. 1 - 4, Mannheim 1920 - 1931
- Guitten, Georges, Le syndicat dans ses rapports avec la
hiérarchie catholique, Paris - Lyon o.J.
- Gundlach, Gustav, Die Kirche und heutigen Wirtschafts- und
Gesellschaftsfragen, Erfüllungen der Bundesver-
pflichtung, XI. "Quadragesimo anno", Berlin
1949
- "Klasse", in: Staatslexikon, III. Bd., Freiburg
1929, Sp. 388 - 392
- "Klassenkampf", in: Staatslexikon, III. Bd.,
Freiburg 1929, Sp. 394 - 399
- Die soziale Frage von heute nach der Lehre der
Kirche, Essen 1951
- Hagemann, Walter, Grundzüge der Publizistik, Münster 1947
- Vom Mythos der Masse. Ein Beitrag zur Psycholo-
gie der Öffentlichkeit, Heidelberg 1951

Hitze, Franz, Die Quintessenz der sozialen Frage, Paderborn
1880

Hoerber, Karl, Der Streit um den Zentrumscharakter, Köln
1912

Die Presse, Freiburg 1918

Wagner, Eugen, Die deutsche Arbeiterbewegung und die soziale Frage im 19. Jahrhundert, Paderborn 1954

"Kirche und Partei", in: Kirche in der Welt, I. Bd., Münster 1948, S. 407 - 410

Die Sozialpolitik im deutschen Bergbau, Münster
1955

Die soziale Gerechtigkeit und die überlieferte
abendländische Gerechtigkeitslehre, Köln 1955

Die Bergarbeiterbewegung in Deutschland, in: Die Arbeiterbewegung in
die neueste Zeit, Stuttgart, 1. Bd., 1910, 2. Bd.,
1913

Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Bei-
trag zur Gewerkschaftsfrage zugleich eine Geschich-
te der deutschen Bergarbeiterbewegung, Bochum 1900

Imbusch, Heinrich, Arbeiterbewegung und Gewerkschafts-
organisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche
Darstellung, Essen 1908

Die Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung,
Cöln 1912

Jostock, Paul, Geschichte der Sozialdemokratie in der Rhein-
Freiburg 1946

Katholische Soziologie auf Abwegen, in: Kölnische
Volkszeitung, 8. Mai 1932, Nr. 128

Joos, Joseph, Am Räderwerk der Zeit, Augsburg 1952

Die katholischen Arbeitervereine, M.-Gladbach 1920

Juchacz, Alfred, Der katholische Arbeiterverein in
Deutschlands, seine Geschichte und sei-
ne Arbeiten, Güthersloh 1913

Kaster, Johannes, Die Arbeiterbewegung und die
Gewerkschaftsfrage, M.-Gladbach 1922

Kautsky, Karl, Die Sozialdemokratie und die katholische
Kirche, Hamburg 1947 (Hrsg.: Wehner), aus: Die
Neue Zeit, 1902

Keiter, H., Handbuch der katholischen Presse, Essen/Ruhr
1895¹, 1900², 1903³, 1909⁴, 1913⁵

Kempel, Franz, Die christliche und die neutrale Gewerkvereinsbewegung, beurteilt an der Hand des Rundschreibens "rerum novarum" des Papstes Leo XIII. von 15. Mai 1891 und des Hirtenschreibens der preussischen Bischöfe vom 22. August 1900, Mainz 1901

Göttliches Sittengesetz und neuzeitliches Erwerbsleben, Eine Winterhochschule in Bonn, 1901, 1902
Auffassung der gesellschaftlichen Erwerbsverhältnisse, Winterhochschule in Bonn, 1901, 1902
Die Entwicklung der "christlichen" Gewerkschaften, Mainz 1902

Kaiser, Josef H., Die Representation organisierter Interessen, Berlin 1956

Der politische Streik, Berlin 1955

Ketteler, Emanuel v., Die Arbeiterfrage und das Christentum, Mainz 1864

Die Arbeiterbewegung und ihr Streben in Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit, Mainz 1863

Liberalismus, Sozialismus und Christentum, Mainz 1871

Kirby, Maria, Der Arbeiterkampf der Arbeiter der katholischen Presse von 1878 bis 1900, Düsseldorf 1900

Kissling, J.B., Gewerliche der Gewerlichen Gewerkschaften, 1. Bd., Münster 1920

Klopp, Wiard, Leben und Wirken des Sozialpolitikers Karl Freiherr von Vogelsang, Wien 1930

Kreib, Philipp, Wesen und Bedeutung der Enzyklika gegen den Modernismus, Freiburg 1908

Kroll, August, Karl von Vogelsang und der Ständegedanke, in: Die soziale Frage und der Katholizismus (Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika Rerum novarum), Paderborn 1931, S. 64 - 85

Kron, Carl, Organisation und Kampf der Gewerkschaften im Ruhrgebiet zur Zeit des Kaiserreichs, 1890 - 1914, Phil. Diss. (Mschr.), Göttingen 1952

Kochmeyer, Anton, Die Gewerkschaften in der Gewerkschaften, in: Arbeiterwohl, 1. Jg., Köln 1894, S. 256 - 263

- Lortz, Joseph, Geschichte der Kirche in ideengeschichtlicher Betrachtung, Münster 1950^{15 u. 16}
- Louis, Paul, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, Stuttgart 1912
- Mahrholz, Werner, Wirtschaft und Christentum. Wissen und Wirken, 21. u. 22. Bd., Karlsruhe 1925
- Mausbach, Joseph, Der Eid wider den Modernismus und die katholische Wissenschaft, Köln 1911
- Konfession und bürgerliches Leben, in: Katholik, 6. Bd., Mainz 1910, Heft 8, S. 121 - 137
- Die katholische Moral und ihre Gegner, Köln 1911¹, 1921²
- Mergentheim, Leo, Zur Orientierung in der Enzyklika und Gewerkschaftsfrage, Düsseldorf 1911
- Messer, August und Prihille, Die Gewerkschaften in Deutschland, Stuttgart 1925
- Möller, Johannes, Die katholisch-sozialistische Bewegung, 1911-1925, Wien-München 1936
- Das Freizügigkeitsrecht, Handbuch des Gesellschaftsrechts, Staatsethik und Wirtschaftsethik, Innsbruck 1950
- Michels, Robert, Soziologie des Parteiwesens, Leipzig 1925²
- Müller, Franz, Christliche Sozialpolitik, in: Christliches Lexikon, I. Bd., Freiburg 1926
- Müller, Alfred, Diagnose unseres Gegenwarts. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standortes, Gütersloh 1949
- Das Jahrhundert ohne Gott, Münster 1949
- Müller, Franz, Hitze und sein Werk, Hamburg 1928
- Die Beurteilung des Kapitalismus in der katholischen Publizistik des 19. Jahrhunderts, in: Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Kapitalismus. Kirche und Gesellschaft, Augsburg 1932
- Müller, Otto, Die katholischen Arbeitervereine als kirchliche Bildungsvereine, M.-Gladbach 1904², 1907³, 1918⁵
- Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Mittel, Köln 1901

Müller, Otto, Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter- und Bauernbewegungen, Berlin 1905

Der Grundgedanke des ersten Arbeiterversammlungsses zu Frankfurt a.M. am 26. und 27. Mai 1905, Berlin 1905

Der Arbeiterkongreß in Würzburg, in: Der Arbeiterführer, 2. Jhrg., M.-Gladbach 1921, Nr. 4 - 6

Müller, Otto, Die christliche sozialpolitische Theorie für die christlich-sozialen Bewegung (ein Referat), Berlin 1907, Festschrift für die kirchlich-sozialen Konferenz, S. 11

Mundt, Theodor, Geschichte der deutschen Stände, Berlin 1854

Müller, Otto, Die christliche Sozialreform, München 1911

Mörsing, Christoph, Die Arbeiter und Arbeiterbewegung, Lage der Arbeiter, Mainz 1871

Naumann, Viktor (Pilatus), Die katholische Presse, Wiesbaden 1907

Neil Breuninger, Oswald v., Die berufständische Ordnung der Gesellschaft und ihre Bedeutung für den Staat, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 37, Heft 1, Berlin 1907, S. 214 - 217

Berufsständische Ordnung und Monopolismus, in: Ordo, 3. Bd., Fellbach/Württ. 1950

Christliche Berufsaufstellung, in: Ordo, 153. Bd., Freiburg 1953, S. 24 - 34

Gewerkschaften und christliche Soziallehre, in: Orientierung, 12. Jhrg., Zürich 1948, S. 177 - 179

"Gewerkschaftsreform", in: Lexikon für Theologie und Kirche, 4. Bd., Freiburg 1932, S. 374 - 3

"Integralismus", in: Lexikon für Theologie und Kirche, 5. Bd., Freiburg 1933, Sp. 431 - 432

Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Welttraktat Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung, Köln 1950

"Wirtschaftsintegralismus", in: Staatslexikon, V.
Bd., Freiburg 1932, Sp. 1373 - 1377

Nell Breuning, Oswald v. und Sacher, Hermann, Beiträge zu
einem Wörterbuch der Politik, Freiburg 1948
I. Heft, Zur christlichen Gesellschaftslehre,
II. Heft, Zur christlichen Staatslehre, 1948
III. Heft, Zur sozialen Frage, 1949
IV. Heft, Zur Wirtschaftsordnung, 1952

Nestriepke, Siegfried, Die Gewerkschaftsbewegung, 2. Aufl.,
Stuttgart 1922 - 1923

Gewerkschaftslehre, Stuttgart 1924

Neuner, Josef und Roos, Heinrich, Der Wandel der Gewerkschaften in
Urkunden der Lehrverkündigungen, Regensburg 1948

Nikolaus, Josef Maria, Die Gewerkschaften in der Geschichte
der Arbeiterbewegung in der Schweiz, Zürich 1931,
S. 12 - 13

Nebel, Alphonse, Die Gewerkschaften in der Schweiz, 2. Aufl.,
und ihre Führer, 2. Bd., Gotha 1925

Nostiz, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England,
Jena 1900

Nostiz Rienek, Robert, "Integralismus", in: Staatslexikon, V.
Bd., Freiburg 1927, Sp. 1496 - 1497

Oertzen, Dietrich v., Von Wichern bis Posadowsky. Zur Ge-
schichte der Sozialreform und der christlichen
Arbeiterbewegung, Hamburg 1908

Paulsen, Andreas, Die Presse der Freien Gewerkschaften,
Mschr., phil. Diss., Leipzig 1923

Périn, Charles, Christliche Philosophie, 2. Aufl.,
christlichen Gesellschaft, Freiburg 1876

Das Fundament des christlichen Gesellschaftsneu-
baues, Essen o. J.

Die Lehren der Nationalökonomie seit einem Jahr-
hunderte, Freiburg 1882

Perle, Heinrich, Die Gewerkschaften in der Geschichte der
deutschen Arbeiterbewegung, in: Arbeiterbewegung, 1. Aufl.,
Stuttgart 1900, S. 481 - 493

Pesch, Heinrich, Kirchliche Autorität und wirtschaftliche Organisation, in: Stimmen aus Maria - Laach, 75 Bd., Freiburg 1908, S. 410 - 424

Die soziale Organisation der Kirche, Freiburg 1908, Berlin 1909

Die soziale Organisation der Kirche, Freiburg 1908, Berlin 1909

Das soziale Problem der Kirche, in: Stimmen aus Maria - Laach, Freiburg, III. Bd., 1900, S. 22 f.

Liberalismus, Sozialismus und christliche Wirtschaftsordnung, 2 Bde., Freiburg 1901

Lehrbuch der Nationalökonomie, 5 Bde., Freiburg 1913 - 1926

Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage, Trier 1908

Pilger, August, Berufsgewerkschaften und Gewerkschaften im Leben, M.-Gladbach 1925

Von der Arbeiterbewegung zum Arbeiterstand, M.-Gladbach 1920

Können wir ohne reine Arbeitervereine eine gewerkschaftliche Arbeiterpolitik treiben? M.-Gladbach 1905

Stellung des Clerus zu den Gewerkschaften, aus: Präsides - Korrespondenz, M.-Gladbach 1905

Pius X., Papst, Rundschreiben über die kirchliche Organisation der Arbeitervereinigungen, Bistum Freiburg 1916, dt./lat.; das Rundschreiben über die Gewerkschaftsfrage, mit Anhang a) Rundschreiben der Bischöfe an die Bischöfe v. 5. Febr. 1912, b) Rundschreiben des preussischen Erzbischofes v. 22. April 1907, Berlin 1912

Rundschreiben gegen die Gewerkschaften, "Pascondi", Freiburg 1902, dt./lat.

Zur Verurteilung des Sillon, "notre charge apostolique", Borschach o. J. (1910)

Pius XI., Papst, Über die gewerkschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan des Christentums, Quadragesimo anno, Dezember 1929, Berlin 1930

- Die Aufgaben der christlichen Arbeitervereine, in:
Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens. Soziale Summe Pius' XII., Hrsg.: Utz, A.F.
und Groner, J.F., Freiburg / Schweiz 1954, 2. Bd.,
S. 1463 - 1468
- Die Aufgaben der katholischen Arbeitervereinigungen
auf religiösem, sozialen und wirtschaftlichem Gebiet,
in: Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen
Lebens. Soziale Summe Pius' XII., Hrsg.: Utz,
A.F. und Groner, J.F., Freiburg / Schweiz, 1954,
2. Bd., S. 1470 - 1479
- Pribilla, Max, Um kirchliche Einheit, Stockholm - Lausanne
Rom, Freiburg 1926
- Rahner, Karl, Gefahren im heutigen Katholizismus, Einsie-
deln 1950
- Reichel, Herbert, Die deutsche Arbeiterbewegung und
ihr geistiger Standort, Köln 1952
- Reichmann, Max, Die christlichen Gewerkschaften. Ihr Wer-
den, ihr Wesen und ihre Ziele, Zeitfragen des
christlichen Volkslebens, Teil 2, Stuttgart 1907
- Reindl, Jakob, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Koali-
tionsrecht und Koalitionen der Arbeiter in Deutsch-
land seit der Reichsgewerbeordnung von 1869, Al-
tenburg S.-A., 1922
- Reitzbach, Anton, Die Erwerbslosen "Vereine" und die
wirtschaftliche Organisation der Arbeiter, beson-
ders der katholischen Arbeiter, München 1914
- Rexhäuser, L., Die christlichen Gewerkschaften, Leipzig
1907
- Rhenanus (d.i. Brauns, Heinrich), Christliche Gewerkschaft-
ten oder Fachabteilungen in katholischen Arbeiter-
vereinen? Köln 1904
- Ritter, Emil, Die katholischen Arbeitervereine in
im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein,
Köln, 1954
- Ritter, Gerhard, Die Arbeiterbewegung in der
Partei und der freien Gewerkschaften
Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiter-
bewegung, Berlin 1952, phil. Diss., Mehr.

Rizzi, Hans, "Karl Ehrh. v. Vogelsang", in: Staatslexikon, V. Bd., Freiburg 1932, Sp. 863 - 875

Roeren, Hermann, Zentrum und Kölner Richtung, 1914

Veränderte Lage des Zentrumstreits. Entgegnung auf die Kritik meiner Schrift "Zentrum und Kölner Richtung", Trier 1914

Rutten, S. Th. L., Rapport général sur le mouvement syndical chrétien en Belgique, Gand 1903

Sacher, Hermann, "Adolf Stöcker", in: Staatslexikon, V. Bd., Freiburg 1932, Sp. 149 ff.

Saner, Marcel, Ehrh. Karl v. Vogelsangs Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, rechtliche und ökonomische Blicke, Freiburg i. Ue. 1939

Sassenbach, Johann, Verzeichnis der in deutscher Sprache verfaßten gelehrten christlichen Literatur. Im Auftrage der General-Synode der evangelischen Kirche Deutschlands zusammengestellt, Vrl. "Vorwärts", Berlin 1910; Nachtrag hierzu: Berlin 1912

Sauren, J. "Evangelischer Bund", in: Lexikon für Theologie und Kirche, III. Bd., Freiburg 1931, Sp. 887 - 889

Seydewitz, Ernst, Gewerkschaften und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Enzyklika "Rerum novarum", Berlin 1900

Schaffrath, Karl, Der Lokalisierungsprozeß der Gewerkschaften in der Rheinprovinz, phil. Diss., Bonn 1923

Schulte, M.P., Reginald, Die Autorität der Kirche in weltlichen Dingen, Mainz 1912

Schiefer, Jack, Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Aachen 1943

Schmaus, Michael, Beharrung und Fortschritt im Christentum, München 1951

Schmidlin, Josef, Papstgeschichte der neuesten Zeit, 3. Bd., München 1935

Seydewitz, Ernst, Die christliche Sozialpolitik, 4. Bd., Geschichte der Kirche und des Christentums des Individualismus und Säkularismus (1648 - 1950), Göttingen 1954

Schnitt, H.J., Gewerkschaften, in: Die Kirche und die Arbeiterbewegung, 1949, S. 117

Schnabel, Franz, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, 4. Bd., Die religiösen Kräfte, Freiburg 1937

Schneemelcher, Wilhelm, "Evangelisch-soziale Bestrebungen", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, III. Bd., Jena 1926, S. 174 - 186

Schnitzer, Josef, Der katholische Modernismus, Berlin - Schöneberg 1913

Schönfeld, Walter, Die Geschichte der Rechtswissenschaft im Spiegel der Metaphysik, in: Reich und Recht in der deutschen Philosophie, Hrg.: Karl Larenz, II. Bd., Stuttgart 1943

Schmitt, Carl Guter, "Evangelische Arbeiterbewegung", in: Evangelische Soziallehren, Hrg.: Karrenberg, Friedrich, Stuttgart 1954, Sp. 34 - 37

Schuler, Wilhelm, Der deutsche Sozialismus im Zeitalter des Kapitalismus: Kirche und Gesellschaft, 6. Bd., Augsburg 1912

Semmelroth, Otto, Vom geistlichen Staat im Wandel der Zeit, 156. Bd., Freiburg 1955, S. 101 - 102

Soppelt, Franz Xaver und Eöwiler, Konrad, Evangelische Soziallehren von den Anfängen bis zur Gegenwart, 1912

Storck, Heinrich, Geschichte der gewerblichen Arbeiterbewegung und der zünftigen, städtischen und landlichen Gewerbepolitik, in: Grundriss der Sozialökonomie, VI. Bd., Tübingen 1923, S. 1 - 10

Simonett, Martin, Die Berufswahl und die Politik, rechts- u. staatsv. Diss., Siegburg/Rhld. 1950

Sombart, Werner, Die gewerbliche Arbeiterfrage, Berlin - Leipzig 1912

Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Jena 1900

Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Menschen, München 1913

Sonnenschein, Carl, Ideelle Werte in der Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf 1910

Springmann, Heinrich, Die christlichen Arbeitervereine, ihre Stellung zur Gewerkschaftsbewegung, in: Die christlichen Arbeitervereine Deutschlands, Hrsg.: Francke, Cassel 1916, S. 11-239

Steffes, Johann Peter, Religion und Religiosität als Problem im Zeitalter des Hochkapitalismus, Düsseldorf 1932

Stegerwald, Adam, Christliche Gewerkschaften und Politik, Berlin 1924

Die Gelben, Köln 1907

Sind die Gewerkvereine notwendig und warum wollen sich die christlichen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften anschließen? München 1900

In Kampf um die Organisation der christlichen Gewerkschaften, ein Vorschlag zur Stellungnahme des christlichen Gewerkschaftskongresses in Dresden zum Gewerkschaftsstreit, Köln 1912

Stöcker, Adolf, Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Leipzig - Erlangen 1920, Kirchlich-soziales Heft Nr. 19

ten Hompel, A., Indexbewegung und Kulturgesetz behaftet eine historische Darstellung, Bonn 1903

Thielmann, Josef, Die Presse der christlichen Arbeitervereine Westdeutschlands. Geschichte, Aufbau und Aufgabe einer Arbeiterpublizistik (Zeitung und Leben 13), phil. Diss., München 1934

Thier, Erich, "Kirche und soziale Frage", in: Das christliche Soziallexikon, Hrsg.: Friedrich Kattenberg, Stuttgart 1954, Sp. 583 - 591

Die Kirche und die soziale Frage, Von Wichern bis Friedrich Naumann, Gütersloh 1950

Thomas von Aquin, Summa theologiae, 1. Buch, 1951, 1. Aufl., München - Salzburg, Bd. 8, 1951

Tille, Alexander, Der soziale Ultramontanismus und seine "katholischen Arbeitervereine", Berlin 1905

Ullrich, Heinrich, Über das Zusammenleben evangelischer und katholischer Arbeitervereine und die soziale Arbeit, in: Der Unterrichtskursus in Berlin, Frankfurt a.M. 1914

Traub, Gottfried, Materialien zum Verständnis und zur Kritik des katholischen Sozialismus, München 1972

Thrasold, Ernst, Dr. Carl Sonnenschein, Berlin 1931

Treitz, Jakob, Gedanken der Moralthologen über die wirtschaftlichen Markttheorie. Ein Beitrag zur Kontroverse Niederlask - Treitz, als "Vortrag des Präses", Berlin 1910

Michael Felix Korum, Bischof von Trier 1840 - 1921, München - Rom 1925

Der moderne Gewerkschaftsgedanke von Standpunkt der Vernunft und Moral, Trier 1909

Troeltsch, Ernst, Religion und Wirtschaft, Leipzig 1913

Die Sozialphilosophie des Christentums, Gotha 1922

Uhlhorn, Katholizismus und Sozialismus gegenüber der sozialen Frage, Göttingen 1937

Urs von Baltasar, O.S.A., Seelsorge der Sozialen Vorkirche in dieser Zeit, Münster - 1952

Vaussard, Maurice, Histoire de la démocratie chrétienne, 2 Bde., Paris 1956

Vincke, Franziska, Die Arbeitnehmersozialpolitik des Zentrums unter besonderer Berücksichtigung ihrer ideologischen Grundlagen, rechts- u. staatsw. Diss., Münster 1933

Webb, Sidney und Beatrice, Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine, 2 Bde., Stuttgart 1906

Weber, Adolf, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland, Tübingen 1954

Weber, Ludwig, Die Behandlung der sozialen Frage aus evangelischer Seite. Ein Bitt- und Mahnwort, Heft XV der sozialen Zeitfragen, Verlag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, 1906

Die soziale Organisation des römischen Katholizismus in Deutschland, Nr. 21 der Flugblätter des Evangelischen Bundes, Halle 1936

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, im Grundriss der Sozialökonomik, III. Aufl., 2 Bde., Tübingen 1947

Die Wirtschaftsethik der Religionen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 41. Bd., Tübingen 1916

Weinkauf, Friedrich, Die christlichen Gewerkschaften,
Berlin 1900

Weiß, Albert Maria, Apologie des Christentums,
Soziale Frage und soziale Bewegung,
und 1904

Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart, Frei-
burg 1911

Lutherpsychologie als Schlüssel zur Lutherlegende,
Mainz 1906

Liberalismus und Christentum, mit Anhang: Rück-
blick auf eine Lebensarbeit gegen den Liberalismus,
Trier 1914

Die religiöse Gefahr, Freiburg 1904

Welty, Eberhardt, Gemeinschaft und Einzelmensch, Salzburg
1935

Vom Sinn und Wert der menschlichen Arbeit, Hei-
delberg 1946

Wernert, Maria, Lujo Brentano als Sozialpolitiker, Dis-
s., Köln 1950, Mschr.

Weyrich, Helmut, Bischof Wilhelm Emanuel v. Ketteler, phil.
Diss., Jena 1949

Wibbelt, Augustin, Keine Neuschöpfung der christli-
chen Gewerkschaften. Ein Wort an die christlichen
Arbeiter und ihre Freunde, Duisburg o. J.

Windolph, Josef, Das Christentum der christlichen Gewerk-
schaften, Berlin 1910

Der deutsche Protestantismus und die christlichen
Gewerkschaften, Berlin 1909

Katholische und evangelische Gewerkschaften in
Deutschland, Deutschschiff zu Hamburg 1917, 1918,
Als Manuskript gedruckt, Hamburg 1917

Der katholische Geistliche in der modernen Arbei-
terbewegung, Berlin 1907

Winnig, August, Die deutschen Gewerkschaften in Krieg,
Stuttgart 1917

Wöhler, Fritz, Joseph Edmund Wöhler, ein Leben für die
Richtung im deutschen Katholizismus, phil. Diss.,
Leipzig 1929

Wünsch, Georg, Evangelisch-Wirt. Anst. 1926, T. 1, 1926

Zeck, Hans Fedor, Vom Werden zu ... Arbeiterbewegung, 1926

Bei den nachfolgenden Schriften ist der Verfasser nicht genannt:

Arbeiterbewegung im neuen Deutschland, Die christlich - nationale, Köln 1916

Arbeitsprogramm des Volksvereins für die katholische Deutschland, Das, 7. Brief, Eine katholische soziale Zentrale, M.-Gladbach 1905

Audienz der Vertreter des westdeutschen Verbands der katholischer Arbeitervereine in Berlin 10. April 1909, Die, Kritische Betrachtungen anlässlich der historischen Wahrheit, Berlin 1909

Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für das Wirtschafts- und Staatsleben Deutschlands, Die, Vortragsskizze, M.-Gladbach 1912

Bericht über die Verhandlungen der ersten internationalen Konferenz christl. Gewerkschaftsführer, abgehalten vom 2. - 5. August 1903 in Zürich, Köln 1908

Berufsorganisation, sollen auch die katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen einschließen? Welches, Köln o. J. (1913)

Einrichtung und Tätigkeit der katholischen Arbeiterorganisationen (Sitz Berlin), Sonderdruck aus "Der Arbeiterpräses", Berlin 1912

Fachabteilungen, Die katholischen (Vortragsskizze für den Kursus der Gewerkschaftssekretäre in Düsseldorf), o. Ort, o. J.

Festschrift, 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung, 1899 - 1924, Berlin - Wilmersdorf 1924

Geschichte und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nebst Protokoll des dritten christlichen Gewerkschaftskongresses in Erfeld (Verf. ist Johannes Giesberts), M.-Gladbach 1911

Gewerkschaftsbund in der Krise, Gibt es ein christliches Gesellschaftsbild, in: Politisch - soziale Korrespondenz, Bonn 1933, Nr. 21

Gewerkschaftsstreit, Der, Ein aufklärendes Wort an die Metallarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Duisburg o. J.

Gewerkschaftsprozess, Der Kölner, Die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften in der Kölner Beleuchtung, Köln, Chr. Gew. Verl., 1915

- Gewerkschaftsprozess, Der Kölner, vom 19., 20., 21., 22. Dezember 1913, Köln, Fr. Gew. Verl., 1914
- Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen im Saarrevier, Christliche, M.-Gladbach 1906
- Gewerkschaften, Die christlichen, Berlin 1922
- Gewerkschaften und Arbeiterjugend, Christliche, Köln 1911
- Gewerkschaften im Lichte der Vollzeitarbeiterbewegung, Die, Köln 1913
- Gewerkverein der Bergarbeiter und die katholischen Fachabteilungen, Der, Bochum 1908
- Gewerkvereine, Christliche, Ihre Zusammenkünfte, Aufgabe und Tätigkeit, Auszug aus den Verhandlungen des Delegiertentages der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln zu Essen (Ruhr) am 23. Okt. 1898 (Verf. sind Johann Gleditsch, Otto Müller, August Pieper), Krefeld 1898
- Gewerkvereine, Christliche. Ihre Aufgabe und Tätigkeit, Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage (4. Aufl. s. o.) (Verf. i. Otto Müller), M.-Gladbach 1899, dritte erweiterte Auflage 1900, Arbeiterbibliothek, 1. und 2. Heft
- Gewerkschaften, Die christlichen, Ungerarbeitet, aus Anlass des Delegiertentages der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln (Essen 1908) (Verf. i. Heinrich Brauns), Arbeiterbibliothek, 2. Heft, M.-Gladbach 1908¹, 1921²
- Gloses marginales critiques touchant les principaux exposés par la fédération des associations ouvrières catholiques (Siège Berlin), Coblentz 1914
- Grundgedanke des ersten Arbeitervereinstagess in Frankfurt a.M. am 26. und 27. Mai 1912, Berlin 1912
- Grundlagen der christlich - nationalen Arbeiterbewegung, Die geistigen, Berlin 1923
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Der, herausgegeben vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Köln 1919
- Handbuch der christlichen Gewerkschaften, Köln, Verl. Stegerwald, 1904¹, 1905²
- Hauptaufgabe des Katholizismus im 20. Jahrhundert, Eine, Berlin 1903
- Ist die Arbeit eine Ware? Aus: "Der Arbeiterprüfer", Berlin 1912

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften, 1. - 7. Jhrg.
Köln 1908 - 1914

Katholizismus, Der "integrale", in: Stimmen aus Maria -
Laach, 87. Bd., Freiburg 1911, S. 249 - 252

Köln eine innere Gefahr für den Nationalismus. Von einem
Geistlichen (d. i. Schmidt, G. H.), Köln 1900

Leitsätze über die Behandlung der Arbeiter durch die Gewerkschaften
gegeben von dem Generalsekretär des Verbandes der
katholischen Arbeitervereine (d. i. Schmidt),
Berlin 1904

Materialien betreffend die Aufnahme von Frauen in die Gewerkschaften
in Deutschland. Die Gewerkschaften 1912, als
Manuskript gedruckt, Leipzig, 1912, 1. u. 2. Aufl.
Juni, Juli, August, September, Oktober 1912,
o. Ort (d. i. Berlin), o. J. 1912

Protokoll der Verhandlungen der Gewerkschaften der
Grossen, abgehalten in Frankfurt a. M. am 26. und 27.
26. Oktober 1912, Köln 1912

Protokoll des ersten Arbeitervereinungskongresses zu Frank-
furt a. M. am 26. und 27. Okt. 1912, 1. - 4. Heft
1912

Protokoll der Verhandlungen der VIII. Konferenz der
christlichen Gewerkschaften in Deutschland am 6. bis
10. Oktober 1912, Köln 1912

Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Kongres-
ses der christlichen Gewerkschaften in Deutschland,
abgehalten am 26. November 1912, 1. - 4. Heft, Köln
1912

Protokoll über die internationale Konferenz der christlichen
Gewerkschaftsführer (Frankfurt a. M., August 1907),
Köln 1908

Protokoll über die Kölner Osterdienstag-Verhandlungen,
1909

Question ouvrière et la grève, Ia, Considérations et con-
clusions, o. Ort, o. J.

Randbemerkungen zu den Ansichten der Internationalen Arbeiter-
und Biederlack über die Gewerkschaften, 1. - 4. Heft,
tische, aus: "Der Arbeiter", Köln 1912

Ritter der Arbeit" und das Votum der Gewerkschaften
und Manning, "Die, ein Jahr nach der Gewerkschaften
Stellungnahme zu den Arbeiterverhältnissen in Deutschland
auf Seite der deutschen Gewerkschaften, Köln 1912

Satzungen und Bestimmungen des Verbandes der Arbeitervereine (Sitz Berlin) nach dem Entwurf des Verbands-Fraktionsrats, Berlin 1907.

Satzungen der Gewerkschaft der Metallarbeiter, Berlin o. J. (1903)

Stenographischer Bericht über den 1. (1901) ordentlichen Tag des Verbandes der Arbeitervereine in der Provinz eine Deutschlands (Sitz Berlin), Berlin 1901 (=1901)

Unterwerfung oder nicht? Zur Antwort auf die Frage der christlichen Gewerkschaften in der Provinz, Sitzung des Kölner Gewerkschaftsverbandes, Düsseldorf o. J.

Verteidigung des Kartellverbandes der Provinz Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands gegen "Sitz Berlin", Die, deutsch-italienisch, Ort o. J. 1912

Weshalb sind die katholischen Arbeitervereine den Arbeiterinteressen nicht dienlich und darum überflüssig? Berlin 1906 (ein Flugblatt)

Wo stehen wir in der Gewerkschaftsbewegung? OSL 1910

L e b e n s l a u f

Am 23. Januar 1923 wurde ich, Lucian Rainer Kudera, als Sohn des Stadtrats Paul Kudera und seiner Ehefrau Elfriede, geb. Erler, in Beuthen O.Schl. geboren und katholisch getauft. Nach der Vorschulzeit besuchte ich ab Ostern 1933 die Oberschule für Jungen in Beuthen O.Schl. Da mein Vater, der 1933 von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben worden war, mit dem später eingesetzten nationalsozialistischen Leiter meiner Schule einige Meinungsverschiedenheiten hatte, zumal ich nicht Mitglied der "Hitler-Jugend" war, mußte ich die Schule verlassen und mich die letzten drei Jahre privat auf die Reifeprüfung vorbereiten. Diese bestand ich in September 1942 als Externer vor einer Regierungskommission in Kattowitz. Danach studierte ich ein Semester Medizin in Breslau. Im Februar 1943 wurde ich zur Wehrmacht eingezogen. Als Infanterist nahm ich an den Kämpfen im Westen teil und geriet im April 1945 in französische Gefangenschaft, der ich 1947 entfloh. Nachdem ich während des Wintersemesters 1947/48 als Praktikant am Pharmakologischen Institut der Universität Münster tätig war, setzte ich im Sommer 1948 mein Studium als Mediziner an der Westfälischen Wilhelms-Universität fort, wechselte aber im Sommersemester 1949 die Fakultät. Ich studierte dann Publizistik, Geschichte, Christliche Sozialwissenschaften, Philosophie, Deutsch, Kunstgeschichte und öffentliches Recht. Ich besuchte Vorlesungen und Übungen bei folgenden Herren Professoren und Dozenten : Beyerhaus, Conze, Freyer, Grundmann, Graf, Haacke, Hagemann, Hager, Heselhaus, Höffner, Klein, Most, Pieper, v. Raumer, Ritter, Stier, Trier, Trunz, Wagenführ und v. Wiese.

